

Preussische Allgemeine



Nr. 16 · 19. April 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Zeitloser Klassiker

Vor 300 Jahren wurde Immanuel Kant in Königsberg geboren. Seine Gedanken zum ewigen Frieden sind gerade heute wieder hoch aktuell Seite 3



Gedenken Wie Königsberg vor 100 Jahren Immanuel Kant feierte Seite 11



Literatur Eine Tagung des „Hauses Schlesien“ zu Ehren Franz Kafkas Seite 23

FOTOS: OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM (2); BILDARCHIV OSTPREUSSEN

VON RENÉ NEHRING

KULTURPOLITIK

Manch erinnerungspolitischer Sprengsatz braucht seine Zeit, bis er hochgeht. Wenige Tage vor dem 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant thematisierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 9. April unter der Überschrift „Ohne die Deutschen“ die im September still und leise erfolgte Umbenennung des in Oldenburg ansässigen bisherigen Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa (BKGE) und die damit verbundene Streichung des Bezugs zu unserer Nation.

In seinem Kommentar „Die Auslöschung der eigenen Kultur“ bemängelte „FAZ“-Kollege Reinhard Müller unter anderem, dass die gegenwärtige Bundesregierung zwar viel „von Identitäten, Selbstbestimmung, Verantwortung, Wehrfähigkeit“ rede, zugleich „aber woher wir kommen, also was wir sind, und was wir somit eigentlich verteidigen wollen“ im Dunkeln lasse. Und mit Blick auf das BKGE ergänzte Müller: „Es ist kein Revisionismus, sondern eine Frage der nationalen Identität, die Geschichte und Kultur des eigenen Landes, also seiner Menschen, zu pflegen, und dabei keine Untat, aber auch keine Wunde und Amputation zu verschweigen.“

Auslöser der „FAZ“-Beiträge war eine Kleine Anfrage der Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag, deren Mitglied und Vorsitzender der Fraktionsgruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, Christoph de Vries, sowohl die Umbenennung des Instituts als auch die dafür verantwortliche Kulturstaatsministerin Claudia Roth kritisierte: „Entgegen allen Beteuerungen“, so de Vries, zeige sich, dass Roth „einen Kurswechsel vornimmt und sich öffentlich von der Erinnerung an Flucht und Vertreibung der eigenen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges verabschiedet“.

Scholz' würdigendes Gedenken und Roths fatale Gedanken

Während der Kanzler Immanuel Kant ehrt, plant seine Kulturstaatsministerin eine Gedenkkultur, in der für Personen aus dem deutschen Osten kaum noch Platz ist

Tatsächlich hat die Oldenburger Umbenennung zwei Dimensionen. Zum einen ist sie ein weiterer Schritt auf dem langen Weg des Abschieds der Deutschen aus dem historischen Raum östlich von Oder und Neiße. Das BKGE ist bei Weitem nicht die einzige Einrichtung, die in den letzten Jahren als Folge der Aufgabe des Ziels der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ihren Namen ändern musste. So wurde aus dem Haus des Deutschen Ostens in Düsseldorf das Gerhart-Hauptmann-Haus, aus dem Institut für ostdeutsche Musik das Institut für Deutsche Musik im Osten und aus dem Institut für ostdeutsche Volkskunde in Freiburg das Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa. Weitere Beispiele ließen sich nennen.

Wie so oft gibt es für die Deutschen auch hier nur Schwarz und Weiß. Auf die Aufgabe der staatlichen Wiedervereinigung mit dem historischen deutschen Osten folgte nicht die Etablierung einer Erinnerungskultur, die prägenden Persönlichkeiten wie den Philosophen Kant, Arthur Schopenhauer und Hannah Arendt, Schriftstellern wie Gerhart Hauptmann, Ernst Wiechert und Günter Grass oder auch Politikern wie Eduard von Simson, Otto Braun und Paul Löbe oder der Begründerin der Arbeiterwohlfahrt, Marie Juchacz, weiterhin eine geistige Heimat bietet, sondern die Auslagerung des eigenen Ostens in einen imaginären Osten –

in dem es freilich auffällig viele deutsche Spuren gibt.

Doch anders als beim BKGE blieb bei den bisherigen Umbenennungen der Bezug zu unserem Kulturkreis immerhin noch enthalten. Dass nun in Oldenburg die Deutschen ganz aus der Geschichte des Ostens getilgt werden, ist die eigentliche Dimension dieses Vorgangs.

Roths eigentliches Vorhaben

Dass dies keinesfalls zufällig erfolgt, zeigt der von Claudia Roth vor wenigen Wochen veröffentlichte Entwurf ihres „Rahmenkonzepts Erinnerungskultur“. Dieses hat auf 43 Seiten für das Jahrhundertereignis der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten gerade einmal zehn Zeilen übrig – in denen es auch noch „im Geiste der Versöhnung“ vor allem um „die Geschichte und Gegenwart von Zwangsmigration geht“ –, während den Bereichen „Nationalsozialismus“, „Deutsche Teilung/Deutsche Einheit“, „Kolonialismus“, „Erinnerungskultur und Einwanderungsgesellschaft“ und „Kultur der Demokratie“ ganze Abschnitte gewidmet sind.

Dass es Roth letztlich auch nicht um diese Bereiche geht, zeigt ihre in der Einleitung beschriebene Vorstellung vom künftigen Auftrag der Erinnerungskultur, in der es unter anderem heißt: „Ein zeitgemäßes Erinnerungskonzept muss ... auch den Kampf um die Demokratie in Deutschland mit in den Blick nehmen und

die Verschiedenheit individueller und kollektiver Erinnerungen als formative Elemente demokratischer Gleichheit und künftiger gemeinsamer Erinnerungen gerade in einer Einwanderungsgesellschaft wertschätzen.“ Damit stellt Frau Roth die Erinnerungskultur direkt in den Dienst der von ihrer Partei verfolgten gesellschaftlichen Transformation unseres Landes.

Gefragt ist in dieser Situation vor allem der Bundeskanzler. Und zwar nicht nur, weil es absurd wäre, am 22. April in einem Festvortrag den 300. Geburtstag Kants und dessen zeitlose Gedanken „Zum ewigen Frieden“ zu würdigen, während parallel die Kulturstaatsministerin daran arbeitet, den Königsberger Weltbürger aus der deutschen Kulturnation zu tilgen, sondern weil der Kanzler auch für diesen Bereich die Richtlinienkompetenz innehat, während Frau Roth lediglich Staatssekretärin mit aufgewertetem Titel im Kanzleramt ist.

Gefragt ist der Kanzler aber auch deshalb, weil das Amt des Kulturstaatsministers 1998 von der rot-grünen Bundesregierung unter Scholz' Parteifreund Gerhard Schröder geschaffen wurde, um – laut damaligem Koalitionsvertrag – die „Pflege des kulturellen Erbes (zu) intensivieren“. Es wäre fatal, wenn es nun dazu missbraucht würde, die Erinnerung an all jene Leistungen zu tilgen, die nicht in das Weltbild einer Politikerin passen, die offenkundig mit diesem Land, seiner Geschichte und Kultur nichts anzufangen weiß.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Verrohte Stadt – Berlins Kriminalstatistik offenbart erschreckende Zahlen Seite 5

Kultur
Die Posener Oper inszeniert „Das Gespensterschloss“ in der Berliner Philharmonie Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Mit einem Angriff in Pillau hält der Ukrainekrieg Einzug ins nördliche Ostpreußen Seite 13

Lebensstil
Gleichberechtigung einmal anders – die Erfahrungen einer männlichen Hebamme Seite 21



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303909 16
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Balkan

„Eine Region mit großem Einfluss auf die Sicherheit auch Mittel- und Westeuropas“

Über ein altes Krisengebiet, das weit mehr Aufmerksamkeit verdient, als es zuletzt im Westen erfahren hat

IM GESPRÄCH MIT WOLF ILLNER

Um den Balkan ist es ruhig geworden. Nach Bürgerkriegen in den 1990er Jahren sind die Staaten der Region heute Mitglied von EU und NATO – oder streben in die westlichen Bündnisstrukturen. Dass dieser Teil Europas noch immer eine strategische Herausforderung darstellt, zeigt das Programm des in wenigen Tagen erstmals stattfindenden Budapest Security Dialogue. Fragen an dessen Gründer über eine Region, die weit mehr Aufmerksamkeit verdient, als sie derzeit erfährt.

Herr Illner, was ist das Anliegen des Budapest Security Dialogue?

Es gibt in Europa bereits einige Konferenzen und Kongresse, die sich entweder mit der großen Weltpolitik oder mit der allgemeinen Europapolitik befassen, jedoch bislang kein Forum mit einem Fokus auf Ostmittel- und Südosteuropa. Diese Lücke schließen wir nun mit unserem „Sicherheits-Dialog“, für den Budapest als eine großartige mitteleuropäische Hauptstadt, die bislang keine Veranstaltung in diesem Format hat, genau der richtige Rahmen ist.

Neben dem regionalen Schwerpunkt ist uns wichtig, einen Kongress zu etablieren, der unabhängig ist von jeglichen politischen Richtungen, bei dem man offen seine Ansichten darstellen, sich austauschen und auch kontrovers diskutieren kann. Es ist immer besser, man spricht miteinander als übereinander.

Was unterscheidet den BSD von anderen bestehenden Tagungen wie der Münchner Sicherheitskonferenz?

Die Münchener Sicherheitskonferenz ist eine Institution im Rahmen weltweiter Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die einzigartig ist und die man auf diesem Niveau auch nur einmal in Europa braucht. Unser „Markenkern“ in Budapest wird der Fokus auf die Region Ostmittel- und Südosteuropa sein, die im „Rest der Welt“ zuletzt wenig Beachtung gefunden hat, obwohl sich dort viel getan hat.

Auf dem Westbalkan haben wir seit fast dreißig Jahren Militärmissionen wie KFOR und IFOR der NATO, oder UNPROFOR und SFOR der UNO oder ALTHEA EUFOR der Europäischen Union, um zu verhindern, dass die Bürgerkriege der 1990er Jahre wiederaufbrechen. Auf der anderen Seite steht der Wunsch der Staaten der Region, in die EU und/oder die NATO aufgenommen zu werden (einige Staaten sind ja den Bündnissen bereits in den letzten Jahren beigetreten).

Es ist verständlich, dass der Ukraine-Krieg derzeit den Großteil unserer Aufmerksamkeit auf sich zieht, aber wir dürfen deshalb die Geschehnisse im Südosten nicht aus den Augen lassen. Allein das Stichwort „Balkanrouten“ im Rahmen der illegalen Migration zeigt, welchen Einfluss diese Region für die Sicherheit auch Mittel- und Westeuropas hat.

Was unterscheidet die sicherheitspolitische Lage der Länder dieser Region von derjenigen der Länder Mittel- und Westeuropas?

Westeuropa – Deutschland damit auch – ist, wie es immer so schön heißt, umringt von Freunden und Verbündeten. Das sieht in Ostmittel- und Südost-Europa ganz anders aus. Vom Baltikum bis nach Rumänien grenzen die Länder an Russland,

Weißrussland oder die Ukraine, also an Staaten, die entweder in Rivalität zu NATO und EU stehen oder sich in einem Krieg befinden. Das beeinflusst natürlich das nationale Sicherheitsbedürfnis dieser Staaten unmittelbar und spiegelt sich auch in ihren Sicherheitsstrategien wider.

Hinzu kommen in den grenznahen Regionen fast aller ostmitteleuropäischer Länder wirkmächtige Konflikte um nationale oder ethnische Minderheiten. Hinzu kommt außerdem bei einigen Staaten eine starke Abhängigkeit von Russland in der Energieversorgung. Wer bislang 75 Prozent seiner Gas- und Öllieferungen aus Russland bezog, kann sich nicht kurzfristig auf andere Lieferanten oder andere Energiearten umstellen. Hinzu kommt auch, dass diese Länder nicht die Wirtschaftskraft von Westeuropa haben und das mittlere Einkommen teilweise nur bei 600 bis 800 Euro im Monat liegt.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, dass der Blick der Ostmittel- und Südost-

„Tage der offenen Tür“ – und ich meine hier wirkliche Tage der offenen Tür und nicht hinter Kasernentoren – oder bei Messen, wo auf Werbeständen für den Dienst in den Streitkräften geworben wird.

Die Modernisierung der ungarischen Armee erfolgte nahezu vollständig mit westlichen und vor allem deutschen Waffensystemen. Maßgeblich hierfür war der Besuch von Premierminister Orbán im Juli 2017 bei Bundeskanzlerin Merkel in Berlin, die diese Initiative Ungarns unterstützte. Dies war auch der Beginn der engen Zusammenarbeit beider Streitkräfte, der Magyar Honvedseg und der Bundeswehr.

Auch die anderen Länder Zentral- und Südosteuropas haben in den letzten Jahren begonnen, ihre Streitkräfte zu modernisieren. Es bleibt jedoch abzuwarten, in welchem Umfang sie auch finanziell in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zu verbessern. Grundsätzlich muss man allerdings deutlich sagen, dass die Armeen Europas nicht „aufgerüstet“ werden, sondern al-

beider Länder hervorragend zusammenarbeiten und sich gegenseitig in ihren Fähigkeiten ergänzen.

Wichtig ist hierzu vielleicht noch der Hinweis, dass Ungarn anfänglich sicherlich stark von der Unterstützung Deutschlands im Rahmen der Modernisierung profitiert hat, etwa im Bereich der Ausbildungsunterstützung, allerdings längst in der Lage ist, etwas zurückzugeben. Ein Beispiel dafür ist die simulationsgestützte Ausbildung der Panzertruppe, wo in Ungarn gerade das weltmodernste Simulationszentrum entsteht.

Sie sagten bereits, dass die Erweiterung der NATO auf dem Balkan ein Schwerpunkt des BSD sein wird. Wie ist bei diesem Thema der Sachstand?

Ich glaube, dass bei den Ländern des Westbalkans der Schwerpunkt des Interesses auf der Mitgliedschaft in der EU liegt und der Beitritt zur NATO erst an zweiter Stelle steht. Mit Albanien, Kroa-

China, Russland, die Türkei sowie Länder des Mittleren Ostens sind auf dem Balkan aktiv und verfolgen hier ihre Interessen. Insofern stellt eine Erweiterung der NATO, aber auch der EU, eine gewisse Herausforderung dar.

Nicht außer Acht zu lassen sind die „Balkan-Routen“ im Rahmen der illegalen Migration. Da diese ein Risikofaktor für die innere Sicherheit der EU- und NATO-Staaten sind, würde eine Erweiterung der beiden Bündnisse mitsamt der damit verbundenen Grenzsicherungen nicht nur eine Verbesserung der Sicherheitslage in den neuen Mitgliedstaaten, sondern auch für uns bedeuten.

Das zweite Großthema des BSD ist die Rüstungspolitik. Was tut sich auf diesem Gebiet?

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes führte der geringere Bedarf durch die Streitkräfte der NATO zu einem Rückgang der Produktionsfähigkeiten der westlichen Rüstungsindustrie. Viele europäische Waffen- und Munitionshersteller haben ihre Produktionsstätten sogar ins nichteuropäische Ausland verlegt.

Seit Februar 2022 sieht die Welt vollständig anders aus. Rüstungsunternehmen wie KNDS oder Rheinmetall sowie auch die großen US-Produzenten Lockheed Martin oder Raytheon können derzeit gar nicht allen Kundenanfragen nachkommen. Doch fast überall entstehen seit zwei Jahren neue Produktionsstätten, um dem veränderten Bedarf gerecht zu werden und zeitnah die benötigten Waffensysteme zu liefern. Fast noch größer ist das Manko bei der Munition. In Europa wurde in den letzten dreißig Jahren fast die gesamte Herstellung eingestellt oder so heruntergefahren, dass die aktuellen Erfordernisse nicht erfüllt werden können. Nicht umsonst baut Rheinmetall am Standort Unterlüß gerade eine neue Munitionsfabrik.

In Ungarn sieht die Lage anders aus. Durch das erwähnte Modernisierungsprogramm von 2017 hat man hier schon vor Jahren damit begonnen, neue Produktionsstätten – etwa für die Herstellung des hochmodernen Schützenpanzers LYNX in Südungarn – zu errichten. Auch der Bau der Munitions- und Explosivstofffabrik in Zentralungarn wurde damals schon eingeleitet, sodass Europa insgesamt heute davon profitiert. Viele weitere Beispiele, die zeigen, wie das oft geschmähte Ungarn umgehend auf die veränderte Sicherheitslage nach 2014 reagiert hat, ließen sich nennen. Immerhin können auch andere europäische Nationen von dieser Konzeption zum Aufbau einer leistungsstarken nationalen Verteidigungsindustrie heute einiges lernen.

Abschließend möchte ich sagen, dass viel wichtiger als Waffen und Munition eine auf Frieden und Interessenausgleich gerichtete Politik ist, sodass es erst gar nicht zu militärischen Konflikten kommt. Deshalb steht unser Kongress auch unter dem Motto „Budapest Building Bridges“.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **Wolf Illner** ist Oberstleutnant i.G. der Bundeswehr und seit 2020 abkommandiert als Leitender Militärberater des Oberbefehlshabers der ungarischen Streitkräfte mit Sitz beim ungarischen Verteidigungsminister in Budapest. Er ist Gründer und Leiter des Budapest Security Dialogue. www.budapestbuildingbridges.com



Eine Region, von deren sicherheitspolitischen Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit die Länder Mittel- und Westeuropas einiges lernen können: Wolf Illner, Gründer des Budapest Security Dialogue Foto: BSD

europäer auf grundlegende Fragen ein ganz anderer ist als etwa in Deutschland, Frankreich oder Benelux.

Bundeskanzler Scholz rief als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine für Deutschland eine „Zeitenwende“ aus. Wie haben die Länder Ostmittel- und Südosteuropas – zum Beispiel Ungarn – auf die neue Lage reagiert?

Ungarn hatte bereits nach der Annexion der Krim und dem NATO-Gipfel in Wales 2014 seine nationale Sicherheitsstrategie angepasst und dann ab 2017 mit dem Modernisierungsprogramm „ZRINYI“ eine umfassende Erneuerung seiner Streitkräfte begonnen. Dieses Programm umfasst nicht nur die Ausstattung mit neuer Waffentechnik, sondern auch eine bessere Integration und Akzeptanz der Streitkräfte in der Gesellschaft sowie bessere persönliche Rahmenbedingungen für Soldaten und Soldatinnen, zum Beispiel bei der Bezahlung, und ein modernes Reservistenkonzept. Außerdem ist in Ungarn das Militär präsent in der Gesellschaft, etwa durch

lenfalls „ausgerüstet“. Das ist ein großer Unterschied.

Zwischen Ungarn und Deutschland ist das Verhältnis auf Regierungsebene seit Jahren angespannt. Da scheint es schwer vorstellbar, dass die Fachebene der Verteidigungspolitik reibungslos arbeiten kann.

Und doch muss man deutlich sagen, dass beide Nationen unabhängig von den Verwerfungen auf anderen Feldern im Bereich Sicherheit und Verteidigung sehr eng zusammenarbeiten. Die ungarische Armee ist nach der niederländischen der engste Partner der Bundeswehr.

Ich halte es auch für wichtig, diesen Bereich klar von anderen Fragen zu trennen. Denn hier geht es um langfristige, strategische Fragen jenseits des politischen Tagesgeschäfts, bei dem beide Nationen gleiche Interessen haben. Es geht um die Sicherheit in Europa, den Zusammenhalt in NATO und EU – und nicht um parteipolitisches Gezeter. Und deshalb ist es erfreulich zu sehen, dass die Armeen

in Nordmazedonien, Montenegro und Slowenien hat die NATO bereits starke Partner aus der Region als Mitglieder in ihren Reihen. Länder wie Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Serbien haben zurzeit noch andere sicherheitspolitische Voraussetzungen, Serbien etwa durch seine enge Verbundenheit mit Russland.

Insgesamt bin ich optimistisch, dass die Perspektive eines Beitritts zu den westlichen Bündnissen stabilisierend wirkt für eine Region, die noch vor wenigen Jahren von mehreren Bürgerkriegen heimgesucht worden war.

Welche geostrategischen Folgen hätte eine abermalige NATO-Erweiterung auf dem Balkan?

Der Westbalkan liegt direkt vor der Haustür Europas und beeinflusst natürlich die Sicherheit auf unserem Kontinent. Wie oben erwähnt, sind NATO und EU seit langer Zeit mit Militärmissionen auf dem Balkan präsent sowie eine Reihe von Staaten der Region seit einigen Jahren Mitglieder in beiden Bündnissen. Doch auch

Eine tröstende Aussicht in die Zukunft

Vor 300 Jahren wurde Immanuel Kant in Königsberg geboren. In Zeiten neuer Kriege in Europa und in der Welt sind die Gedanken des Philosophen zu Frieden und Weltbürgertum heute aktueller denn je

VON MANFRED GEIER

Das Licht, das erlosch. So lautet ein Nachruf, mit dem der Niedergang der universalistischen Aufklärungsideale festgestellt worden ist, die sich seit dem 18. Jahrhundert durch das Bild des Hellwerdens und Aufklarens nach Zeiten der Finsternis charakterisieren ließen.

Zwar stieß die Philosophie und Politik der Aufklärung schon von Anfang an auf die Gegenwehr von Mächten, die der religiösen, geistigen, wirtschaftlichen und politischen Autonomie des Menschen keinen Wert zugestanden. Gegenwärtig sind es in globalem Ausmaß vor allem totalitäre Staatsgebilde und religiöser Fundamentalismus, die als Kräfte der Gegenaufklärung wirksam sind. Ließ vor noch nicht allzu langer Zeit der Zusammenbruch der UdSSR die Idee aufkommen, dass wir uns weltgeschichtlich am „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) befänden, weil sich die Prinzipien des Liberalismus in Form von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft endgültig und weltweit durchzusetzen begannen, so hat die russische Machtpolitik Wladimir Putins mit ihrem kriegerischen Expansionsstreben das Gegenteil demonstriert. Die Hoffnungen, die mit der Öffnung Chinas gegenüber dem Westen und mit den freiheitsliebenden Rebellionen während des „Arabischen Frühlings“ verbunden waren, sind zerstört worden. Verschiedene Machtsysteme und geschlossene Gesellschaften sind totalitärer als zuvor.

Auch in Europa, in dem die Ideen der Aufklärung ihre Wurzeln haben, sind regressive Tendenzen wirksam. Immer lauter und mächtiger drohen Stimmen zu werden, die sich gegen politische Liberalität und religiöse Toleranz, geistige Offenheit und kulturelle Vielfalt, gegenseitigen Respekt und weltbürgerliche Mentalität richten. Enttäuschung ist zu einer weit verbreiteten Stimmung geworden. Kriegsängste machen sich breit. Viele junge Menschen fühlen sich nicht nur als verlorene, sondern als „letzte Generation“.

Zentralfigur der Aufklärung

Vor 300 Jahren, am 22. April 1724, wurde in Königsberg der Philosoph Immanuel Kant geboren, die Zentralfigur der Spätaufklärung in Preußen. Anlässlich dieses Jubiläums soll jetzt nicht daran erinnert werden, wie er als Erkenntnistheoretiker die Schlüsselfrage der theoretischen Vernunft „Was kann ich wissen?“ beantwortet hat, und auch nicht an seine praktische Moralphilosophie, die sich auf die Frage „Was soll ich tun?“ konzentrierte. Die weltpolitische Krisensituation lässt Kants dritte Frage virulent werden: „Was darf ich hoffen?“ Kant hatte sie zum einen religionsphilosophisch zu beantworten versucht. Was darf ich, im Hinblick auf die Existenz Gottes und eine unsterbliche Seele, hoffen, wenn ich ein gutes Leben in moralischer Hinsicht führe. Sie spielte zum anderen eine zentrale Rolle in seinen geschichtsphilosophischen Überlegungen. Welche Hoffnung kann der Mensch haben, wenn er nicht mehr durch die Vormundschaft der Natur instinktgesteuert ist, sich aber auch nicht mehr durch die vorgegebenen Machtstrukturen despotischer Staaten oder dogmatischer Glaubensformen gängeln lassen will, sondern einen befreienden Ausgang aus seinen erzwungenen Unmündigkeiten sucht?

Eine erste Antwort auf diese Frage, die uns heute gleichermaßen bedrängt wie zu seinen Zeiten, gab Kant 1784 mit seiner „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“. Dabei verfolgte er eine doppelte Argumentationslinie, die für sein ganzes Denken charakteristisch war. Er verknüpfte die empirische Feststellung von geschichtlichen Erfahrungstatsachen mit Überlegungen, die den welthistorischen Prozess



Sinnierte zeitlebens über Wege zu einem „ewigen Frieden“: Der Weltbürger aus Königsberg Immanuel Kant. Zu sehen ist hier die Lithographie „Immanuel Kants Spaziergang durch Königsberg“ von Heinrich Wolff aus dem Jahre 1924

nicht als ein grausames Possenspiel ohne jeden Sinn und Verstand erscheinen lassen, sondern ihn als eine Fortschrittsgeschichte mit vielen Hindernissen begreifen wollen. Im Sinne seiner Logik der Erkenntnis lässt sich sagen: Empirische Geschichtsschreibung ohne philosophische Leitlinie ist blind; philosophische Geschichtskonstruktion ohne historischen Inhalt ist leer.

Kant war Realist. Er besaß einen klaren Blick für gesellschaftliche und geschichtliche Tatsachen. Hinsichtlich dessen, was einzelne Menschen, politische Organisationen oder staatliche Gewalten tun, machte er sich keine Illusionen. Es ist ein verworrenes Spiel menschlicher Dinge, die sich dem aufmerksamen Betrachter der Weltgeschichte zeigen und Kant feststellen ließen: „Aus so krummem Holze, als woraus die Menschen gemacht sind, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.“ Sie bieten kein besonders liebenswürdiges Bild. Oft handeln sie gegeneinander, getrieben durch Ehrsucht, Herrschaft und Habsucht. Auch zwischen einzelnen Bündnissen, Stämmen, Religionsgemeinschaften oder Staaten, in denen Menschen sich vergesellschaftet haben, geht es oft um Machtpolitik. Seit Anfang der Menschheitsgeschichte gibt es Eroberungen und Unterdrückungen, Ausbeutungen und Kriege. Wie oft sind Fortschritte in der Kultur durch barbarische Verwüstungen wieder zunichte gemacht worden; und wie oft haben Kriege zerstört, was zivilisatorisch mühsam aufgebaut worden war! Die Menschheit scheint die hoffnungslose Anstrengung auf sich genommen zu haben, den Stein des Sisyphos bergauf zu wälzen, um ihn immer wieder zurückrollen zu lassen.

Ideen zu Recht und Geschichte

Doch Kant wollte sich als engagierter Aufklärer nicht auf eine bloß empirische Anschauung der Menschheitsgeschichte beschränken. Als philosophischer Kopf konzipierte er eine Geschichtsidee in weltbürgerlicher Absicht, wobei er die Erfahrungstatsachen zwar nicht verdrängte, aber anders begreifen ließ. Gegen das, was tatsächlich geschah, entwickelte er die Idee eines weltumfassenden Rechtssystems, das hoffen ließ, dass sich die politische Geschichte trotz aller Stürze zum Guten wenden ließ. Gerade die traurige Erfahrung aller der mörderischen Kriege und allseitigen Gewalttätigkeiten, die so viel Not und Leid

für die Menschen gebracht haben, brachte Kant auf die Idee, „aus dem gesetzlosen Zustand der Wilden hinaus zu gehen, und in einen Völkerbund zu treten“, der schließlich auch den kleinsten Staaten Sicherheit und Rechte zu bieten vermag.

War Kant ein schwärmerischer Träumer, der seine Ideen für die Wirklichkeit hielt? Er selbst verstand sich jedenfalls nicht als Utopist oder weissagender Prophet, sondern als ein Philosoph der Aufklärung. Ihm kam es darauf an, zukunftsorientiert in den historischen Erfahrungen etwas von dem zu entdecken, was den Gang der Geschichte als einen mühsamen langen Weg zu einem allgemeinen kosmopolitischen Zustand begreifen lasse. Und dafür gebe es schon einige Anzeichen. Bürgerliche Freiheiten, öffentlicher Verstandesgebrauch, gesetzliche Zustände, zwischenstaatliche Annäherungen, wachsende Kooperationsgefüge, Welthandel und die zunehmende Freiheit des religiösen Glaubens lassen hoffen, was vernünftigerweise erwartet und herbeigeführt werden kann. „Und so entspringt allmählich, mit unterlaufendem Wahne und Grillen, *Aufklärung*, als ein großes Gut.“

Notwendige Dialektik der Aufklärung

Rückschläge sind nicht zu vermeiden. Das grausame Spiel auf der großen Weltbühne ist noch nicht zu Ende. Doch trotz aller Hindernisse, Gegenbewegungen und Abstürze wird als ein großes Gut die Idee der Aufklärung lebendig bleiben, die „eine tröstende Aussicht in die Zukunft“ eröffnet, in welcher die Menschengattung in weiter Ferne vorgestellt wird, wie sie sich endlich doch zu dem Zustand emporarbeitet, der ihrer Bestimmung entspricht, selbstverantwortliche freie Bürger auf dieser einen gemeinsamen Welt sein zu können.

Dazu aber ist, wie Kant 1784 angedeutet hat, eine Dialektik der Aufklärung notwendig und wünschenswert, die philosophische Idee und praktisches Handeln miteinander verbindet. Denn der erhoffte Fortschritt der allgemeinen Menschheitsgeschichte sei nur möglich, wenn der Mensch der Aufklärung daran selbst engagiert teilnehme. So kann er dazu beitragen, das zu verwirklichen, was er in weltbürgerlicher Absicht am Leitfaden der Vernunft erkannt hat. Er kann sich selbst als Teil einer vernünftigen Entwicklung verstehen, die erst durch ihn ihre eigene Sprache und ihr anzustrebendes Ziel findet.

Gegen das, was tatsächlich geschah, entwickelte Kant die Idee eines weltumfassenden Rechtssystems, das hoffen ließ, dass sich die politische Geschichte trotz aller Stürze zum Guten wenden ließ

Lese-Tipp



In Nr. 4/2024 veröffentlichte die PAZ eine **Beilage zum 300. Geburtstag Immanuel Kants**. Diese kann unter 040/414008-0 oder redaktion@paz.de bestellt werden. Die Artikel der Beilage finden Sie auch auf unserer Webseite www.paz.de

Während der alte Kant verstärkt über die Grundsätze republikanischer und kosmopolitischer Verfassungen nachdachte, befand sich Europa im Krieg, den Kant als „Quelle aller Übel und Verderbnis der Sitten“ verabscheute. 1792 begann der Erste Koalitionskrieg der alten feudalen Mächte gegen das revolutionäre Frankreich, in den bald fast alle europäischen Staaten verstrickt waren. Länger als zwanzig Jahre sollten diese Kriege dauern, allerdings nicht für Preußen, das am 5. April 1795 in Basel einen Sonderfrieden mit Frankreich schloss, der bis 1806 hielt. Unter dem Eindruck dieses Friedens schrieb Kant seinen Beitrag „Zum ewigen Frieden“, der gegen Ende des Jahres 1795 erschien und ein durchschlagender publizistischer Erfolg war. Er führte die geschichtsphilosophischen Gedanken weiter aus, die Kant 1784 in weltbürgerlicher Absicht entwickelt hatte, und gab ihnen eine rechtsphilosophische Wendung. In jedem Satz ist die geistige und politische Energie zu spüren, mit der er alle Formen der Despotie angriff und gegen sie eine republikanische Regierungsform stellte, die in Frankreich unter revolutionären Geburtswehen zu verwirklichen versucht wurde.

Gedanken zum ewigen Frieden

Jetzt verhandelte Kant vor dem Gerichtshof der Vernunft den großen menschheitsgeschichtlichen Fall: Unter welchen Bedingungen kann die Aufgabe gelöst werden, zwischen Staaten und Völkern einen Frieden zu schaffen, der nicht nur ein vorübergehender Waffenstillstand ist, sondern auf Dauer Schluss macht mit diesem ewigen Töten und Getötetwerden, zu dem die Menschen von ihren mächtigen Vormündern wie Maschinen abgerichtet und eingesetzt werden? Wie kann es gelingen, endlich zu einem vernünftigen Friedenszustand fortzuschreiten, der allen Menschen weltweit Freiheit und Sicherheit gewährt? Er muss „gestiftet“ werden, was nur auf *gesetzliche* Weise geschehen kann. Und so entwarf Kant in der Form eines Friedensvertrages mit vorläufigen Präliminar- und endgültigen Definitivartikeln sein dreistufiges Modell einer *staatsbürgerlichen* Ordnung, die republikanisch verfasst ist; eines föderativ strukturierten *Völkerbundes* souveräner Staaten, die sich nach einem gemeinschaftlich vereinbarten Völkerrecht richten; und einer *weltbürgerlichen* Lebensform, in der gegenseitige Gastfreundschaft herrscht und alle Menschen gemeinschaftlich so verbunden sind, „dass die Rechtsverletzung an *einem* Platz der Erde an *allen* gefühlt wird“.

Wie in seiner Idee zu einer allgemeinen Geschichte ließ sich Kant auch in seiner Friedensschrift durch geschichtliche und politische Erfahrungen anregen, die enttäuschend oder desillusionierend waren. Aber er blieb dabei nicht stehen. Er konzipierte „Zum ewigen Frieden“ als einen „philosophischen Entwurf“, der zwar an den realen Verhältnissen anknüpfte, um dann jedoch über die grundlegenden Bedingungen aufzuklären, die einen dauerhaften Frieden in menschheitsgeschichtlicher Hinsicht überhaupt ermöglichen. Das war der Trost der Philosophie, den er bieten wollte, um auch in schwierigen, verworrenen oder katastrophalen Zeiten nicht zu verzweifeln und völlig die Orientierung zu verlieren.

● **Prof. Dr. Manfred Geier** war Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Hannover. Er ist Verfasser zahlreicher Werke zur Geschichte der Philosophie und der Aufklärung, darunter „Kants Welt. Eine Biographie“ (2003), „Die Brüder Humboldt. Eine Biographie“ (2009) und „Aufklärung. Das europäische Projekt“ (2012, alle bei Rowohlt). Zuletzt erschien „Philosophie der Rassen. Der Fall Immanuel Kant“ (Matthes & Seitz, Berlin 2022). www.matthes-seitz-berlin.de

● MELDUNGEN

Volksinitiative gegen Gendern

Hannover – In Niedersachsen fordert eine Volksinitiative: „Stoppt Gendern in Niedersachsen.“ Sie will den Landtag und die Landesregierung dazu verpflichten, dass Behörden und Bildungseinrichtungen in der amtlichen Kommunikation und bei Veröffentlichungen die Regeln des Rats für deutsche Rechtschreibung einhalten. Die Initiative strebt an, dass sämtliche Varianten von Gender-Sonderzeichen in der offiziellen internen und externen Kommunikation keine Verwendung finden und öffentliche Unternehmen sowie die niedersächsischen Rundfunkeinrichtungen aufgefordert werden, diese Vorgaben zu übernehmen. Für eine Volksabstimmung müssen die Initiatoren bis zum 7. März 2025 mindestens 70.000 Unterschriften sammeln. *bk*

Immer mehr Schlapphüte

Köln – Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sucht neues Personal. Deshalb hat es eine Werbekampagne unter dem Motto „Im Auftrag der Demokratie! Werde Verfassungsschützer“ in“ gestartet. Die Stellenanzeigen signalisieren unter anderem Bedarf an „Elektroniker/-innen ... (m/w/d) für die operative Einsatztechnik“, worunter wohl auch Abhöranlagen fallen. Ebenso begehrt sind Volljuristen, die vor allem Sachverhalte mit „Extremismus-/Terrorismusbezug“ bearbeiten sollen. Um eine möglichst große Reichweite zu erzielen, hat der deutsche Inlandsgeheimdienst einen Instagram-Kanal eröffnet. Jedoch entfernten die Betreiber des sozialen Netzwerkes die dort geschaltete Werbung, weil notwendige Informationen über die Finanzierung der Anzeigen fehlten. Die Mitarbeiterzahl des BfV wächst seit Jahren kontinuierlich von 2813 im Jahr 2015 auf derzeit weit über 4000. *W.K.*

Bußgelder bei Cannabis

München – Der Freistaat Bayern ahndet Verstöße gegen das Cannabisgesetz mit hohen Bußgeldern. So soll das Rauchen von Cannabis in Gegenwart von Kindern oder Jugendlichen mit einem Bußgeld von 1000 Euro bestraft werden. Personen, die mehr als die erlaubte Menge Cannabis besitzen oder bei sich führen, droht im Freistaat ein Bußgeld zwischen 500 und 1000 Euro. Für den unerlaubten Versand oder die Lieferung von Cannabis-Stecklingen sind sogar Bußgelder von bis zu 30.000 Euro möglich. Der Freistaat ist das erste Bundesland, das im Zusammenhang mit dem seit dem 1. April geltenden Cannabisgesetz einen solchen Bußgeldkatalog erlassen hat. *H.M.*

Berichtigung

In einem Beitrag auf dieser Seite wurde Thomas Geisel vergangene Woche irrtümlicherweise als ehemaliger Oberbürgermeister von Frankfurt an der Oder titulierte. Tatsächlich war Geisel Oberbürgermeister von Düsseldorf. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen. *d. Red.*

DEMOSKOPIE

Deutschland im Jahr 2040

Bertelsmann-Stiftung veröffentlicht Prognose zur Bevölkerungsentwicklung

VON PETER ENTINGER

Die Bertelsmann-Stiftung hat eine neue Erhebung des Datenportals „Wegweiser Kommune“ veröffentlicht, die sich mit der Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2040 auseinandersetzt. Einige Dinge sind dabei nicht wirklich neu. Dazu gehört zweifelsohne die Erkenntnis, dass wir es in Deutschland eher mit einer überalterten Bevölkerung zu tun haben, die Geburtenjahrgänge eher schwach sind und es einen Wandertrend hin zu Ballungsgebieten gibt.

Bei den Untersuchungen gibt es aber auch Unwägbarkeiten. Zum Beispiel war eine Masseneinwanderung wie die im Jahre 2015 nicht vorhersehbar und kann sich theoretisch jederzeit wiederholen. Der Wohnraum in Ballungsgebieten könnte darüber hinaus noch teurer und knapper werden, sodass die „Landflucht“ wieder zum Erliegen kommt. Andere Faktoren, wie beispielsweise die Geburtenrate, verändern sich dagegen nur langsam.

In Deutschland, so die Prognose der Stiftung, wird die Bevölkerungszahl von 2020 bis 2040 um 0,6 Prozent ansteigen. Dabei seien einige interessante regionale Unterschiede zu erwarten. Prognostizierten Bevölkerungsrückgängen in den östlichen Flächenstaaten und dem Saarland stehen bei den anderen Bundesländern Zuwächse gegenüber. Ländlich geprägte Regionen wie in Sachsen-Anhalt haben das Nachsehen gegenüber Industriemetropolen wie man sie beispielsweise in Baden-Württemberg vorfindet.

Plus 0,6 Prozent in Deutschland

Die Bevölkerungsentwicklung in den 13 Flächenländern liegt zwischen plus 4,6 Prozent im westlichen Bundesland Baden-Württemberg und minus 12,3 Prozent im östlichen Bundesland Sachsen-Anhalt. Deutliche Bevölkerungszuwächse gibt es in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit 5,8 beziehungsweise 3,5 Prozent. Bremen wächst um moderate 1,1 Prozent.

Unter den kreisfreien Städten haben Leipzig, Potsdam und Bamberg Bevölkerungszuwächse von mehr als zehn Prozent zu erwarten. Bei den Landkreisen gilt dies für Biberach, Mühlhof am Inn und Kelheim. Am anderen Ende der Skala stehen nur Kreise und kreisfreie Städte aus

den östlichen Bundesländern mit einem zu erwartenden Bevölkerungsrückgang von zwölf Prozent und mehr.

In den beiden südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg wird ein Bevölkerungswachstum erwartet. In den jeweiligen Hauptstädten München und Stuttgart fallen die Zunahmen eher gering aus, während sie in den sogenannten Speckgürteln deutlicher sind.

Minus 12,3 Prozent in Sachsen-Anhalt

In Mitteldeutschland ist der Trend dagegen rückläufig. Deutliche Ausnahmen stellen die Region um die Bundeshauptstadt Berlin sowie der Bereich um Dres-

den und Leipzig dar. In früheren Kohle- und Stahlhochburgen wie dem Ruhrgebiet oder dem Saarland ist die Bevölkerungszahl dagegen stark im Sinken.

Als generelles Problem konstatieren die Forscher eine Überalterung der Gesellschaft. Der Anteil der Personen im Alter ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung betrug im Jahr 2020 knapp 22 Prozent. Zwei Jahrzehnte später werden es fast 28 Prozent sein.

„Bei allen regionalen Unterschieden zeigt sich die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft in fast allen Kommunen. Es braucht jetzt gezielte Strategien, um eine geeignete Infrastruktur für die äl-

teren Generationen aufzubauen und die dabei entstehenden wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen“, sagte der Bertelsmann-Vorstandsvorsitzende Ralph Heck. Die zunehmende Alterung werde erhebliche Auswirkungen auf das sogenannte Erwerbspersonenpotential, auf die Alterssicherungssysteme und auf den Pflegebedarf haben.

Die Anzahl der Personen in den ersten Jahrgängen des Rentenbezugs wird bis zum Jahr 2035 auf rund 16,2 Millionen stark ansteigen. Zum Vergleich: Vor vier Jahren lebten in der Bundesrepublik noch rund 12,3 Millionen 65- bis 79-Jährige. Damit steigt der Anteil der 65- bis 79-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 14,8 Prozent im Jahr 2020 auf 18,4 Prozent im Jahr 2040.

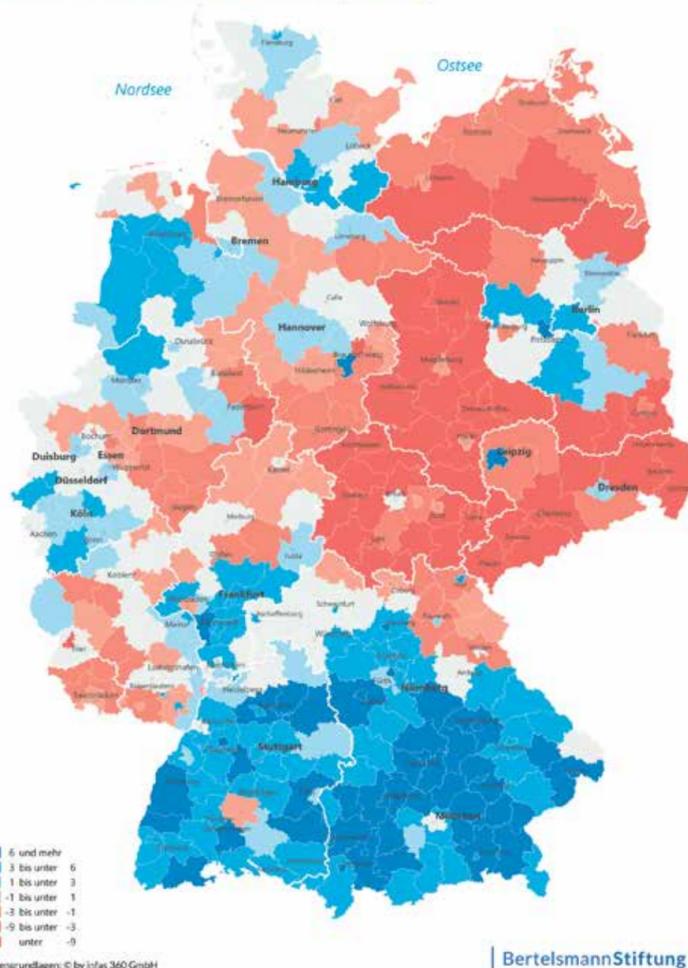
Plus 5,8 Prozent in Berlin

Erst danach kommt es zu einer gewissen Beruhigung, weil eher geburtenschwache Jahrgänge ins Rentenalter kommen. Die Probleme werden aber nach hinten verlagert. Denn die Anzahl der Senioren ab 80 Jahren nimmt ab dem Jahr 2027 deutlich zu. Die Zahl der über 80-Jährigen steigt von rund 5,8 Millionen im Jahr 2027 auf rund 7,7 Millionen im Jahr 2040, was 9,2 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Erfahrungsgemäß sind die Pflegekosten in dieser Altersstufe besonders hoch. Hinzu kommt die Tatsache, dass das sogenannte Erwerbspersonenpotential sinken wird.

Am anschaulichsten kann dies am Beispiel Nordrhein-Westfalen gezeigt werden. Dort erwarten die Forscher im Jahr 2040 rund 17,6 Millionen Einwohner, von denen lediglich noch 8,5 Millionen Menschen im Erwerbsalter zwischen 25 und 64 Jahren sein werden.

Die Alterung zeigt sich auch an der Entwicklung des Medianalters, also dem Alter, das die Bevölkerung in eine ältere und eine jüngere Hälfte teilt. Bundesweit nimmt das Medianalter bis zum Jahr 2040 um 1,2 Jahre zu. In allen Bundesländern mit Ausnahme des Saarlands wird das Medianalter bis 2040 ansteigen, in mehreren Bundesländern um etwa zwei Jahre. Die Spanne zwischen den Bundesländern liegt dann bei fast zehn Jahren, zwischen den Stadtstaaten Hamburg und Berlin einerseits mit je etwa 43 Jahren und vier der fünf östlichen Flächenländern andererseits mit zwischen 52 und 53 Jahren.

Bevölkerungsentwicklung 2020 bis 2040 in Landkreisen und kreisfreien Städten (in Prozent)



GRAPHIK: BERTELSMANN-STIFTUNG

Kartengrundlagen: © by infas 360 GmbH

Prognose der Bertelsmann-Stiftung: Blau steht für Wachstum, Rot für Schrumpfung

BANKGEHEIMNIS

Wenn der Staat unsere Konten ausspioniert

Immer mehr Kontodaten von Behörden abgefragt – Auch der Geheimdienst zeigt sich neugierig

Am 1. April 2005 trat das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit in Kraft, das von der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder auf den Weg gebracht worden war. Seither müssen die Kreditinstitute über Konten, Depots und Schließfächer ihrer Kunden Auskunft geben, wenn staatliche Behörden eine entsprechende Anfrage stellen. Damit soll die gleichmäßige, gerechte Besteuerung aller Bürger gewährleistet und der Kampf gegen Geldwäsche und Sozialmissbrauch erleichtert werden.

Eine Verfassungsbeschwerde der Volksbank Raesfeld gegen das Gesetz wies das Bundesverfassungsgericht am 13. Juni 2007 zurück. Dies kommentierte der Geschäftsführer des Geldinstitutes, Hermann Bürbaum, mit den Worten: „Das Bankgeheimnis in Deutschland ist tot.“

Zwischen 2005 und 2023 wurden fast vier Millionen Kontodaten abgefragt, ohne dass die Betroffenen hiervon erfuhren, wobei der Trend nur in eine Richtung ging, nämlich nach oben. Gab es 2005 noch gut 10.000 Abrufe, stieg deren Zahl 2010 auf rund 58.000 und 2015 auf mehr als 300.000. Dem folgte ein Sprung auf rund eine Million im Jahre 2020. 2023 erhielten die Banken schließlich mehr als 1,4 Millionen Anfragen.

Diese Entwicklung resultierte vor allem aus zwei Faktoren. Zum einen weitete der Gesetzgeber die Zugriffsrechte kontinuierlich aus. Beispielsweise können seit 2013 auch Gerichtsvollzieher, Arbeitsämter und Sozialbehörden Auskunft beantragen, wovon insbesondere die Gerichtsvollzieher intensiv Gebrauch machten. Diese begannen mit 61.760 Aufrufen und

stellten 2023 dann bereits 844.427 Auskunftersuchen. Zum anderen wurde der Zugriff auf die Daten durch die Umstellung von papiergebundenen auf elektronische Verfahren erheblich erleichtert.

Außerdem trat nun im Zuge einer Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer an die Adresse der Bundesregierung zutage, dass auch der deutsche Inlandsgeheimdienst von dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit profitiert, wobei aber deutliche Unterschiede zwischen der Zeit vor und nach dem Amtsantritt der Ampelkoalition bestehen.

Zuerst verzichtete der Verfassungsschutz komplett auf den Abruf von Kontodaten, und dann hielt er sich lange Zeit stark zurück. Nach 63 Anfragen im Jahre 2015 waren es 2020 gerade einmal 91. Dagegen registrierten die Geldinstitute

2022 plötzlich 606 Auskunftersuchen der Haldenwang-Behörde. Und im Folgejahr holte diese sogar in 984 Fällen Informationen über die Konten von Bankkunden ein.

Doch das reicht Innenministerin Nancy Faeser (SPD) offensichtlich noch nicht. Denn sie will das Bundesverfassungsschutzgesetz dahingehend ändern, dass der Inlandsgeheimdienst nicht nur bei nachweislich volksverhetzenden oder gewaltorientierten Bestrebungen Finanzermittlungen anstellen darf, sondern bereits auch beim Verdacht auf ein irgendwie geartetes „Gefährdungspotential“ seitens der Kontoinhaber. Wobei die Zielrichtung des Ganzen klar ist, denn an erster Stelle steht der Auftrag: „Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke austrocknen.“ *Wolfgang Kaufmann*

SICHERHEIT

Die verrohte Stadt

Kriminalstatistik für Berlin offenbart erschreckende Zahlen – Heikles Thema Ausländerkriminalität

VON HERMANN MÜLLER

Berlin-Steglitz am frühen Morgen des 14. April: Vor einer Bar in der Hauptstraße geraten kurz nach 6 Uhr zwei Männer in Streit. Die Situation eskaliert schnell. Einer der Beteiligten zieht ein Messer und sticht auf seinen 50-jährigen Kontrahenten ein. Trotz einer Notoperation gelingt es den Ärzten nicht mehr, den lebensgefährlich Verletzten zu retten. Gewalt, die wie an diesem Sonntagmorgen mit einem Messer ausgetragen wird, ist in der deutschen Hauptstadt mittlerweile zum Alltag geworden.

Wie aus den kürzlich vorgestellten vorläufigen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervorgeht, registrierte die Berliner Polizei vergangenes Jahr 3550 Straftaten, bei denen Tatverdächtige zum Messer gegriffen hatten. Im Schnitt kam es damit pro Tag zu mehr als neun Gewalttaten, bei denen auf ein Opfer eingestochen wurde oder bei denen ein Mensch mit einem vorgehaltenen Messer bedroht wurde.

Die PKS enthält weitere schockierende Zahlen zur Ausbreitung von Gewalt im Berliner Alltag. Als Zeichen einer „Verrohung“ werteten viele Beobachter etwa den Anstieg von 17,5 Prozent bei Fällen gefährlicher und schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen.

Starke Worte – schwache Taten

Bei Straftaten an Schulen erfasste die Berliner Polizei sogar ein neues Hoch. Schon 2022 waren diese Delikte im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent angestiegen, vergangenes Jahr registrierte die Polizei dann aber noch einmal knapp zwölf Prozent mehr Delikte als 2022. Betrachtet man nur die Rohheitsdelikte an Schulen, dann betrug der Anstieg bei den Deliktzahlen im vergangenen Jahr sogar 23 Prozent. Mit Blick auf die Zukunft der Stadt alarmierend ist auch der Anstieg von Gruppengewalt durch Jugendliche.

Nach jahrelangem Rückgang war schon 2022 die Jugendgruppengewalt sprunghaft um 25 Prozent auf 2255 Fälle angestiegen. Vergangenes Jahr registrierte die Berliner Polizei einen weiteren Anstieg um 13 Prozent. Ein extremer Zuwachs musste bei Gewalttaten in Asylsucherunterkünften verzeichnet werden.



Gewalttaten nehmen rasant zu: Polizisten sichern Tatort in der Berliner Zimmerstraße

Foto: pa/Bernd von Jutrczenka

Hier stieg die Zahl von gemeldeten Straftaten um fast 50 Prozent. Die Zahl der sogenannten Flüchtlinge hatte sich im gleichen Zeitraum um etwa 21 Prozent erhöht.

Schon als Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am 9. April die bundesweite Kriminalstatistik vorstellte, erregte der überproportional hohe Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger erhebliche Aufmerksamkeit: Von den knapp 2,25 Millionen Verdächtigen waren mehr als 923.000 keine deutschen Staatsangehörigen. Etwa 41 Prozent der Tatverdächtigen hatten damit keinen deutschen Pass.

Faeser erklärte im Zusammenhang mit der Ausländerkriminalität, auch hier gelte der Grundsatz null Toleranz: „Wer sich nicht an die Regeln hält, muss gehen.“ Was die Ministerin aus dieser scheinbar harten Forderung an politischen Maßnahmen ableitet, bleibt jedoch offen – erfolgreiche Abschiebungen bleiben weiterhin die Ausnahme. Kritiker sprachen daher von einer verbalen Nebelkerze.

Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) formulierte zur Ausländerkriminalität in der Hauptstadt deutlich zurückhaltender: „Gewalt wird nicht durch Herkunft bestimmt, sondern durch besondere Umstände geprägt. Sozialisation, Gewalterfahrungen, Ängste sind nur einige davon, auch ein fremdes Umfeld, eine ungewisse Zukunft, wenig Geld.“

Hoffnung auf Grenzkontrollen

Bemerkenswert sind die Einschätzungen, die vom Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin, Stephan Weh, kamen. Er stellt zum einen klar, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik keine Gesamtübersicht über die Kriminalität in der Stadt liefert, sondern in erster Linie einen Tätigkeitsnachweis der Polizei darstellt. Mit anderen Worten: Die Statistik bildet nur einen Teil der Kriminalität in Berlin ab.

Zudem machte der Polizeigewerkschafter auf einen Aspekt aufmerksam, der in der Diskussion um Ausländerkriminalität bislang eher selten erwähnt wird.

Der Berliner GdP-Chef erklärte: „Beim Blick auf die Massendelikte sollten wir aber auch mal darüber sprechen, dass wir EU-Bürger haben, die für viele Taten verantwortlich sind und denen man gemäß Paragraph 6 FreizügG/EU die Freizügigkeit entziehen könnte, damit sie hier nicht wahllos klauen können.“

Ein Blick in die Kriminalstatistik 2023 zeigt tatsächlich eine extreme Entwicklung: Die Zahl von Wohnungseinbrüchen, Einbrüchen in Speichern und Kellern, Laddiebstahl oder Autodiebstahl legte zwischen 18 bis sogar 46 Prozent zu. Bei solchen Eigentumsdelikten könnte die Kriminalstatistik, die im Jahr 2025 vorgelegt wird, allerdings eine positive Überraschung bereithalten.

Die im Herbst 2022 eingeführten stationären Grenzkontrollen an Oder und Neiße haben bereits zu einem Rückgang der illegalen Einreisen geführt. Als Nebeneffekt ist für osteuropäische Banden von Autodieben und Wohnungseinbrüchern nun das Risiko gestiegen, in eine Kontrolle der Bundespolizei zu geraten.

WIRTSCHAFT

Durchhalteparolen statt Unterstützung

Wohnungsbranche in den neuen Bundesländern sieht sich von neuen Sanierungsvorgaben überrollt

Im Vorfeld des Wohnungsbau-Tages, der am 11. April in Berlin stattfand, haben Branchenverbände Milliarden an Unterstützung vom Bund eingefordert. Auf dem Treffen wiesen Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) den Ruf nach zusätzlicher finanzieller Unterstützung für den Wohnungsbau dann allerdings zurück. In Aussicht stellten die beiden Ampel-Politiker lediglich Entlastungen bei Baustandards und einen Abbau von Bürokratie beim Bauen.

Ansonsten versuchte sich Habeck auf dem Branchentreffen darin, Zuversicht zu verbreiten. Er wies auf eine zurückgehende Inflation und Zinsen hin, die in absehbarer Zeit sinken würden. Als regelrecht zynisch werteten Kommentatoren Habecks Botschaft an die Baubranche: „Wir müssen da jetzt durch.“

Schon vor dem Wohnungsbau-Tag hatten Verbände aus den östlichen Bundesländern darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Branche in ihrer Region in einem besonderen Dilemma befinde. „Wir wollen keine hohen Mieten. Doch wir müssen die Mieten weiter erhöhen, wir sind Getriebene“, so Mirjam Philipp vom Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften. Sorgen bereitet den Unternehmen vor allem eine kostspielige zweite Sanierungswelle.

In den 1990er Jahren haben die Wohnungsunternehmen in den östlichen Bundesländern ihre Wohnungsbestände bereits mit Milliardensummen saniert. Bund und EU zwingen den Vermietern aber nun mit immer neuen gesetzlichen Vorgaben zum „klimaneutralen“ Umbau und zum Brandschutz weitere kostentreibende Sanierungen auf. Auf einer gemeinsamen

Pressekonferenz warnten die Wohnungsverbände aus dem Osten der Republik, dass diese Sanierungswelle, Altschulden aus der DDR-Zeit und immer weniger Mieter im ländlichen Raum Wohnungsgenossenschaften und Vermietungsunternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen würden.

Dabei kritisierten die Verbände auch, dass der Bund seinen Fokus bislang auf den Neubau von Wohnungen im Westen Deutschlands gelegt habe. Im Osten geht es aus Sicht der Branche aber eher um die Modernisierung von bestehenden Wohnungen. Jens Zillmann, Direktor des Verbandes der Wohnungswirtschaft in Sachsen-Anhalt, erklärt, dass die im Ampel-Koalitionsvertrag angestrebten Neubauwohnungen „eine westdeutsche Zahl“ seien. Insgesamt stehen die mehr als tausend Genossenschaften und Vermie-

tungsunternehmen in den östlichen Bundesländern für mehr als 1,75 Millionen Wohnungen.

Bauexperten schätzen, dass als Folge der ersten Sanierungswelle in den 90er Jahren der energetische Sanierungsbedarf im Osten geringer ausfällt als in den westlichen Bundesländern. Allerdings wird der demographische Wandel im kommenden Jahrzehnt Umbauten erforderlich machen, um den Mietern ein altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen. Belastet werden die Genossenschaften und kommunalen Wohnungsbauträger zudem immer noch durch die umstrittene Entscheidung, dass sie die Milliarden-schulden aus dem DDR-Wohnungsbau-programm zu tilgen haben. Die Vermietungsunternehmen werden diese Alt-schulden voraussichtlich erst 2030 abtragen haben. H.M.

KOLUMNE

Viva Palästina?

VON VERA LENGSELD

Wissen Sie noch, wer Janis Varoufakis ist? Der ehemalige griechische Finanzminister war eine Ikone der Linken, der coole Typ mit Lederjacke und schnellem Motorrad. Dann verließ er die Regierung des linken Ministerpräsidenten Alexis Tsipras aus Protest gegen die mit der EU vereinbarten Sparmaßnahmen.

Danach gründete er im Februar 2016 die paneuropäische Partei DIEM26, für deren deutschen Ableger er für die Europawahl 2019 als Spitzenkandidat antrat, ohne ein Mandat zu gewinnen. Im Jahr 2020 wurde er mit dem griechischen Ableger seiner Bewegung erneut ins griechische Parlament gewählt. Danach wurde es um Varoufakis ziemlich still.

Jetzt ist er zurück in den Schlagzeilen der Hauptstadtspresse und in den sozialen Netzwerken. Anlass ist die Auflösung des Palästina-Kongresses in Berlin am vergangenen Wochenende. Versammelt hatten sich etwas 250 pro-palästinensische Aktivisten, um die aktuelle Lage im Gazastreifen zu diskutieren und ihren Forderungen nach einem Waffenstillstand und einem palästinensischen Staat Nachdruck zu verleihen. Nach wenigen Stunden wurde der Kongress durch die Polizei beendet, obwohl, wie die Veranstalter beteuerten, keine verbotenen Parolen geäußert wurden.

Varoufakis sollte auf diesem Kongress sprechen. Nach seinen Angaben wurde gegen ihn ein Einreiseverbot ausgesprochen und ein Betätigungsverbot verhängt. Er darf in Deutschland auch nicht per Videokonferenz an einer Veranstaltung teilnehmen. Die Ironie der Geschichte ist, dass Teile der Linken, die das Einreise- und Betätigungsverbot für Martin Sellner begrüßt haben, jetzt mit Recht protestieren. Von Meinungsfreiheit kann nur die Rede sein, wenn auch Meinungen, die einem nicht passen, geäußert werden können. Am Fall Varoufakis zeigt sich, wie weit Deutschland auf dem Weg zur Gesinnungsdiktatur schon fortgeschritten ist.

MELDUNG

AfD-Liste ohne Kalbitz

Jüterbog – Bei ihrem Listenparteitag in Jüterbog haben die Mitglieder der brandenburgischen AfD sowohl den ehemaligen Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz als auch die amtierende Landeschefin Birgit Bessin nicht mehr auf die Liste zu den Landtagswahlen am 22. September gesetzt. Kalbitz war die Mitgliedschaft in der AfD bereits 2020 mit der Begründung entzogen worden, dass er seine Zugehörigkeit zur „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) verschwiegen habe, zu welcher die AfD einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst hatte. Dessen ungeachtet blieb der gebürtige Münchener Mitglied der Landtagsfraktion. Die Liste zu den Landtagswahlen führt nun Fraktionschef Hans-Christoph Berndt an. Die AfD könnte nach einer Umfrage vom 8. April in 33 von 44 Landtagswahlkreisen das Direktmandat erringen und stärkste Partei im Parlament werden. H.H./F.B.

● MELDUNGEN

Tusk-Partei liegt vorn

Warschau – Aus den Kommunalwahlen ist die Bürgerkoalition (KO) des polnischen Regierungschefs Donald Tusk in den Brandenburg-nahen Regionen als stärkste Kraft hervorgegangen. In der Woiwodschaft Lebus kam die KO auf 34,7 Prozent der Stimmen. In der Woiwodschaft Westpommern erzielte die Partei von Tusk sogar 38,9 Prozent. Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jaroslaw Kaczyński kam in der Woiwodschaft Westpommern auf 25 Prozent. Deutlich besser waren die Ergebnisse für die PiS in den östlichen Woiwodschaften. Bei den Bürgermeisterwahlen in den östlich der Oder gelegenen Teilen von Küstrin und Frankfurt/Oder erzielten parteilose Kandidaten die meisten Stimmen. Von Beobachtern wurden die Wahlen von Bürgermeistern, Kreisräten, Kommunal- und Regionalversammlungen als Stimmungstest für die Mitte-Links-Koalition von Ministerpräsident Tusk vor der Europawahl im Juni gewertet. H.M.

EU-weit fehlen 800 Milliarden

Brüssel – Industrievertreter warnen, dass angesichts der Bemühungen der EU zur Dekarbonisierung die Investitionen in die Stromnetze weit unter dem eigentlichen Bedarf liegen. Die Europäische Kommission schätzt den zusätzlichen Bedarf für Infrastrukturinvestitionen bis 2030 auf 584 Milliarden Euro. In einem Bericht für den European Roundtable of Industry (ERT) geht die Beratungsfirma Boston Consulting Group (BCG) allerdings von einer Investitionslücke in Höhe von 800 Milliarden Euro bis 2030 aus. Bis zum Jahr 2050 prognostiziert die Beratungsfirma sogar einen Investitionsbedarf von 2,5 Billionen Euro. Die tatsächlichen Investitionen in die Netzinfrastruktur lagen in den letzten Jahren in der EU im Bereich von 22 und 32 Milliarden Euro. Nach Angaben von BCG müssen die jährlichen Ausgaben für Netzinvestitionen verdoppelt werden, wenn die EU ihre Klimaziele erreichen will. H.M.

Gehäufte Tode hoher Militärs

Peking – Seit Juli 2023 sind mehr als 40 prominente chinesische Militärs im Generals- oder Admiralsrang verstorben – den offiziellen Verlautbarungen zufolge allesamt an Krankheiten. Vier der Todesfälle ereigneten sich im Zeitraum vom 30. März bis 2. April. Dabei traf es mit Zhang Lixiong auch den dienstältesten Soldaten der Volksbefreiungsarmee. Der 1961 zum Generalmajor Beförderte hatte 1934/35 an Mao Tse-tungs legendärem „Langen Marsch“ teilgenommen und ein Alter von 110 Jahren und 133 Tagen erreicht. Weitere hochrangige Verstorbene waren der Dreisterne-General Yu Zhenwu, der von 1994 bis 1996 als Oberbefehlshaber der Luftwaffe fungierte, Vizeadmiral Shen Binyi, zwischen 1999 und 2004 stellvertretender Marinechef, Vizeadmiral Wei Jinshan, früher oberster Politikkommissar der Seestreitkräfte des Reiches der Mitte, sowie Generalleutnant Qian Haihao, zuletzt Vizepräsident der Militärakademie in Changsha. W.K.

GROSSBRITANNIEN

Konservative am Abgrund

Das Aufkommen der rechten Reform-Partei macht es für die Tories noch schwieriger

VON CLAUDIA HANSEN

Im britischen Parlament von Westminster schwankt die Stimmung unter den regierenden Konservativen (Tories) zwischen Unruhe und Verzweiflung. Eine Umfrage von Anfang April hat die Partei wie eine Bombe erwischt: Laut der YouGov-Hochrechnung steuert die Tory-Regierung von Rishi Sunak bei der Parlamentswahl, die im Herbst ansteht, auf eine schwerere Niederlage als 1997 zu. Damals fegte Tony Blair mit „New Labour“ die Tories aus dem Amt.

Gemäß der YouGov-Prognose soll die Konservative Partei nach aktuellem Stand mehr als 150 Wahlkreise verlieren und nur noch auf 155 Abgeordnete kommen. Labour käme auf 403 Mandate im Parlament (von insgesamt 650 Sitzen) – ein triumphaler Sieg für die Oppositionspartei unter dem gemäßigten Anführer Keir Starmer und eine verheerende Niederlage für die Tories. Wichtige Minister und selbst Premierminister Sunak müssen um ihre Parlamentssitze bangen.

Was die Regierungspartei unter Druck setzt, ist nicht nur ihr gigantischer Rückstand von etwa 20 Prozentpunkten zu La-

bour. Zusätzlich bedrängt sie der Aufstieg der oft als „rechtspopulistisch“ bezeichneten Partei Reform UK. Sie ist die Nachfolgerin der früheren Brexit-Partei, die vom Brexit-Trommler Nigel Farage geleitet wurde. Die Partei kommt laut Umfragen auf zwölf bis 13 Prozent Zustimmung.

Laut Berechnung von YouGov für die Tageszeitung „The Times“ könnte Reform UK den Konservativen in 41 Wahlkreisen die entscheidenden Stimmen abnehmen und dort den Verlust des Mandats bewirken. Parteichef Richard Tice hat klargemacht, dass er den Tories eine vernichtende Niederlage gönnt. „Sie verdienen es, zerschlagen und zerstört zu werden“, sagte er. Etwa jeder dritte Tory-Wähler von der letzten Parlamentswahl 2019 soll inzwischen zu Reform abgewandert sein.

Allerdings zeigt die YouGov-Berechnung auch, dass Reform UK selbst keinen einzigen Sitz im Parlament erobern kann. Das Mehrheitswahlsystem verhindert dies. Dennoch hofft die Partei, die große Politik beeinflussen zu können. Unklar ist, was ihr Ehrenpräsident Farage plant, der nur im Hintergrund wirkt und ansonsten beim rechten TV-Privatsender GB News das große Wort führt. Der bekannte

rechte Tory-Abgeordneter Danny Kruger sagte voraus: „Reform bringt uns um.“ Falls Farage wieder in die Politik ginge, könnte es das Ende der Tories sein.

Die Stimmung im Land ist schlecht, denn Großbritannien geht es nicht gut. Die Wirtschaft stagniert, die Krankenhäu-

ser sind überlastet, die Steuern sind gestiegen. Viele konservative Wähler sind verärgert, dass die Tories zentrale Versprechen nicht eingehalten haben. Statt einer Verringerung der Immigration, wie sie mit dem Brexit versprochenen wurde,

hat die Zuwanderung stark zugenommen – vor allem von Nicht-Europäern. Im März wurden die Tories vom Übertritt ihres früheren Vize-Geschäftsführers Lee Anderson zu Reform UK erschüttert. Der in Nordengland beliebte Abgeordnete, ein Ex-Bergmann, war wegen eines Streits um einen Islamisten-Vorwurf gegen Londons Labour-Bürgermeister Sadiq Khan aus der Partei ausgeschlossen worden. Anderson lief daraufhin zu der Reform-Partei über. „Ich will mein Land zurückhaben“, sagte er zur Begründung. Sein Vorwurf: Die Konservativen hätten die Wähler verraten, die ihnen 2019 das Vertrauen geschenkt hatten.

Bei der Wahl 2019 war es dem damaligen Premier Boris Johnson gelungen, große Teile der „roten“ Kernlande in Nord- und Mittelengland für die Konservativen zu erobern. Johnson musste aber nach zahlreichen Skandalen 2022 zurücktreten. Noch mehr hat den Tories das chaotische Intermezzo der Kurzzeit-Premierministerin Liz Truss geschadet, die nach nur 44 Tagen in der Downing Street aufgeben musste. Ihre radikale, schuldenfinanzierte Steuersenkung war gescheitert. Aber Truss geistert noch immer in rechten Tory-Kreisen herum. Sie hat die Gruppe „Popular Conservatives“ gegründet, wobei die Bezeichnung „populär“ zu Spott führte, denn Truss ist extrem unbeliebt in der Bevölkerung.

Aber auch Sunak, der indischstämmige ehemalige Investmentbanker, der einst als politisches Wunderkind galt, hat nach anderthalb Jahren in der Downing Street sehr schlechte Popularitätswerte. Im Januar warnte Ex-Wohnungsbau-Minister Simon Clarke: „Die ungeschminkte Wahrheit ist, dass Sunak die Konservativen in eine Wahl führen wird, wo sie massakriert werden.“ Clarkes Versuch einer Tory-Rebellion scheiterte indes kläglich.

Die nächsten Schläge für die Partei dürfte es bei den Kommunalwahlen im Mai geben. Den Tories droht der Verlust Hunderter Mandate in Stadträten und Gemeinden. Dann könnte der nächste Versuch einer Rebellion gegen Sunak kommen, um ihn noch vor der Parlamentswahl im Herbst zu stürzen. Labour-Chef Starmer kann genüsslich zusehen, wie sich die Konservativen gegenseitig zerfleischen. Es läuft alles darauf hinaus, dass der 61 Jahre alte Jurist im Herbst in die Downing Street einziehen wird.

„Sunak wird die Konservativen in eine Wahl führen, wo sie massakriert werden“

Simon Clarke
Konservativer Politiker



Die gute Laune könnte ihm bald vergehen: Bei den nächsten Parlamentswahlen droht dem Premier Rishi Sunak eine Niederlage

GLOBALE SEUCHEN

Panikmache vor neuer Pandemie

Weltgesundheitsorganisation warnt vor Vogelgrippe – Neue Laborvarianten auf Menschen übertragbar?

Das Influenza-A-Virus H₅N₁ wird auch als Vogelgrippe-Virus bezeichnet, weil es in aller Regel Enten, Hühner und Gänse oder anderes Federvieh befällt. Manchmal tauchte der Erreger aber auch schon in Ziegen, Katzen, Hunden, Eisbären und Rindern auf. Ebenso infizierten sich zwischen 2003 und 2023 mindestens 868 Menschen durch Tierkontakte, wobei immerhin 457 der Betroffenen starben.

Allerdings kann das Virus nicht von Mensch zu Mensch übertragen werden. Darüber hinaus stellt H₅N₁ seit 2020 kaum mehr eine Bedrohung für unsere Spezies dar: 861 Fällen humaner Infektionen in der Zeit bis 2019 stehen sieben Erkrankungen ohne tödlichen Ausgang in den vier Jahren danach gegenüber. Das resultiert möglicherweise aus der zunehmenden Verbreitung des relativ wenig ge-

fährlich Stammes 2.3.4.4b. Beispielsweise entwickelte der Farmer, der sich jetzt an Milchkühen in Texas mit der Virus-Variante ansteckte, lediglich eine Bindehautentzündung. Trotzdem wird sein Fall nun für dramatische Warnungen genutzt.

So schrieb die Boulevard-Zeitung „New York Post“: „Eine Vogelgrippe-Pandemie könnte 100-Mal schlimmer als COVID sein“ – wenn das H₅N₁-Virus mutiere und sich dann großflächig unter Menschen verbreite. Allerdings sind die Kassandrarufer aus dem Kreise angeblühter Experten, welche die Sensationspresse gerne zitiert, zumeist Personen wie John Fulton, der kaum etwas von der Materie versteht, aber als Berater diverser Pharmaunternehmen fungiert.

Dennoch initiierte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation

(WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, umgehend verstärkte Tests von Nutztierveständen auf H₅N₁, die nun wiederum zu mehr Nachweisen des Erregers führen. Die Folge sind Massentötungen wie in Parmer County (Texas), wo 1,6 Millionen Hühner wegen einiger positiver PCR-Tests sterben mussten.

Parallel hierzu erhielten jetzt zwei Impfstoffe gegen H₅N₁ namens Incellipan und Zoonotic Influenza Vaccine eine bedingte Zulassung für die Anwendung beim Menschen. Diese Vakzine wurden von Seqirus Netherlands und der italienischen Seqirus S.r.l. entwickelt. Aber auch andere Pharmafirmen wie Novartis, GlaxoSmithKline und Moderna investieren sehr viel Geld in Vogelgrippe-Impfstoffstudien, von denen aktuell bereits um die 200 laufen. Und dahinter steckt möglicherweise

mehr als nur die Angst vor einer doch eher unwahrscheinlichen natürlichen Mutation des Virus.

Immerhin weiß man inzwischen, dass 13 Virologen vom Harbin Veterinary Research Institute der Chinesischen Akademie der Agrarwissenschaften unter Ying Zhang vor einigen Jahren ein Hybridvirus im Labor züchteten, das die Eigenschaften von H₅N₁ und H₁N₁ vereint. Das heißt, es ist ebenso tödlich wie der Vogelgrippe-Erreger und zugleich so leicht von Mensch zu Mensch übertragbar wie der Influenza-A-Subtyp H₁N₁, der 1918 die Spanische Grippe auslöste, an der bis zu 500 Millionen Menschen erkrankten.

Nicht auszudenken, was passieren würde, wenn diese Chimäre aus irgendeinem Grund in die „freie Wildbahn“ gelangt. Wolfgang Kaufmann

VON HERMANN MÜLLER

Mit ihren Tochterunternehmen Lidl und Kaufland ist die Schwarz-Gruppe aus Neckarsulm zum weltweit erfolgreichsten deutschen Einzelhandelsunternehmen aufgestiegen. Während die Schwarz-Gruppe im Jahr 2021 weltweit fast 154 Milliarden US-Dollar Umsatz erzielte, kam der Konkurrent Aldi trotz seiner Erfolge in Übersee global nur auf einen Umsatz von rund 121 Milliarden. Die Umsatzzahlen sicherten den beiden Unternehmen neben dem chinesischen Handelskonzern JD eine Sonderstellung. Die Schwarz-Gruppe und Aldi sind neben JD die einzigen nichtamerikanischen Unternehmen, die in der Liste der weltweit zehn größten Einzelhändler auftauchen. Mit Namen wie Walmart, Amazon und Costco ist die Liste ansonsten eine Angelegenheit von US-Unternehmen.

Inzwischen baut die schwäbische Schwarz-Gruppe auch ihr Digitalgeschäft aus. Im Mittelpunkt steht dabei die digitale Verkaufsplattform „Kaufland Marketplace“. Ähnlich dem Geschäftsmodell des Amazon Marketplace kooperiert auch Kaufland bei seiner Handelsplattform mit Online-Händlern, die auf dem Kaufland-Marktplatz ihre Artikel im eigenen Namen anbieten. In Deutschland gehört der Kaufland-Marktplatz mit mehr als 45 Millionen Produkten bereits zu den größten Online-Marktplätzen.

Fullfillment-Service seit Februar

Ableger gibt es inzwischen in Tschechien und der Slowakei. Vor Kurzem kündigte Kaufland an, ab Spätsommer seine Verkaufsplattform auch in Österreich und Polen anzubieten.

Wie bei den Branchenriesen Amazon und Ebay üblich, bietet der Kaufland Marketplace seit dem Februar auch einen sogenannten Fullfillment-Service an. Dabei übernimmt Kaufland für die Online-Händler, welche die digitale Handelsplattform nutzen, Lagerhaltung, Verpackung und Versand der Ware an. Mit dieser Entwicklung betreibt die Schwarz-Gruppe den Ausbau ihres Digitalgeschäfts mit einem erstaunlichen Tempo.

Richtig Fahrt aufgenommen hatte das Online-Geschäft nämlich erst im Oktober 2020 durch die Übernahme des Internetschops der Supermarktkette Real. Rolf Schumann, Vorstand Digitalisierung der Schwarz-Gruppe, hatte bei der Übernahme erklärt, dass die Kombination aus stationärem Geschäft und Online-Handel zusätzliche Möglichkeiten eröffne.

Tatsächlich hat die Schwarz-Gruppe mit ihrer hohen Präsenz in der Fläche durch die Lidl- und Kauflandmärkte einen Vorteil, den Online-Marktplätze wie Amazon und Ebay nicht haben. Weltweit



Kaufland hat den Vorteil einer hohen Präsenz in der Fläche: Kauflandmarkt im polnischen Tomaszów Mazowiecki

INTERNETHANDEL

Kaufland attackiert Amazon

Die schwäbische Schwarz-Gruppe baut ihr Digitalgeschäft aus. Im Mittelpunkt steht dabei die digitale Verkaufsplattform „Kaufland Marketplace“

existieren nämlich mittlerweile rund 13.700 Lidl- und Kaufland-Filialen. Dies sorgt auch bei Kunden, die dem Online-Handel skeptisch gegenüberstehen, für einen hohen Bekanntheitsgrad. Die Kunden haben gegenüber einer jahrzehntlang bekannten Marke wie Kaufland zudem auch oft mehr Vertrauen als gegenüber Start-ups, die allenfalls eine kurze Unternehmensgeschichte vorweisen können.

Auch Otto will expandieren

Bislang ist in Deutschland noch immer Amazon der umsatzstärkste Online-Marktplatz. Konkurrenz bekommt das US-Unternehmen inzwischen nicht nur durch den digitalen Marktplatz von Kaufland. Auch der Hamburger Versandhandelsriese Otto, weltweit die Nr. 3 im Versandhandel, setzt verstärkt auf das Plattform-Prinzip. Auf dem Otto-Marktplatz

bieten mittlerweile mehr als 6500 Händler Produkte an. Ähnlich wie Kaufland kann auch das Hamburger Unternehmen von der Bekanntheit der eigenen Marke profitieren. Punkten will Otto zudem durch faire Geschäftsbedingungen für die Händler auf seinem Marktplatz. Gerade gegenüber dem Marktführer Amazon wird immer wieder Kritik laut, er würde seine Marktmacht gegenüber Händlern ausnutzen. Zudem versucht Otto sich als Alternative zu asiatischen Anbietern von Billigstware wie Temu oder Shein zu positionieren.

Ob dieser Ansatz Erfolg hat, ist ungewiss. In der Rangliste der umsatzstärksten Online-Marktplätze in Deutschland hat sich die von China aus arbeitende Handelsplattform Temu bereits hinter Amazon, Ebay und nur knapp hinter Otto vorgearbeitet. Temu liegt damit ein Jahr nach dem Start in Deutschland bereits vor dem

Kaufland-Marktplatz. Hinter dem Erfolg von Temu sehen Einzelhandelsexperten eine Mischung aus Billigpreisen, sehr kurzen Versandzeiten, dazu aber auch sehr geschickter Werbung auf den sozialen Medien. Zudem reagiert Temu äußerst schnell, wenn sich bei den Kundenbestellungen Produkttrends abzeichnen. Ob das erst 2022 in den USA gegründete und von China aus operierende Unternehmen diese Erfolgsstrategie hierzulande langfristig fortsetzen kann, ist nicht sicher.

Bislang nutzt Temu beispielsweise durch das Aufteilen von Ware auf mehrere Teilsendungen ein zollrechtliches Schlupfloch aus, das aus Sicht von Kritikern geschlossen werden muss. Auch Plagiate bekannter Markenprodukte, die über die Handelsplattform von China aus nach Europa verschickt werden, können nach Ansicht von Beobachtern für die Handelsplattform zu einem Problem werden.

MOBILITÄT

Herber Rückschlag für die E-Auto-Branche

Automobilverleiher und Carsharing-Anbieter meiden zunehmend Kraftfahrzeuge mit Elektroantrieb

Noch vor einigen Jahren galt es in der Branche als ausgemacht, dass die Zukunft der Automobilverleiher in der Elektromobilität liegen werde. Doch davon ist derzeit nicht mehr viel zu spüren. Dieses Jahr begann für die E-Auto-Lobby mit einem knallharten Rückschlag. Die Autovermietung Hertz kündigte an, ein Drittel ihrer weltweiten Elektroauto-Flotte zu verkaufen und den Erlös zum Teil in den Kauf von Verbrennern zu investieren.

Schon zuvor hatte Mitbewerber Sixt entschieden, seine E-Flotte deutlich zu reduzieren. Grund dafür seien vor allem veränderte Rahmenbedingungen im Marktumfeld, wie es in der Unternehmer-Sprache heißt. Sixt hatte erklärt, die Preise für gebrauchte Elektro-Autos seien massiv eingebrochen. Aus diesem Grund

hatte Sixt auch erklärt, keine Wagen der Marke Tesla mehr zu kaufen und den Bestand insgesamt stark zu verringern. Dies lag zum einen an einer allgemein schwächeren Nachfrage nach vermieteten E-Autos, zum anderen aber auch an Preisenkungen seitens Teslas. Diese wiederum führten zu einem niedrigeren Restwert der Fahrzeuge beim Weiterverkauf.

Die Probleme beim Weiterverkauf sind auch bei sogenannten Carsharing-Anbietern offenkundig. Die Firma Miles aus Berlin hat erklärt, dass Ende des vergangenen Jahres nur noch knapp 17 Prozent aller Leihwagen über einen Elektroantrieb verfügten. Nur ein halbes Jahr vorher habe der Anteil noch bei 25 Prozent gelegen. Neue Elektroautos würden derzeit nur noch in geringem Umfang in

die Flotte integriert, hieß es in einer Mitteilung des Unternehmens. „Im direkten Vergleich zwischen Verbrennerfahrzeugen und E-Autos im Carsharing zeigt sich, dass ein E-Auto noch immer einen Kostennachteil gegenüber Verbrennern aufweist. Bedingt durch die höheren Anschaffungskosten, die aufwendigeren und teureren Reparaturen und den höheren Aufwand im Betrieb“, teilte Miles mit.

Ähnliches war in den vergangenen Wochen von Hertz und Sixt zu hören. Es mangle zudem immer noch an Ladestationen. Die seien oftmals belegt. Hinzu kämen unterschiedliche Bezahlmethoden, die es für die Verbraucher unübersichtlich machten. Letztlich sei es nicht attraktiv, wenn man sich für jeden Anbieter eine neue App herunterladen müsse,

heißt es. Zudem ist die Reichweite der Elektro- und Hybrid-Fahrzeuge gerade im Segment der Klein- und Mittelklassefahrzeuge immer noch sehr begrenzt. Das gehe eindeutig gegen die Zeit des Nutzers und auch gegen die Bequemlichkeit und mache eine entsprechende Mietung unattraktiv, heißt es in der Branche.

Den Hauptgrund für die Zurückhaltung der Autovermieter sieht Automobilforscher Stefan Bratzel im Preiskampf der Elektroauto-Hersteller. „Der führt dazu, dass die Restwerte der Fahrzeuge sich verändern, und zwar im Unterschied zur vorherigen Kalkulation.“ Das heißt, dass die Vermieter am Ende der Nutzung beim Verkauf ihrer Elektroautos weniger bekommen, als sie geplant hatten, sie also Minus machen. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Nur noch mittelmäßig

München – Wirtschaftsexperten schätzen den Standort Deutschland als nur noch mittelmäßig ein. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Münchener ifo-Instituts und des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik im Herbst 2023. Die in Deutschland Befragten haben die Standortattraktivität im Durchschnitt mit 61,3 von 100 möglichen Punkten bewertet. Für 78 Prozent von ihnen ist der Wirtschaftsstandort Deutschland in den vergangenen zehn Jahren unattraktiver geworden. 48 Prozent erklärten, sie erwarteten eine weitere Verschlechterung. Bei der Frage nach der Standortattraktivität für ausländische Unternehmen erzielte die Bundesrepublik nur 49,6 von 100 möglichen Punkten, Österreich wurde mit 61,5 Punkten bewertet, die Schweiz erzielte gar 77,8 Punkte. An der Umfrage haben insgesamt 1541 Wirtschaftsexperten aus 128 Ländern teilgenommen. *H.M.*

Die ILA bleibt bis 2030

Berlin – Die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung ILA bleibt als Veranstaltung der Region Berlin-Brandenburg bis 2030 erhalten. Vom 5. bis 9. Juni erwartet sie auch in diesem Jahr im Schönefelder Ortsteil Selchow am Westrand des Flughafens BER die Schaulustigen. Die Karten kosten 60 Euro und können auf der Internetseite der ILA oder der ILA-App gekauft werden. Als Folge der allgemeinen Aufrüstung sollen die Rüstungsunternehmen für ihr Angebot diesmal mehr Ausstellungsfläche erhalten als in den vergangenen Jahren. Berlin und Brandenburg geben 5,5 Millionen Euro als Förderung dazu. „Die ILA ist die weltweit älteste Luftfahrtausstellung und das wichtigste Schaufenster der Branche in Deutschland“, hob Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) die Bedeutung der Ausstellung hervor. *F.B.*

Gold-Geld gegen Inflation

Harare – Die Republik Simbabwe hat am 5. April die neue Währung „Simbabwe-Gold“ (ZiG) eingeführt, die den Simbabwe-Dollar ersetzt und durch einen Korb von Fremdwährungen, Gold und anderen Edelmetallen gedeckt sein soll. Laut Auskunft des Gouverneurs der Zentralbank in Harare, John Mushayavanhu, lag der Einführungskurs bei 13,56 ZiG pro US-Dollar und der offizielle Zinssatz für Anleihen in ZiG bei 20 Prozent. Zuvor waren 130 Prozent Zinsen üblich gewesen. Die Ausgabe des ZiG ist der sechste Versuch des afrikanischen Staates, eine funktionierende Landeswährung zu schaffen, seit der Simbabwe-Dollar 2008/09 eine historisch einmalige Talfahrt erlebt hat. Damals lag die Inflation nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds bei bis zu 500 Milliarden Prozent, was Banknoten zum Nennwert von 100 Billionen Simbabwe-Dollar nötig machte. Mit Blick hierauf hat Mushayavanhu nun verkündet: „Es ist nicht hilfreich, einfach Geld zu drucken.“ *W.K.*

HINTERGRUND

Kritik an Selenskij wächst

BODO BOST

Endlose Debatten um ein dringendes Mobilisierungsgesetz, wachsender Unmut der Abgeordneten der Werchowna Rada über die Beschränkungen für Auslandsreisen oder auch eine Reihe von abgesagten beziehungsweise drastisch verkürzten Parlamentssitzungen – die kleinen und großen Polemiken häufen sich seit Wochen in einer politischen Welt der Ukraine, die dem Präsidenten immer weniger wohlgesinnt ist. Und in diesen Kontroversen glänzt Wolodimir Selenskij oft durch Abwesenheit.

Nach mehr als zwei Jahren Krieg gegen Russland ist der ehemalige Schauspieler mit einer Vertrauensquote von 62 Prozent immer noch eine Ausnahmeerscheinung in der politischen Landschaft. Zwar liegt dieser Wert um mehr als 20 Prozentpunkte unter demjenigen des Vorjahres, doch liegt er immer noch weit über dem eines jeden anderen Spitzenpolitikers in Europa. Außerdem unterstreichen andere Umfragen den Widerwillen eines Großteils des Volkes gegen die Idee, Präsidentschaftswahlen in Kriegszeiten abzuhalten.

Frustr bei Volk und Abgeordneten

Die Entlassung des beliebten Generalstabschefs Walerij Saluschnij im Februar und der Fall von Awdijiwka einige Tage später haben Selenskij Image jedoch ernsthaft beschädigt. Die Unsicherheit, die heute im Land herrscht, hat die Werchowna Rada wieder ins Rampenlicht gerückt, die zu Beginn der russischen Invasion zu einer Statistenrolle gegenüber einem Präsidentenbüro degradiert wurde, das zum neuralgischen Zentrum der Macht geworden ist. In den ersten Monaten der Invasion wurde dieses Machtungleichgewicht von der gesamten politischen Klasse akzeptiert, doch heute sorgt es zunehmend für Zähneknirschen.

In weiten Teilen des Parlaments ist das Zähneknirschen mittlerweile so weit verbreitet, dass mehrere Dutzend Abgeordnete erwägen, das Handtuch zu werfen, wie eine Ende März von der „Ukrainska Pravda“ veröffentlichte Umfrage ergab. Die Absage mehrerer Parlamentssitzungen sowie die Beschränkungen für Auslandsreisen, die von der Opposition als politisches Druckmittel angeprangert werden, trugen nicht dazu bei, die Frustrationen zu mindern.

Seit mehr als vier Monaten wird im Parlament auch über einen sehr heiklen Gesetzesentwurf diskutiert, der das Tempo der Mobilisierung der Armee erhöhen soll. Anfang Februar wurde das Gesetz in erster Lesung verabschiedet. Seitdem stockt die Debatte jedoch, da sich die Abgeordneten über die unpopulären Sanktionen für Mobilisierungsverweigerer streiten, nachdem sie den Text mit über 4000 Änderungsanträgen aufgebläht haben.

Umstrittene Projekte

Diese Verzögerungen für ein Projekt, das von der Armee als entscheidend angesehen wird, führen mehrere Kommentatoren auf die Weigerung des Präsidenten zurück, sich für die Unterstützung einer sehr unpopulären Maßnahme ins Zeug zu legen. Das Gesetz würde vor allem Deutschland betreffen, weil sich hier die meisten ukrainischen Wehrdienstverweigerer aufhalten. Im krassen Gegensatz dazu steht ein anderes Gesetz, das die Demobilisierung von Soldaten, die vor Beginn der Invasion eingezogen wurden, erlaubt: Es wurde vom Präsidenten selbst am 22. Februar ins Parlament eingebracht, am nächsten Tag verabschiedet und bereits am 26. Februar verkündet.

Langfristig stellt sich die Frage, wie das Land ohne Aussicht auf einen schnellen Sieg verwaltet werden soll. In den letzten Wochen hat dies einige Oppositionspolitiker ermutigt, die Bildung einer Koalitionsregierung oder sogar die Rückübertragung von Befugnissen an das Parlament zu fordern. Theoretisch hätten die Präsidentschaftswahlen Ende März stattfinden sollen, doch die russische Invasion und die Verhängung des Kriegsrechts kamen dazwischen.

Die Stunde des Parlaments

„Das Parlament muss seine Fähigkeit unter Beweis stellen, auch in den schwierigsten Zeiten eine führende Rolle zu spielen“, erklärte Olha Ajwasowska, Direktorin der Wahlbeobachtungsorganisation „Opora“. Sie verweist auf den jüngsten Besuch von Selenskij in Odessa, während russische Raketen die Stadt getroffen hatten. „Die Führungsfähigkeit des Parlaments muss eindeutig festgestellt werden, damit Russland versteht, dass selbst die Versuche, den Präsidenten zu töten, den ukrainischen Staat nicht zerstören können.“



Hat das Disziplinarrecht verschärft: Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Foto: Imago/Mike Schmidt

KOLUMNE

Radikalenerlass 2.0

FLORIAN STUMFALL

Kaum anderswo als in Deutschland stellt das Beamtentum eine vollends geschlossene, definierte und hervorgehobene arbeitsrechtliche Einheit dar. Das Staatslexikon (Sacher ed.) spricht von einem „gesetzlich verbürgten Amtsrecht“. Dies beinhaltet für den einzelnen Beamten Vorteile und Auflagen. So korrespondiert die Unkündbarkeit mit dem Streikverbot, und die Erledigung hoheitlicher Aufgaben fordert eine zweifelsfreie Loyalität zum Staat. Dies stand außer Frage, bis im Zuge der linksextremen 68er-Revolution der radikale Studentenfürer Rudi Dutschke den „Marsch durch die Institutionen“ ausrief, also eine Unterwanderung des öffentlichen Lebens, angefangen beim Schullehrer bis hin zum Gerichtspräsidenten. Seither ist es um die Sicherheit des Verhältnisses vom Staat zu seinen Beamten geschehen.

Sehr bald schon sah die Politik Anlass, diese Strategie der Subversion ernst zu nehmen. Das Ergebnis war der sogenannte Radikalenerlass vom 28. Januar 1972. Der Beschluss dazu beruhte auf einer Einigung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem damaligen SPD-Bundeskanzler Willy Brandt. Inhalt der Bestimmung war, dass Bewerber zum Beamtentum oder für den öffentlichen Dienst auf ihre Verfassungstreue hin überprüft werden sollten. Auffällige Bewerber würden demgemäß abgelehnt, bereits im Amt befindliche Staatsdiener sollten gegebenenfalls daraus entfernt werden können.

Der 72er-Radikalenerlass

Doch obwohl mit Brandt ein linker Politiker in diesem Sinne federführend tätig gewesen war, erhob sich auf der noch linken Seite ein Sturm der Entrüstung. Sofort war die Rede von „Berufsverboten“, ganz so, als hätte es jemals den Rechtsanspruch auf eine Beamtenlaufbahn gegeben. Die Medien stellten sich in ihrer Mehrzahl auf die Seite der Empörer, und das trug wesentlich dazu bei, dass die zaghafte Bereitschaft der Politiker erstarb, gegen den Marsch durch die Institutionen ein wirksames Mittel anzuwenden. Schon 1979 wurde der Erlass von der SPD/FDP-Regierung in Bonn einseitig aufgekündigt. Weil aber die Durchführung Ländersache war, setzte alsbald ein Wettlauf der „Guten“ ein, wie man heute sagen würde, und 1985 wurde die Regelanfrage abgeschafft.

Doch es gibt zwei unmittelbare Bezüge dieser zurückliegenden Ereignisse in die Gegenwart. Zum einen fordern jetzt noch Leute Entschädigung und Rehabilitation, die vom Radikalenerlass betroffen waren, und es ist das Land Niedersachsen, das als erstes eine Kommission „zur Aufarbeitung der Schicksale der von niedersächsischen Berufsverböten betroffenen Personen und der Möglichkeit ihrer politischen und gesellschaftlichen Rehabilitation“ eingesetzt hat. Bis in den Sprachgebrauch, die Verwendung des Kampfbegriffes „Berufsverbote“, ist der öffentliche Kniefall

Schwert und Armbrust die Regierung in Berlin stürzen wollten. Dass einer von ihnen, gerade noch aus der Haft entlassen, mittlerweile verstarb, hat indes keinerlei Empörung ausgelöst.

Politische Querschnittaufgabe

Der „Kampf gegen Rechts“ wird inzwischen zur politischen Querschnittaufgabe. Selbstverständlich ist das Innenministerium federführend, aber auch das für Wirtschaft und andere Einrichtungen. Ansprechstelle ist das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, ein Rubrum, dem man den parteipolitischen Kampfauftrag nicht ansieht. Da aber der „Kampf gegen Rechts“ von den verschiedensten Protagonisten vorgetragen wird, gibt es dafür auch zahlreiche Geldtöpfe, sodass die tatsächlichen Aufwendungen kaum festzustellen sind. Eine Anfrage aus dem Jahr 2022 hat ergeben, dass für den „Kampf“ gegen die Linke 1,3 Millionen Euro aufgewendet worden seien, gegen rechts dagegen 22 Millionen, das 17-Fache. Doch das ergibt kein zuverlässiges Bild. Denn allein das Programm „Demokratie leben“, das ebenfalls dem „Kampf gegen Rechts“ gewidmet ist, hat im selben Jahr 165 Millionen Euro bekommen.

Ist das krasse Missverhältnis bei der Verteilung der Mittel für die Bekämpfung des Extremismus schon ein Ärgernis, so stellt der Umstand eine wahrhafte Gefahr dar, dass die Begriffe „rechts“ oder „Extremismus“ in den Texten bewusst unklar gehalten werden. Das lässt bei der Anwendung viel freien Raum. Zum einen kann man so verhindern, dass eine unmissverständliche Fassung auch auf die extreme Linke zutrifft, was ja unvermeidlich wäre, zum anderen ist es so möglich, der Rechten Sachverhalte oder Geschehnisse je nach Bedarf anzulasten.

Daher hat die Regierung respektive das Bundesamt für Verfassungsschutz für die Nutzung ihrer Meldestellen, der Einrichtungen für Denunziation, die Empfehlung gegeben, davon auch „unterhalb der Strafbarkeit“ Gebrauch zu machen. Dieses „unterhalb der Strafbarkeit“ darf man getrost mit dem Vorbehalt der Vorläufigkeit verstehen. Senkt sich der Pegel der Strafbarkeit eines Tages ab, so hat die Exekutive sofort genügend Material, um zuzugreifen.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Zwei gravierende Unterschiede zwischen damals und heute

vor dem Zeitgeist erkennbar. Es steht zu erwarten, dass andere Gutmensch-Politiker dem Beispiel folgen werden.

Der zweite Bezug ist Anliegen und Auftrag der Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Es geht um ihren „Kampf gegen Rechts“. In diesem Zusammenhang sagt die SPD-Politikerin: „Ein wichtiger Baustein ist die Reform unseres Disziplinarrechts, die seit dem 1. April gilt. Künftig können Verfassungsfeinde deutlich schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden. Das gilt es nun konsequent durchzusetzen.“ Mit einem Wort: Radikalenerlass 2.0, allerdings mit zwei gravierenden Unterschieden.

Zum einen sah sich die Bundesrepublik in den 70er und 80er Jahren der massiven Bedrohung durch die aggressive Macht des real existierenden Sozialismus in der östlichen Hälfte Europas ausgesetzt, was zur ständigen Vorsicht dringlichen Anlass gab. Zum anderen richtete sich der 72er-Radikalenerlass ausdrücklich gegen Extremisten sowohl von der linken als auch von der rechten Seite. Heute ist das anders. Es gibt in Faesers Weltbild keine Gefahr von links, und um diejenige von rechts zu illustrieren, musste sie sich zu dem verzweifelten Vorgehen gegen den Prinzen Heinrich VIII. Reuß verstehen, die Gefahr der Lächerlichkeit nicht scheuend, als ein paar ältere Herren festgesetzt wurden, die angeblich mit

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFF33 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

In Berlin gelebt, von Wagner geprägt

Posener Oper führt „Das Gespensterschloss“, die berühmteste Oper des Polen Stanisław Moniuszko, in der Berliner Philharmonie auf

VON JOLANTA LADA-ZIELKE

Als populärste Oper des polnischen romantischen Komponisten Stanisław Moniuszko (1819–1872) gilt „Das Gespensterschloss“ („Straszny Dwór“). Sie wird in einer konzertanten Aufführung in der Berliner Philharmonie am 22. April zu erleben sein. Es treten Solisten, Chor und Orchester der Posener Oper unter der Leitung von Marco Guidarini auf. Dies ist bereits die dritte derartige Präsentation einer Oper Moniuszkos auf der Berliner Bühne. Das Posener Ensemble führte dort bereits „Halka“ (2019) und „Paria“ (2023) mit Erfolg auf.

„Das Gespensterschloss“ spielt in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Zwei junge, abenteuerlustige polnische Adlige schwören, niemals zu heiraten, um jederzeit bereit zu sein, ihr Heimatland zu verteidigen. Nachdem sie von einem Gespensterschloss gehört haben, beschließen sie, dorthin zu fahren, um sich mit bösen Geistern auseinanderzusetzen. An diesem Hof gibt es jedoch keine Gespenster, sondern schöne und auf dem Heiratsmarkt gefragte Jungfrauen. Eifersüchtige Mütter und Kupplerinnen aus anderen Häusern verbreiten das Gerücht über den angeblichen Fluch, um junge Männer von diesem Ort fernzuhalten. Zum Schluss brechen beiden Helden ihr Gelübde und heiraten zwei zauberhafte Bewohnerinnen des Gespensterschlosses. Am Ende tanzen alle die feurige Mazurka.

Die Aufführungen der Opern von Moniuszkos in Berlin sollen eine Art Rückkehr sein. Der als „Vater der polnischen Nationaloper“ titulierte Komponist verbrachte drei Jahre an der Singakademie zu Berlin (1837–1840), wo er Komposition bei Carl Friedrich Rungenhagen studierte. Dort lernte er großformatige und kleinere Werke vokaler Musik von der kompositorischen und der Aufführungsseite kennen.



War den Polen viel Wert: Stanisław Moniuszko auf einem alten, nicht mehr im Umlauf befindlichen 100.000-Złoty-Schein

Darüber hinaus arbeitete er als Korrepetitor und Chorleiter.

In Berlin führte Moniuszko seine „Drei Lieder“ zu Gedichten des polnischen Dichters Adam Mickiewicz erfolgreich auf. Einige seiner Stücke veröffentlichte der Verlag Bote & Bock. Zwar lag damals ein Teil des heutigen Polen im preußischen Staat, es war aber noch vor der Zeit von Bismarcks Kulturkampf.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es sowohl in Warschau als auch in Berlin eine intensive Beschäftigung mit der Kultur der anderen Seite. Ein großer Teil der Einwohner Warschaus und anderer polnischer Städte sprach Deutsch und war

deutsch geprägt. Von Rungenhagen stammt die Oper „Ratibor und Wanda“ zu einem polnischen Thema, die man komplett aufführte. Unter den aufgeklärten Bürgern Deutschlands herrschte Begeisterung für Polen als Kämpfer gegen das zaristische Russland. Die Werke Moniuszkos waren ein Teil dieser damals noch selbstverständlichen Beschäftigung mit dem Nachbarn.

Unter dem Wagnerschen Einfluss

Ebenso selbstverständlich war, dass Rungenhagen dem polnischen Studenten die Möglichkeit vermittelte, dessen erste Liedversuche zu veröffentlichen. Diese

Stücke ähnelten denjenigen, die die Töchter aus guten Häusern im 19. Jahrhundert am Klavier bei Hauskonzerten spielten. Rüdiger Ritter, Musikwissenschaftler und Autor der deutschsprachigen Biographie Moniuszkos, sieht eine stilistische Verwandtschaft der Lieder des Komponisten mit Balladen von Karl Loewe.

Wenn man über die Geschichte der Opernmusik im 19. Jahrhundert spricht, kommt man nicht um das Werk Richard Wagners herum. Karol Musiol schreibt in seinem Buch „Wagner und Polen“, dass sich Moniuszko von Wagner inspirieren ließ. In „Das Gespensterschloss“ gestaltete er den Anfang des zweiten Aktes nach

der Spinnstubszene vom „Fliegenden Holländer“. Am Silvestertag sitzen junge Bewohnerinnen des Gespensterschlosses mit einer älteren Dame wie Sentas Amme Mary zusammen und sticken ein Tisch Tuch für einen Altar. Wie in der Oper Wagners träumen sie von ihren Geliebten, die sie aber noch nicht kennen. Sie haben vor, aus dem aufs Wasser gegossenen Wachs abzulesen, welche welchen heiraten wird.

Als reifer Komponist hat sich Moniuszko die neuesten Partituren und Klavierauszüge zukommen lassen und wusste, was die bedeutendsten Komponisten geschrieben haben. Deshalb konnte er die Werke Wagners – vielleicht sogar vor ihrer Erstaufführung – kennenlernen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er diese Szene aus dem „Fliegenden Holländer“ als Muster nahm und entsprechend umarbeitete. Heute sind Moniuszko und Wagner als Schöpfer der Nationaloper anerkannt, jeder in seinem Land.

„Das Gespensterschloss“ wurde am 28. September 1865 in Warschau uraufgeführt, als die Repressionen nach dem niedergeschlagenen Januaraufstand gegen die russische Herrschaft noch andauerten. Nach der dritten Aufführung nahm die zaristische Zensur die Oper vom Spielplan. Wahrscheinlich gilt aus diesem Grund das Werk bis heute als die polnischste von Moniuszkos Opern.

Das bedeutet jedoch nicht, dass das Publikum aus anderen Ländern ihre Botschaft nicht verstehen könnte. „Das Gespensterschloss“ hatte bereits Erfolg beim 11. Internationalen Wettbewerb der Interpreten European Opera sowie dem Internationalen Opernfestival in Wiesbaden 2022. Die Berliner Aufführung am 22. April kann auch gut ankommen. Die Besetzung ist international: ein italienischer Dirigent und ein polnisch-ukrainisches Solistenensemble.

● Karten: www.berliner-philharmoniker.de

LITERATUR

Ein dichtender Übermensch

Frauen-, Männer- und Freiheitsheld – Vor 200 Jahren starb der englische Dichter Lord Byron

Als Literaturepoche ist die Romantik derart genuin deutsch, dass es romantische Lyriker aus anderen Ländern immer schwer hatten, hierzulande wahrgenommen zu werden. Das gilt insbesondere für englische Dichter, deren Gedichte auf der Insel jedes Schulkind aufsagen kann, die aber in Deutschland im Schatten von Novalis oder Eichendorff stehen. Mit ein Grund ist die Schwierigkeit, Lyrik adäquat zu übersetzen, sodass die poetische Eloquenz des Originals in einer anderen Sprache nicht verloren geht.

Dabei haben sich die Briten einige verkaufsfördernde Techniken von den Deutschen abgeschaut. Statt sich mit rivalisierenden Scharmützeln gegenseitig Konkurrenz zu machen, traten sie ähnlich wie Goethe/Schiller, Wackenroder/Tieck oder von Arnim/Brentano im Duo auf mit teilweise gemeinsamen Veröffentlichungen. Das galt für die Begründer der englischen Romantik, Wordsworth und Coleridge, wie insbesondere auch für jene Poeten der zweiten Generation: Percy Bysshe Shelley und Lord George Gordon Byron spornten sich mit ihrer Freundschaft gegenseitig zu neuen lyrischen Ergüssen an.

Frucht dieser enormen Produktivität war auch Schauerromantisches. Im „Jahr ohne Sommer“ 1816, als mutmaßlich der Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora weltweit für ungewöhnlich kalte Temperaturen sorgte, trugen sich Shelley, dessen spätere Ehefrau Mary, Lord Byron und dessen dichtender Leibarzt John Polidori in einer Villa in der Nähe des Genfer Sees selbstverfasste Schauergeschichten vor. Was den Erfolg betrifft, schlug Mary Shelley mit ihrem Horrroman „Frankenstein“ die Männer um Längen. Lord Byron begnügte sich nur mit dem schmalen Gedicht „Die Finsternis“.

Im Gedächtnis bleibt Lord Byron ohnehin eher mit monumentalen Verserzählungen. In „Childe Harolds Pilgerfahrt“, „Manfred“ und „Don Juan“ entwickelte er über hunderte Strophen hinweg den Typus des damals europaweit bewunderten Byronschen Helden, der einsam durch die Welt streift und sich um die sozialen Verhältnisse anderer wenig schert. Dieser Held, eigentlich ein Antiheld, war natürlich ein Alter Ego von Byron selbst: ein adeliger Dandy, quasi ein Vorläufer Oscar Wildes, weltgewandt, reisefreudig, gut-

aussehend, ein bisexueller Frauen- wie auch Mannerverführer, allerdings mit einem Klumpfuß geboren.

Als literarischer Typus faszinierte diese Figur die Leser vor allem in Frankreich und Russland. Alexander Puschkin führte ihn als „überflüssigen Menschen“ in die russische Literatur ein, wo ihn Dostojewski später wieder in seinen Romanen auf-



In albanischer Kleidung: Lord Byron

leben ließ. Musikalisch tritt der Byronsche Egoist in Tschaikowskis „Manfred-Sinfonie“ und in Hector Berlioz' „Harold in Italien“ auf. Und Nietzsche entwickelte seinen Begriff des „Übermenschen“ anhand der Persönlichkeit Lord Byrons.

Nicht nur das Werk, sondern auch die Person bewunderten die Leser seinerzeit. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sowohl Byron als auch Shelley relativ früh starben. Letzterer erkrankte 29-jährig bei einer Segeltour vor der italienischen Küste. Byron war dabei, als man die Leiche seines Freundes am Strand einäscherte. Keine zwei Jahre später starb auch Byron im Alter von 36 Jahren in Griechenland. Im Freiheitskampf der Griechen gegen die Osmanen unterstützte er die Kämpfer finanziell, wofür er sogar eines seiner Herrenhäuser in England verkaufte.

Der Versuch, eine Gruppe von Unabhängigkeitskämpfern anzuführen, schlug allerdings aufgrund seiner mangelnden militärischen Kenntnisse fehl. Trotzdem wird er in Griechenland bis heute als Freiheitsheld gefeiert. Am 19. April 1828 starb er in Messolongi an den Folgen eines Fiebers und an Aderlässen. Harald Tews

● MELDUNG

CDF kommt nach Berlin

Berlin – Anlässlich des 250. Geburtstags von Caspar David Friedrich zeigt die Alte Nationalgalerie in Kooperation mit dem Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin vom 19. April bis 4. August eine große Ausstellung zum Werk des bedeutendsten Malers der deutschen Romantik. In „Caspar David Friedrich. Unendliche Landschaften“ werden über 60 Gemälde und 50 Zeichnungen Friedrichs aus dem In- und Ausland zu sehen sein, darunter weltberühmte ikonische Gemälde wie das „Eismeer“, der „Kreidefelsen auf Rügen“ oder der „Mönch am Meer“. Diese Werke wurden erst kurz zuvor in der Hamburger Kunsthalle präsentiert, wo die dortige Jubiläumsausstellung in nur dreieinhalb Monaten zu einem Rekord von 335.000 Besuchern geführt hat. Da ein ähnlich großes Publikumsinteresse für den romantischen Meister des Lichts in Berlin erwartet wird, empfiehlt es sich, Eintrittskarten rechtzeitig vorab zu buchen. Online sind sie ab sofort erhältlich unter der Internetadresse www.smb.museum/tickets tws

HEILIG-GEIST-KIRCHE

Als letztes fiel der Turm

Bis in das letzte Kriegsjahr war Potsdam im Zweiten Weltkrieg von direkten Bombenangriffen verschont geblieben. Im vorletzten Kriegsmonat indes, am Abend des 14. April 1945, zerstörte die Royal Air Force (RAF) bei einem einzigen Luftangriff große Teile der Innenstadt. Dabei brannte auch das Kirchenschiff der Heilig-Geist-Kirche in der Burgstraße aus.

Der Kirchturm überstand zwar den Angriff der britischen Bomber unbeschadet, aber nicht den der sowjetischen Artillerie. Am 25. oder 26. April setzte die vorrückende Rote Armee den Turm durch Artilleriebeschuss vom Güterbahnhof aus in Brand. Der hölzerne Turmhelm stürzte ab.

1955 gab es zwar die Planung, die Kirche wiederaufzubauen. Dazu kam es indes nicht. Vielmehr wurde 1960/61 das Kirchenschiff abgebrochen.

Es blieb der Turmstumpf. Die Kirchengemeinde sah sich finanziell nicht in der Lage, den Turm zu rekonstruieren. Und Partei und Staat wollten ihn loswerden – angeblich um Platz für dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. So kam es am 15. Oktober 1973 zu einer vergleichsweise einvernehmlichen Lösung. Die Kirchengemeinde verschenkte den Turmstumpf an die Stadt, und die Stadt kaufte ihr dafür das Grundstück ab, auf dem dieser stand.

Nun konnte die Stadt den verbliebenen Rest des einstigen Gotteshauses beseitigen. Für die Sprengung des Turmstumpfes wurde dieselbe Firma beauftragt, die bereits 1968 die Garnisonkirche gesprengt hatte. 486 Kilogramm Gelatine-Donarit wurden dafür auf 230 Bohrlöcher verteilt.

Vor einem halben Jahrhundert, am 20. April 1974, erfolgte die Zündung,



Vor 50 Jahren gesprengt: Turm der Heilig-Geist-Kirche in Potsdam

und der verbliebene Rest des Kirchbaus sank in sich zusammen. Zweieinhalb Meter hoch türmte sich der Schutt in der Burg- und der Heilig-Geiststraße. Nach dem Stadtschloss, der Garnisonkirche und dem alten Schauspielhaus war nun auch die Heilig-Geist-Kirche beseitigt.

Zu dem Bau des neuen Wohnblocks, dem die Kirche hatte weichen sollen, kam es nicht mehr – zumindest nicht zu DDR-Zeiten. Erst Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR, im Jahre 1997, entstand auf der Fläche ein Altenheim mit zwei Wohnhäusern. Dessen fünfgeschossiges Hauptgebäude mit anschließendem Wohnturm erinnert wenigstens ansatzweise an die Silhouette der einstigen Heilig-Geist-Kirche. Abgesehen von dieser Reminiscenz ist von dem Sakralbau nur die über dem Eingang vom Stifter König Friedrich Wilhelm I. angebrachte Widmungstafel erhalten geblieben, die von Mitarbeitern des Potsdam Museums gerettet wurde.

Manuel Ruoff

REAL EXISTIERENDER SOZIALISMUS

Wenn ehemalige Bewohner der DDR zurückwollten

Den Umgang mit Rückkehrwilligen hatte das SED-Regime durch diverse vertrauliche Dienstvorschriften geregelt



Die meisten Übersiedler, Flüchtlinge und Freigekauften aus der DDR blieben dauerhaft im Westen, aber einige zog es später wieder zurück: DDR-Übersiedler im Notaufnahmelaager Gießen
Foto: pa/imageBroker

VON HEIDRUN BUDE

Für fünf Deutsche, die 1982 aus dem Westen in die DDR zurückkehren wollten, wurde das Aufnahmeverfahren zum Albtraum. Ihr Wunsch war die Rückkehr in die Heimat, aus der sie einst geflohen waren. Die Akten nennen die Beweggründe nicht. Gab es pflegebedürftige Angehörige, die Hilfe und Fürsorge brauchten? Kamen die Antragsteller im Westen nicht zurecht oder hatten sie schlichtweg Heimweh?

Für die SED-Funktionäre waren diese persönlichen Gründe nebensächlich. Sie unterzogen die Rückkehrer einer gründlichen Überprüfung mit stundenlangen Verhören und holten hinter dem Rücken der Betroffenen „operative Informationen“ ein. Laut der Dienstvorschrift Nr. 032/78 des DDR-Innenministers war der Zweck, „das Eindringen von Personen, ... die einen Kampf gegen die DDR führen, von anderen feindlich negativ eingestellten Personen, von kriminellen oder asozialen Elementen ... zu verhindern“.

Die fünf Antragsteller von 1982 besaßen die „DDR-Staatsbürgerschaft“. Am 20. Februar 1967 unterzeichnete der Staats- und Parteichef Walter Ulbricht, der 1961 die Mauer hatte bauen lassen, das „Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Staatsbürgerschaftsgesetz)“, um die deutsche Teilung gänzlich zu vollenden. Der juristische „Geburtsfehler“ dieses Gesetzes wurde mit der Behauptung in der Präambel beiseitegewischt, dass angeblich mit der Gründung der DDR eine eigene Staatsbürgerschaft entstanden sei. Sie interpretierten den ursprünglichen Willen politisch zweckmäßig und rückwirkend um.

1967 war die DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 noch in Kraft, und deren Text ließ eine solche nachträgliche Aus-

legung gar nicht zu. Artikel 1 lautete: „(1) Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik ... (4) Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.“ Diese Verfassung war „unmittelbar geltendes Recht“, und Artikel 144 regelte: „Entgegenstehende Bestimmungen sind aufgehoben.“ Somit konnte das Staatsbürgerschaftsgesetz de jure 1967 gar nicht in Kraft treten.

Drei Möglichkeiten des Verlusts

Doch für den Umgang mit den fünf Rückkehrern aus dem Westen spielten diese juristischen Fragen gar keine Rolle, denn wichtige Details regelte Innenminister Friedrich Dickel in „Vertraulichen Verschlusssachen“ wie seiner oben auszugsweise zitierten Dienstvorschrift Nr. 032/78. Öffentlich war lediglich zu lesen, dass es drei Möglichkeiten gab, die „DDR-Staatsbürgerschaft“ zu verlieren: „Entlassung, Widerruf der Verleihung und Aberkennung“. Allerdings wurde den Bürgern verschwiegen, welche konkreten Gründe für eine solche Entscheidung vorliegen mussten und wie das Verfahren abzulaufen hatte, insbesondere, ob es ei-

nen Rechtsschutz und eine gerichtliche Nachprüfung geben würde.

Diese wichtigen Fragen regelte Dickel in drei umfangreichen „Vertraulichen Verschlusssachen“ vom 26. Februar 1968, 8. März 1977 und 20. Dezember 1978. Allerdings waren die Vorgaben so geheim, dass selbst die Gehilfen für die Umsetzung nur beschränkt eingewiesen wurden. Wörtlich: „Weitere Offiziere und Wachmeister sind nur in dem Umfang mündlich zu informieren, wie das zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.“

Intern wurde entschieden, dass die fünf Deutschen kein Recht auf Rückkehr hatten, und vor ihrem Rauswurf erwartete sie die „Aberkennung“ der „DDR-Staatsbürgerschaft“. Dazu war kein Gerichtsverfahren und auch keine Einbindung eines Rechtsanwaltes erforderlich. Der Innenminister wies an, dass der Leiter des Zentralen Aufnahmeheims die Antragsteller wie folgt mündlich zu informieren hatte:

„Sie haben insbesondere durch (kurze Begründung der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik) die staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber der Deutschen De-

mokratischen Republik grob verletzt. Gemäß Paragraph 13 des Staatsbürgerschaftsgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Februar 1967 in Verbindung mit Paragraph 1 Absatz 3 des Erlasses des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. August 1964 hat Ihnen der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik mit sofortiger Wirkung die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik aberkannt. Damit geht Ihnen das Recht auf Aufnahme in der Deutschen Demokratischen Republik verloren. Sie werden deshalb unverzüglich nach der westdeutschen Bundesrepublik/der besonderen politischen Einheit Westberlin ausgewiesen. Zur Beachtung: Gegen die Entscheidung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik gibt es kein Rechtsmittel der Beschwerde.“

Eine weltöffentliche Lüge

In diesem verlesenen Text kam das Wort „demokratisch“ neun Mal vor. Das war eine Verhöhnung der Adressaten, denn sie hatten nicht einmal den Hauch eines Rechtsschutzes, und es stellt sich die Frage, wie diese Deutschen gegen ihren Willen abgeschoben wurden. Man hätte ihnen eine „Entlassungsurkunde“ aus der „DDR-Staatsbürgerschaft“ geben können. Doch das passierte nicht, denn dieses Verfahren war nur bei genehmigten Anträgen auf ständige Ausreise anzuwenden. Diese Antragsteller wollten nicht ausreisen, sondern unbedingt in der DDR bleiben.

Innenminister Dickel regelte in seiner „Vertraulichen Verschlusssache“ eine einfache Lösung für dieses Abschiebeproblem: „Personen, denen die Staatsbürgerschaft ... aberkannt ... wurde, sind von der Aufnahmestelle zurückzuweisen, zur Grenzübergangsstelle zurückzubringen und dem Diensthabenden Offizier der Paßkontrollleinheit zwecks Ausweisung zu übergeben. ... Erfolgt nach Aberkennung der Staatsbürgerschaft ... die Rückweisung ... so sind der westdeutsche oder Westberliner Personalausweis und andere persönliche Dokumente ... zurückzugeben. (2) Rückweisungen beziehungsweise Rückführungen sind aus Sicherheitsgründen einzeln (außer Familien) über verschiedene Grenzübergangsstellen, nur bei vorliegender Notwendigkeit in kleineren Gruppen bis zu drei Personen, durchzuführen. Die Personen sind bis zu den Grenzübergangsstellen durch Volkspolizei-Angehörige zu begleiten.“

1982 nannten die SED-Funktionäre dieses Verfahren „Rückweisung“. In einer früheren „Vertraulichen Verschlusssache“ vom 22. Oktober 1960 bezeichnete Innenminister Karl Maron diesen Rauswurf als „Rückschleusung“. Damit praktizierten sie genau das, was sie den Fluchthelfern aus dem Westen in Schauprozessen immer als kriminelle Handlung anlasteten. Der Unterschied bestand lediglich darin, dass Fluchthelfer Personen transportierten, die selbst weg wollten und festgehalten wurden. Die SED-Funktionäre hingegen nutzen die „Rückweisung“ oder „Rückschleusung“ dazu, sich „unerwünschter Deutscher“ zu entledigen, allerdings so, dass niemand den Beweis über diese Verfahrensweise führen konnte, denn das internationale Ansehen war ihnen sehr wichtig.

1983, ein Jahr nach diesem menschenverachtenden Rauswurf, berichtete der DDR-Vertreter vor dem UN-Menschenrechtsausschuss: „Grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung von Menschen ist der sozialistischen Gesellschaftsordnung wesensfremd, widerspricht ihren Rechts- und Moralnormen und kommt in der Praxis nicht vor.“

Eine weltöffentliche Lüge, die ihre Wirkung allerdings bis heute nicht verfehlt, denn ein zunehmend schöngefärbter Rückblick auf die DDR ist nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland häufig anzutreffen.

DDR-Politiker



Walter Ulbricht unterzeichnete 1967 das „Staatsbürgerschaftsgesetz“ in seiner Eigenschaft als Staatsratsvorsitzender von 1960 bis 1973.



Karl Maron war 1950 bis 1963 Chef der Volkspolizei, ab 1954 Mitglied des ZK der SED und von 1955 bis 1963 Minister des Innern. Er starb 1975 in Ost-Berlin.



Friedrich Dickel war von 1963 bis 1989 Marons Nachfolger als Minister des Innern und Chef der Volkspolizei. 1967 bis 1989 war Mitglied des ZK der SED.



Einer der Höhepunkte der Feierlichkeiten: Feierliche Übergabe der neuen Grabstätte Immanuel Kants am 21. April 1924

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

OSTPREUSSEN

Wie Königsberg vor 100 Jahren Immanuel Kants Geburtstag beging

Die Geburtstagsveranstaltungen waren die größten Feierlichkeiten seit der Königskrönung Wilhelms I. im Jahre 1861. Das Jubiläum hauchte den Kant-Studien neues Leben ein

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Das 19. Jahrhundert war mit Blick auf die Philosophie Immanuel Kants, dem größten Sohn Königsbergs, eine wahre Durststrecke. An der Königsberger Universität wurde nur wenig zu Kant geforscht, die Zeit des deutschen Idealismus, die mit dem Erscheinen der „Kritik der reinen Vernunft“ 1781 begann und mit dem Tod Georg Wilhelm Friedrich Hegels 1831 endete, war vorüber. Und so gab es auch nur eine Handvoll Dissertationen zu Kant an der Albertina während dieser Zeit. Vielleicht, weil es das Jahrhundert der Hegelianer war.

Die Kantforschung nahm – ungeachtet der antimaterialistischen Neukantianer unter Otto Liebmann und Friedrich Lange – zu Beginn des 20. Jahrhunderts wieder langsam Fahrt auf. Doch erst die gewaltigen Umbrüche im Staatswesen, der Philosophie, der Wirtschaft, der Kunst und der Bildung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs brachten Kant und der Metaphysik wieder eine hohe Aufmerksamkeit, machten Kant letztlich wieder populär. Die Kant-Feierlichkeiten zu seinem 200. Geburtstag im April 1924 waren die wichtigsten Festlichkeiten in der Pregelmetropole seit der Krönung Wilhelms I. zum preußischen König im Oktober 1861.

Einweihung des neuen Kantgrabes

Für die Kant-Feier wurden eigens Ausweise gefertigt, die den Zutritt zu den einzelnen Veranstaltungen ermöglichten. Die Feierlichkeiten zogen zahlreiche Persönlichkeiten in die Stadt. Der stellvertreten-

de Reichskanzler Karl Jarres und Preußens Ministerpräsident Otto Braun nahmen an den Ereignissen teil.

Den Auftakt machte eine Festversammlung im Friedrichskollegium, organisiert von der Königsberger Kantgesellschaft am 19. April. Am Folgetag zog sich eine Festversammlung in der Palästra Albertina über fünfeinhalb Stunden hin, auf der mehrere Professoren aus dem ganzen Reich ihre Vorträge rund um Kant hielten. Ein weiterer Höhepunkt war die Einweihung des neu gestalteten Kantgrabes am Königsberger Dom.

Die 1880 errichtete Grabeskapelle war so auffällig geworden, dass sie 1898 abgerissen worden war. Erst mit dem Entwurf des Architekten Friedrich Lahrs erhielt die historische Grabstätte wieder ein würdiges, wenn auch modernes Erscheinungsbild. Der von Hugo Stinnes finanzierte Kenotaph im Stile des Bau-

hauses gilt bis heute als gelungen. Die feierliche Einweihung fand im Dom statt.

Am 22. April sprach der Preußische Wissenschaftsminister und weitere Honoratioren im Rahmen eines Festakts im Stadttheater. Am selben Tage richtete die Gesellschaft der Freunde Kants das berühmte, nur ein Jahr nach Kants Tod 1804 erstmals zelebrierte Bohnenmahl im Stadttheater aus. An diesem 22. April 1924 wurden Hühnersuppe, Ostseelachs mit holländischer Tunke, Hammelrücken mit Edelmüschel, Stadthalleneis, die berühmte „Bohnenkuchen“, Käse und Kaffee kredenzt. In jedem Jahr entschied eine in der Torte versteckte Bohne darüber, wer im kommenden Jahr die Festansprache halten sollte.

Die Feierlichkeiten endeten am 23. April mit einem rauschenden Festkommers der Königsberger Studentenschaft in der Stadthalle. Die Verbindungen zeigten die-

ser Tage in der Stadt mit ihrer Couleur und Fahnen Dauerpräsenz.

Damit die Kant-Feierlichkeiten nicht nur ausgewählten Akademikerkreisen vorbehalten blieb, lieferte die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ eine Sonderbeilage zum 200. Geburtstag des Philosophen. Universitätsrektor Alfred Uckele schrie den Aufmacher dafür, indem er den Sinn der Kant-Feier erläuterte. Die neue Inselsituation Ostpreußens und das Gefühl der Bedrohung durch Polen und Frankreich gaben hierbei den Ton vor, wie das ausgeprägte Pathos belegt. Uckele forderte in seinen Ausführungen ein „großes deutsches Kulturfest“ für deutsche Werte und deutschen Idealismus.

Kant-Gedächtnistag an den Schulen

Zudem werden gleich mehrere Kant-Münzen geprägt, die den Philosophen in Erinnerung rufen. Kant wurde im heutigen Sinne noch einmal populär. Es wurde nach Kant-Reliquien geforscht, und die Stadtverwaltung benannte die Prinzessinnenstraße, in der bis zum Abriss das Kant-Haus stand, in Kantstraße um.

Die Feierlichkeiten fanden nicht nur in Königsberg statt. Reichsweit wurde der 200. Geburtstag begangen. Das preußische Kultusministerium verfügte, dass alle höheren Lehranstalten sowie Bildungsanstalten für Lehrer noch vor dem Ende des Schuljahres „in angemessener Weise“ einen Kant-Gedächtnistag durchführten. Ziel sei es, in den oberen Klassen über die Lektüre aus dem Werk des Philosophen „einen tieferen Einblick in das Denken des großen Philosophen zu geben“.

Teilnehmer der Geburtstagsfeierlichkeiten Kants



FOTO: BRAUN NEWS SERVICES



FOTO: LINBEKANTWIKIMEDIA



FOTO: PIVOWOLFGANG MARIA FISBERG

Karl Jarres von der Deutschen Volkspartei (DVP) war von 1923 bis 1925 Stellvertreter der Reichskanzler Gustav Stresemann und Wilhelm Marx.

Alfred Uckele von der DVP wurde 1910 als ordentlicher Professor für Praktische Theologie an die Albertina berufen. 1923/24 war er deren Rektor.

Otto Braun von der SPD war von 1920 bis 1932 mit zwei kurzen Unterbrechungen in den Jahren 1921 und 1925 Ministerpräsident des Freistaates Preußen.

RUTH LEUWERIK

Die Darstellerin Königin Luises

Wohl keine andere Darstellerin ist im kollektiven Gedächtnis unserer Nation derart mit der Preußenkönigin Luise verbunden wie Ruth Leuwerik. Zu prägend ist ihre Darstellung der legendären Landesmutter in dem starbesetzten deutschen Spielfilm „Königin Luise“ aus dem Jahr 1957 mit Dieter Borsche als König Friedrich Wilhelm III. Auch hier spielt sie den Typus der starken Frau, die, obschon ihr selbst zum Weinen ist, mit gleichsam preußischem Pflichtbewusstsein und Selbstdisziplin anderen mit ihrem bezaubernden Lächeln Trost und Zuversicht zu vermitteln sucht.

Leuwerik spielte meist Damen, und dazu passte auch ihr Elternhaus. Sie war die Tochter eines Kaufmanns und dessen Ehefrau und kam vor 100 Jahren, am 23. April 1924, im damals preußischen Ruhrort Essen zur Welt. Nach dem Besuch von Gymnasium und Höherer Handelsschule arbeitete die Kaufmannstochter im Büro. Aber nebenbei nahm sie Schauspielunterricht und fand bald zu ihrer Berufung, der Schauspielerei.

Sie spielte ab 1942/43 in Paderborn, Münster, Bremen, Lüneburg, Hamburg und Berlin Theater. 1955 beendete sie ihre Theaterkarriere in Düsseldorf als Eurydike in dem gleichnamigen Stück.

Zwischenzeitlich hatte bereits ihre Filmkarriere begonnen. Zwei Jahre nach ihrem Filmdebüt in der Urlaubskomödie „Dreizehn unter einem Hut“ aus dem Jahr 1950 gelang ein erster Filmfolg in der Komödie „Vater braucht eine Braut“. Sie spielte an der Seite des damals bereits bekannten Dieter Borsche. Die beiden wurden eines der Traumpaare des deutschen Films, und es folgten diverse Filme mit den beiden wie noch im selben Jahr „Die große Versuchung“, 1953 „Königliche Hoheit“ und eben 1957 „Königin Luise“.

Der große Durchbruch gelang Leuwerik an der Seite von O. W. Fi-



Ruth Leuwerik als Königin Luise

scher 1953 in dem Melodram „Ein Herz spielt falsch“. Auch mit diesem Filmpartner folgten weitere Filme, zum Beispiel 1955 „Ludwig II.“. Weiteren Schwung brachten ihrer Karriere 1956 und 1958 „Die Trapp-Familie“ und „Die Trapp-Familie in Amerika“. 1976 beendete Leuwerik ihre Spielfilmkarriere mit „Unordnung und frühes Leid“.

Aber 1963 hatte bereits ihre nächste Karriere begonnen, nun als Fernsehschauspielerin. Einen Höhepunkt dieser 20-jährigen letzten Karriere bildete 1979 ihre Rolle als Elisabeth Buddenbrook in der Serie „Die Buddenbrooks“. Auch hierbei handelte es sich wie so oft bei der am 12. Januar 2016 in München verstorbenen Mimin um einen Kostümfilm. *Manuel Ruoff*

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Ein aktueller Bericht der UN-Organisation „United Nations Industrial Development Organization“ (Unido) und der „International Renewable Energy Agency“ (Irena) deckt auf, dass die Bestrebungen einiger Industrieländer, darunter Deutschland, Verträge mit Drittweltländern zur Produktion von sogenanntem grünen Wasserstoff abzuschließen, von Teilen der Bevölkerung in diesen Ländern abgelehnt wird. Der Text mit der Überschrift „Wasserstoffindustrie – eine Umdeutung des Narrativs“ erhellte den Anlass des Berichts im Untertitel: „Grüner Wasserstoff stößt auf Widerstand in den Entwicklungsländern, weil er fast ausschließlich für den Export in reiche Länder bestimmt ist.“ Den Inhalt des Berichts reflektiert ein Artikel, der am 8. Februar auf dem Portal „hydrogeninsight.com“ veröffentlicht wurde.

Die beiden internationalen Organisationen warnen vor „öffentlichem Widerstand“ gegen derartige Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern, im Klartext: Wegen der bereits geschlossenen Wasserstoffallianzen zwischen einigen reichen Industrienationen und den Regierungen ärmerer Partnerländer sei mit innenpolitischen Unruhen in diesen Ländern zu rechnen.

Protest gegen „Öko-Kolonialismus“

Die Bundesregierung sollte die Warnhinweise ernst nehmen. Deutschlands Energiesystem wird zurzeit auf eine als „grün“ bezeichnete Wasserstoffwirtschaft auf Basis von Wind- und Solarstrom umgestellt. Die Versorgung mit Wasserstoff soll zu 70 Prozent durch Importe aus Übersee gesichert werden. Derartige bereits geschlossene Verträge und Vorverträge werden jedoch von der lokalen Bevölkerung der ärmeren Länder nicht zuletzt aufgrund eines inhärenten und neu angefachten Misstrauens zwischen Zivilgesellschaft und staatlicher Ebene misstrauisch beobachtet. Beispielsweise wird den staatlichen Stellen in Namibia Intransparenz und Korruption vorgeworfen.

Auch Kanada ist „Wasserstoffpartner“ Deutschlands. Bei den Einwohnern Neufundlands sind insbesondere die Mega-Windparks verhasst, die auf der Insel vor der Nordostküste Kanadas für die Erzeugung von „grünem“, für den Export bestimmten Wasserstoff entstehen sollen. Doch darauf geht der Report des Duos nicht ein – möglicherweise, weil in Kanada kein Aufruhr droht, wenn die Einwände der Naturschützer und Bürgerinitiativen vom Energieministerium nicht anerkannt werden, was bisher der Fall ist.

Während in Deutschland bereits die ersten größeren „grünen“ Wasserstoffprojekte wegen Unrentabilität aufgegeben werden, könnte die deutsche Wasser-



Am Volk vorbei? Namibias im Februar verstorbener Präsident Hage Gottfried Geingob bei Robert Habecks Staatsbesuch 2022

Foto: pa/Bernd von Jutrczenka

ENERGIEWENDE I

UN warnen: „Grüner Wasserstoff“ könnte Unruhen auslösen

Den Energie-Plänen der Ampel droht der nächste Scherbenhaufen – In den Ländern des globalen Südens wächst der Unmut über die Partnerschaftsverträge mit den reichen Industrienationen

stoffstrategie insgesamt, die über ein Dutzend Länder in Übersee mit einbezieht, durch die im vorliegenden Bericht umrissene Entwicklung hinfällig werden.

Die internationalen Organisationen stellen Sinn und Nutzen der Produktion von Wasserstoff aus Wind- und Solarstrom nicht in Frage. Man schließt sich jedoch der Kritik an, dass die Diskussion darüber bisher nur aus der Perspektive des Globalen Nordens geführt wird. Die aufgekommene Bedenken hinsichtlich einer fairen Verteilung des „grünen“ Wasserstoffs seien gerechtfertigt. Aus anderen Veröffentlichungen geht hervor, dass Gegner der Wasserstoffpartnerschaften zwischen ärmeren und reicheren Ländern diese Abmachungen als Öko-Kolonialismus anprangern. In dem vorliegenden Bericht wird dieser Begriff naheliegenderweise nicht verwendet, doch nach Einschätzung von UN und Irena haben die bisher initiierten Allianzen zwischen reichen und ärmeren Ländern das Potential einer Fehlzündung.

Den daraus entstehenden Vorteilen für die Erzeugerländer werde kaum Rechnung getragen. Um den Widerstand der Menschen vor Ort gegen diese Projekte einzudämmen, wird den Regierungen der ärmeren Länder geraten, bei dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft der eigenen Energieversorgung den Vorrang vor dem Export zu geben.

Schon vier Milliarden zugesagt

Um die sogenannte Transition – gemeint ist die Umstellung auf eine „grüne“ Wasserstoffwirtschaft – gerechter zu gestalten, wird den Regierungen der „Gastgeberländer“ empfohlen, zunächst auf die eigene Versorgung mit Wasserstoff als Energieträger abzielen. Vorteilhaft sei ein allmählicher Aufbau der Produktionsanlagen, beginnend mit kleinen und mittleren Projekten ohne größere ausländische Investments. Erst in einer dritten Phase, wenn die Wasserstoffherzeugung aufgestockt wird, sollten ausländische Investments eine Rolle spielen, wenn sie so-

wohl auf Export als auch auf eine nachhaltige lokale Entwicklung ausgerichtet sind. Wasserstoffexporte könnten durchaus die heimische Wirtschaft stärken, insbesondere wenn mehr Personal aus der Umgebung rekrutiert werde und eine Wertschöpfungskette auf nachgelagerte Bereiche entstehe. So könne nachhaltig dauerhafte Beschäftigung geschaffen werden.

Weiterhin werden den Erzeugerländern Optionen vorgeschlagen, um Schiffstransporte von Wasserstoff und Ammoniak über Tiefwasserhäfen, die extra gebaut werden müssen, zu vermeiden. Ein Vorschlag lautet, über Länder mit größeren Containerschiffshäfen Eisenschwamm zu exportieren, der mit Hilfe von Wasserstoff in einheimischen Direktreduktionsanlagen erzeugt wird. Im Ausland könne der Eisenschwamm in großen Stahlwerken zur Herstellung von „grünem“ Stahl verwendet werden.

Der Bericht verweist auf die Ambitionen zahlreicher Industrienationen, in

möglichst vielen Ländern der sich entwickelnden Welt Investitionsprojekte des grünen Sektors anzustoßen, um durch die Vermeidung von „Treibhausgas“-Emissionen die jeweiligen Klimaziele zu erreichen. Genannt werden Deutschland, Großbritannien, die EU, Japan und Südkorea. Deutschland habe das Programm H2Global entworfen, um aus „erneuerbaren Energien“ „grüne Produkte“ wie Wasserstoff, Ammoniak, Methanol und synthetisches Flugkerosin weltweit verfügbar zu machen. Die EU will den Entwicklungsländern mehrere Millionen Euro als Hilfe für den Export von „grünem Wasserstoff“ als Teil des „Global Gateway Investments“ zur Verfügung stellen. Deutschland allein habe afrikanischen Ländern vier Milliarden Euro zugesagt.

Als der Bericht veröffentlicht wurde, besuchte Minister Robert Habeck gerade Algerien, um Gespräche über die Produktion von „erneuerbarem“ Wasserstoff für den Export nach Deutschland zu führen.

ENERGIEWENDE II

Vorzeigeprojekte stecken in der Kostenfalle fest

Wasserstoff-Vorhaben in Hamburg und Bremen wackeln – „Wir würden uns komplett aus dem globalen Markt katapultieren“

Im Hamburger Stadtteil Waltersdorf plante der Stahlhersteller ArcelorMittal den Bau eines Pilotprojekts zur Stahlproduktion mit „grünem Wasserstoff“. Hintergrund ist der politische Druck auf die Unternehmen, Stahl mit einem wesentlich geringeren CO₂-Ausstoß herzustellen. Dafür hatte die Bundesregierung dem weltgrößten Stahlkonzern mit Sitz in Luxemburg Subventionen in Höhe von 55 Millionen Euro zugesagt.

Geplant war, in der Demonstrationsanlage ab 2026 100.000 Tonnen Eisenschwamm im Direktreduktionsverfahren (DRI) zu gewinnen. Mittelfristig sollte nur noch Wasserstoff aus „erneuerbaren Energien“ eingesetzt werden. Im März

berichtete jedoch die „Hamburger Morgenpost“, das Projekt drohe „aus mehreren Gründen“ zu scheitern. Ein geplanter Zusammenschluss von europäischen Unternehmen, um den Wasserstoff bereitzustellen, sei nicht zustande gekommen. Am 21. Februar war bekannt geworden, dass der Europa-Chef von ArcelorMittal, Geert van Poelvoorde, gegenüber dem niederländischen Managermagazin „Trends“ erklärt hatte, es gebe keinen soliden Geschäftsplan, um den Wasserstoff rentabel zu machen. „Grüner Wasserstoff“ sei zu teuer.

Zufällig oder nicht gab das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) am 22. Februar bekannt, dass

die Europäische Kommission dem Bund und dem Land Bremen genehmigt hat, die Werke von ArcelorMittal in Bremen und Eisenhüttenstadt beim Umbau der Stahlproduktion von der Nutzung von Kohle und Koks zu „grünem Wasserstoff“ mit rund 1,3 Milliarden Euro zu unterstützen.

In Europa einfach zu teuer

850 Millionen Euro entfallen auf das Bremer Werk, wobei Bremens Beitrag 250 Millionen Euro beträgt. Insgesamt kostet das „Dekarbonisierungsvorhaben“ 2,5 Milliarden Euro. Mittelfristig soll an diesen Standorten „CO₂-neutraler“ Stahl produziert werden, vorausgesetzt, dass genug preisgünstiger „grüner Wasser-

stoff“ zur Verfügung steht. Das BMWK schreibt den Vorhaben eine hohe klimapolitische Bedeutung zu. Ein endgültiger Bescheid steht noch aus.

Bereits im April 2023 hatten ArcelorMittal Bremen, der Energieversorger EWE und die EWE-Tochter swb in Bremen den Grundstein für den Bau einer Zehn-Megawatt-Elektrolyseanlage zur Erzeugung von Wasserstoff gelegt. Die jüngsten Äußerungen Poelvoordes wecken jedoch Zweifel an der Umsetzung des ursprünglichen Vorhabens. Gegenüber dem Magazin „Trends“ hatte er sich grundsätzlich skeptisch geäußert. Man wisse jetzt, dass die Herstellung von „grünem Wasserstoff“ in Europa teuer

ist. „Wir werden diese Energie nicht nutzen können. Andernfalls würden wir uns komplett aus dem globalen Markt katapultieren“, sagte Poelvoorde.

Laut Poelvoorde könnte es länger dauern als angenommen, bis in Europa Direktreduktionsanlagen für die Stahlproduktion mit „grünem Wasserstoff“ betrieben werden können, wenn überhaupt, zumal gleichzeitig der Import von Eisenschwamm aus Übersee favorisiert wird. Als Konsequenz scheint ArcelorMittal zu beabsichtigen, bei den bereits fertiggestellten Anlagen für den „grünen Stahl“ auf unbestimmte Zeit Gas einzusetzen. Die derzeit ungewisse Entwicklung zwingt den Konzern zu dieser Entscheidung. D.J.

PILLAU

Der Krieg hält Einzug in Nordostpreußen

Ukraine setzt russische Korvette „Serpuchow“ im Pillauer Hafen in Brand – Reparatur wird Zeit kosten

VON BODO BOST

Anfang April hat erstmals eine Aktion mit Bezug zum Ukrainekrieg im Königsberger Gebiet stattgefunden. Das russische Raketenschiff „Serpuchow“, das im Pillauer Hafen lag, wurde nach Angaben des ukrainischen Militärgeheimdienstes in Brand gesetzt.

In den letzten Monaten hat die Ukraine ihre Angriffe auf Ziele der russischen Schwarzmeerflotte auf der besetzten Krim intensiviert, mehrere Schiffe erfolgreich beschossen oder versenkt und so einige russische Schiffe gezwungen, sich in sicherere Gewässer zurückzuziehen. Das russische Raketenschiff im Pillauer Hafen wurde durch eine Spezialoperation des ukrainischen Militärgeheimdienstes (HUR) schwer beschädigt, so eine Quelle des ukrainischen Geheimdienstes in der „Kyiv Post“. „Die Reparaturen werden lange dauern“, sagte die Quelle. Es war der erste derartige Angriff auf russische Marineeinrichtungen in der Ostsee. Nach Angaben auf der Website der russischen Marine handelt es sich bei dem Kleinraketen-schiff „Serpuchow“ um eine 74 Meter lange Buyan-M-Raketekorvette, die mit verschiedenen Waffensystemen ausgestattet ist.



Ist für den Küsten- und Binnengewässerschutz ausgelegt: Das Raketenschiff „Serpuchow“, ausgestattet mit moderner Tarnkappentechnik, hier in St. Petersburg
Foto: Mauritius/Viktor Karasev/Alamy

Geographische Lage als Vor- und Nachteil

Die geographische Größe Russlands, die bisher in Kriegen, bei denen Russland angegriffen wurde, immer ein Vorteil war, da das Land damit über fast endlose Rückzugsmöglichkeiten verfügte, wird ihm Land jetzt, wo es selbst Angreifer ist, zum Nachteil. Das wurde besonders deutlich, als russische Behörden am 8. April mitteilten, dass der russische Eisbrecher „Katerina Welikaja“ bei Reparaturarbeiten in der Werft Dalzavod in der fernöstlichen Stadt Wladiwostok in Brand gesetzt wurde. Die Stadt liegt 7000 Kilometer von der Ukraine entfernt. Eine Person wurde ge-

tötet und drei weitere verletzt, so die russischen Behörden, welche die Umstände des Brandes noch untersuchen.

Die Korvette der Bujan-M-Klasse ist mit Tarnkappentechnologie ausgestattet und verfügt über ein vertikales Startsystem für Kalibr- oder Oniks-Marschflugkörper, beides Munitionsarten, die bei Moskaus landesweitem Bombardement der Ukraine eingesetzt wurden. Die Bujan-M-Klasse ist für den Einsatz in relativ flachen Küstenregionen oder auf Binnengewässern konzipiert.

Die „Serpuchow“ startete 2016 vom Mittelmeer aus Kalibr-Raketenangriffe

gegen militante radikale Moslems in Syrien, bevor sie später im selben Jahr in den Ostseeraum nahe Königsberg verlegt wurde. Im September 2023 meldeten die russischen Staatsmedien, dass die „Serpuchow“ einen erfolgreichen Start eines Kalibr-Marschflugkörpers im Weißen Meer durchgeführt und dabei erfolgreich ein „Küstenziel“ in der Ukraine getroffen habe.

Das Königsberger Gebiet ist wichtiger militärischer Standort

Die Ostsee entwickelt sich in einer neuen Ära der Spannungen zwischen den tradi-

tionellen Rivalen zu einem Schlüsselgebiet für den Wettbewerb zwischen Russland und der NATO. Die Königsberger Exklave ist ein wichtiger russischer Vorposten in der Ostsee und beherbergt erhebliche konventionelle militärische Kräfte sowie Ausrüstung für die elektronische Kriegsführung und möglicherweise auch Atomwaffen. Man geht auch davon aus, dass Königsberg ein wichtiger Stützpunkt für künftige hypothetische russische Angriffe gegen NATO-Staaten in Nordost- und Nordeuropa sein könnte, insbesondere gegen die baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland.

ALLENSTEIN

Wie die Kommunalwahlen ausgingen

Die Bürgerkoalition der Regierung siegte nur knapp – die konservative PiS bleibt eine starke Kraft

Am 7. April, gingen die Einwohner von Allenstein und ganz Südostpreußen zu den Wahlurnen, um an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Alle fünf Jahre werden polenweit alle Landtage, Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte neu gewählt. Laut Angaben der Staatlichen Wahlkommission erhielt bei den Wahlen zum Ermlandisch-Masurischen Landtag (Sejmik) die „Bürgerkoalition“ (PO) 34,9 Prozent der Stimmen, die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) 30,73 Prozent und die Partei „Dritter Weg“ 16,62 Prozent. Die Wahlausschüsse der Konföderation und der parteilosen Kommunalpolitiker erhielten 7,47 und die Linken 6,3 Prozent der Stimmen.

Die offiziellen Ergebnisse der Kommunalwahl in Allenstein liegen ebenfalls vor. Die erste Runde der Stadtpräsidentenwahlen gewann Robert Szweczyk („Bürgerkoalition“), der in der Stichwahl gegen Czesław Jerzy Małkowski antreten muss, deutlich. Das ist die erste Wahl seit

über 15 Jahren, bei welcher der amtierende Stadtpräsident, Piotr Grzymowicz, nicht mehr kandidierte.

Zwölf Sitze für die Bürgerkoalition

Wer Stadtpräsident von Allenstein wird, entscheidet sich in der Stichwahl am 21. April, wie in vielen anderen Städten und Dörfern im südlichen Ostpreußen auch, wo sich die Wähler zwischen den beiden Kandidaten, die um das Amt des Bürgermeisters oder des Stadtpräsidenten kämpfen, entscheiden müssen. Nach Angaben der Staatlichen Wahlkommission erzielte die „Bürgerkoalition“ bei den Stadtratswahlen immerhin 34,21 Prozent der Stimmen, was zwölf Sitze bedeutet. 2018 erhielt die „Bürgerkoalition“ 26,76 Prozent der Stimmen und neun Sitze.

Ein weiterer Sieger ist die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Zwar sank das prozentuale Ergebnis von 22,79 auf 20,66 Prozent, aber im Stadtrat gewinnt die Partei einen Sitz. An dritter

Stelle mit einem Ergebnis von 10,13 Prozent liegt das Komitee des ehemaligen

Stadtpräsidenten Czesław Jerzy Małkowski, das nur zwei Ratsmitglieder in



Noch unklar: Wer wird in das Rathaus von Allenstein einziehen?

Foto: D.K.

MELDUNGEN

Umbettung vorbereitet

Guttstadt – In Guttstadt nördlich von Allenstein laufen Vorbereitungen zur Exhumierung von Gräbern, auf die Bauarbeiter während des Umbaus der Allensteiner Straße gestoßen sind. Es handelt sich um Gräber des alten evangelischen Friedhofs. Die Arbeiten wurden unterbrochen. Für die Erlaubnis zur Exhumierung sterblicher Überreste und Leichen ist in diesem Fall der Sanitätsinspektor des Landkreises Allenstein zuständig, der seine Zustimmung gegeben hat. Die Exhumierung führt der Kommunale Wirtschaftsbetrieb von Guttstadt durch, die sterblichen Überreste werden auf dem kommunalen Friedhof in Knopon dreieinhalb Kilometer südlich von Guttstadt bestattet. Der Fund sollte die Modernisierungsarbeiten nicht verzögern, da der Investor dafür noch bis Mai nächsten Jahres Zeit hat. U.H.

Nun auch Flüge nach Tirana

Schiemanen – Der Flughafen Allenstein-Masuren in Schiemanen hat eine weitere Charterflug-Verbindung für diesen Sommer gewinnen können. Zur Türkei und Tunesien kommt nun Albanien als Ziel hinzu. Das Netz an Charterflügen verdichtet sich; neben dem türkischen Antalya und dem tunesischen Enfidha-Hammamet soll die albanische Hauptstadt Tirana angefliegen werden. Geplant sind Flüge jeden Donnerstag zwischen dem 20. Juni und dem 29. August. „Albanien ist ein aufregendes Ziel, das mit Sicherheit viele Einwohner der Woiwodschaft Ermland-Masuren neugierig macht“, sagte der Marschall der Woiwodschaft Marcin Kuchciński. Etwa 290 Sonnentage im Jahr sorgen für Ferienwetter und dafür, dass Albanien mit seinen Stränden zu einem beliebten Urlaubsziel wird. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Liebert, Gerda, geb. Gurgsdies, aus Ansonge, Kreis Elchniederung, am 20. April

ZUM 101. GEBURTSTAG

Friese, Johanna, aus Saagen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. April
Fröhlich, Edith, geb. Baltrusch, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April
Sadlowski, Herta, geb. Joswig, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Schunk, Marie, geb. Pillath, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 22. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Gorray, Johanna, geb. Chmielewski, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bleich, Hildegard, geb. Kraffzik, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 25. April
Fimpel, Hildegard, geb. Drawert, aus Eichhorst, Kreis Mohrunge, am 25. April
Friedrich, Anruth, aus Lyck, am 23. April
Lendzian, Willi, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 23. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. April
Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. April
Objartel, Ulrich, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April
Rogowski, Gerda, geb. Bredlau, aus Mohrunge, am 23. April
Struckmann, Christel, geb. Worat, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 20. April
Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bialluch, Oskar, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April
Gräper, Gertrud, geb. Topeit, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 22. April
Kaminski, Erna, geb. Stosek, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April
Müller, Renate, geb. Loch, aus Wacholderaus, Kreis Ortelsburg, am 21. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Benz, Edith, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. April
Hanke, Gerda, geb. Mentowski, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrunge, am 25. April
Heckendorf, Herta, geb. Ruser, aus Lötzen-Autonowen, am 19. April
Kellermann, Ruth, aus Lyck, am 23. April
Kesselhut, Ursula, geb. Hoffmann, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. April
Mattke, Ilse, geb. Schwanzfeier, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. April
Rehfish, Gertrud, geb. Sentek, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. April
Zitzmann, Irmgard, geb. Melsa, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gers, Friedrich, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Schwagrzinna, Werner, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Belau, Irene, geb. Spruth, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 20. April
Eisold, Hannelore, geb. Teschner, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 25. April
Hantel, Elisabeth, geb. Bahrtdt, aus Wehlau, am 22. April
Jahn, Rudolf, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 21. April
Keller, Inge, geb. Dommasch, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. April
Lange, Rudolf, aus Neukirch-Neidreung, Kreis Elbing, am 7. April



Märtens, Annemarie, geb. Worm, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. April
Pahlow, Edeltraud, geb. Romanowski, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. April
Weichold, Elfe, geb. Marzinowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Böhnke, Inge, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Flade, Inge, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunge, am 22. April
Fröhlich, Gertrud, geb. Majewski, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 21. April
Godau, Hans-Joachim, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 20. April
Heiser, Margot, geb. Hermenau, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. April
Kluck, Gerda, geb. Wellsand, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 25. April
Kostina, Elli, geb. Ehlert, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. April
Lewitzki, Horst, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. April
Maida, Erna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. April
Müller, Klaus Herbert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. April
Schiffers, Irmgard, geb. Lawischus, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 25. April
Spalcke, Dr. Karl, aus Mohrunge, am 22. April
Tanski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Vulp, Gisela, geb. Ludorf, aus Königsberg, am 23. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Achberger, Waltraut, geb. Spitzer, aus Boyden, Kreis Mohrunge, am 19. April
Appenrodt, Waltraut, geb. Klein, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 20. April
Barcik, Raymund, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 22. April
Bossy, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. April
Brakemeier, Irmgard, geb. Schmiegel, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. April
Brüllinger, Renate, geb. Hemtrierer, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 22. April
Buchau, Bruno, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 20. April
Bürkle, Irmgard, geb. Dettner, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 19. April
Cott, Erika, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 25. April
Felsch, Eleonore, geb. Stanke-witz, aus Blumental, Kreis Lyck, am 25. April
Janssen, Eva, geb. Gust, aus Garb-seiden, Kreis Fischhausen, am 25. April
Schmitz, Marie, geb. Liss, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 24. April
Suchowitz, Adeltraud, geb. Turner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. Falkus, aus Marguhen, Kreis Preußisch Eylau, am 23. April
Doppelfeld, Hildegard, geb. Jorzik, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 22. April
Erdt, Hans-Werner, aus Keipern, Kreis Lyck, am 23. April
Kleemann, Edeltraud, geb. Blaseio, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 19. April
Krink, Karin, aus Wehlau, am 22. April
Lojewski, Siegfried, aus Schelacken, Kreis Lyck, am 24. April
Matschullies, Herta, geb. Gereit, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 21. April
Pohlers, Brigitte, geb. Tolksdorf, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 19. April
Sdunek, Reinhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Theilig, Edeltraud, geb. Knieß, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 24. April
Wegelin, Willi, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 24. April
Widmaier, Hilde, geb. Powilleit, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 23. April
Wieczorek, Edith, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 23. April

Landmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

13. und 14. April: **Arbeitstau-gung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Heilsberg
20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstau-gung**

der Landesgruppenvorsitzen-den in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)
Auskünfte bei der Landmann-schaft Ostpreußen-Bundesge-schäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beck, Edith, geb. Kukla, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 25. April
Biallas, Erwin, aus Soffen, Kreis Lyck, am 20. April
Czarniewska, Erna, aus Lyck, am 25. April
Czuka, Karl, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 24. April
Hänecke, Helga, geb. Rybacki, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Julius, Ilse, geb. Murach, aus Rod-dau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 25. April
Kautz, Anneliese, geb. Biernath, aus Klein Jerutten, Kreis Ortels-burg, am 25. April
Kubant, Hildegard, geb. Lei-mann, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. April
Madeyka, Adolf, aus Borschim-men, Kreis Lyck, am 20. April
Maurer, Ludwig, aus Lyck, am 20. April
Mazur, Anneliese, geb. Laborge, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. April
Palm, Meta, geb. Kullik, aus Moi-thienen, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Sasse, Anita, aus Treuburg, am 22. April
Störmer, Anny, geb. Klunkat, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 19. April
Symanski, Ruth, geb. Hese, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Walsdorff, Dr. Johann-Heinrich, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 24. April
Wiebusch, Irmgard, geb. Lem-cke, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 25. April
Zielinski, Erika, geb. Schmidt, aus Schöndamerau, Kreis Neiden-burg, am 25. April

Jeromin, Helga, geb. Lammek, aus Neukelbunken, Kreis Sens-burg, am 19. April
Kedziersky, Hannelore, geb. Marczian, aus Gorlau, Kreis Lyck, und aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 19. April
Kell, Helga, geb. Poeppel, aus Lyck, am 21. April
Komm, Martin, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 25. April
Krämer, Dr. Gisela, geb. Angrab-eit, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. April
Lammek, Inge, aus Neukel-bunken, Kreis Sensburg, am 19. April
Langer, Irmgard, geb. Grimmek, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 20. April
Niedballa, Manfred, aus Stef-fenswalde, Kreis Osterode, am 11. April
Punke, Ingrid, geb. Platzek, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 20. April
Rekittke, Edeltraud, geb. Salz-mann, aus Jürgenrode, Kreis Ebenrode, am 19. April
Reiner, Gertrud, geb. Smik, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 20. April
Roth, Lilli, geb. Grundmann, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. April
Rückwart, Ingrid, geb. Papin, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 25. April
Sadowski, Ingrid, geb. Ott, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. April
Schmidt, Brigitta, geb. Grust, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 21. April
Schüller-Kreuer, Brigitte, geb. Zink, aus Königsberg, am 20. April
Sumionka, Hans-Jürgen, aus Wehlau, am 25. April
Thoms, Jürgen, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 25. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bade, Hans, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 22. April
Baginski, Reinhard, aus Ortels-burg, am 24. April
Bast, Erna, geb. Kwiedor, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 22. April
Czerwinski, Siegmars, aus Andre-ken, Kreis Lyck, am 24. April
Gehra, Erika, geb. Podoll, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 25. April
Giese, Ursula, geb. Sendtko, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 23. April
Hakelberg, Hella, geb. Spörer, aus Ebenrode, am 22. April
Hecht, Ingrid, geb. Messer-schmidt, aus Wehlau, am 21. April
Heinemann, Brigitte, geb. Kosel-ke, aus Neukirch, Kreis Elchniede-rung, am 21. April

ZUM 80. GEBURTSTAG
Ehrbar, Edith, geb. Lux, aus Weiß-engrund, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Glätzer, Günther, aus Heinrichs-walde, Kreis Elchniederung, am 24. April
Janssen, Hannelore, geb. Praeto-rius, aus Warsche, Kreis Elchnie-derung, am 19. April
Lange, Sieghard, aus Christburg, Kreisgemeinschaft Kassel, am 21. April
Müller-Drossmann, Renate, aus Ebenrode, am 23. April
Stahl, Erwin, aus Georgenthal, Kreis Mohrunge, am 20. April

ZUM 75. GEBURTSTAG
Pfungst, Günter, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 22. April

Zusendungen für die Ausgabe 18/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 18/2024 (Erstverkaufstag 3. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 23. April**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Sem-inaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen. Landmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Ilse Reicke Nürnberg – Dienstag, 30. April, 15 Uhr, Imbuschstraße 1: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Pommern mit Eberhard Thoma „Ilse Reicke, eine Schriftstellerin aus Fürth“. Derzeit läuft im Kulturzentrum Ostpreußen bis zum 28. Juni eine Sonderausstellung zum „Seediens Ostpreußen“. *Joachim Korth*



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Jahreshauptversammlung Bremen – Unsere Jahreshauptversammlung am 3. April war mit 31 Teilnehmern zufriedenstellend besucht. Die Ehrung langjähriger



Bremen ist gut aufgestellt: Jahreshauptversammlung mit Ehrungen und Neuwahlen *Foto: Heinrich Lohmann*

Mitglieder war ein herausragender Punkt der Tagesordnung. Von den acht zu Ehrenden waren fünf Mitglieder erschienen. Alfred Arnaschus und Barbara Richter erhielten die Treueurkunde für 40-jährige Mitgliedschaft. Gabriele Günther und Armin Bielski wurden für ihre 30-jährige Mitgliedschaft geehrt. Von den drei Mitgliedern, die uns seit 20 Jahren angehören, war Dora Rube-Wiedom erschienen.

Nach Verlesung der Jahresberichte wurde Vera Palfner-Rathke als Schriftführerin verabschiedet. Falk Möllenhoff wurde als ihr Nachfolger gewählt. Neu in den Vorstand wurden außerdem Peter Schließer als 2. Schriftführer und Ingeborg Rebeschke als Beisitzerin für die Westpreußen gewählt. Mit dem nun wieder vollzähligen Vorstand ist die Bremer Landsmannschaft für die nächsten zwei Jahre wieder gut aufgestellt. *H. Lohmann*



Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Sprüche und Weisheiten Kassel – Donnerstag, 2. Mai, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-

talstraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel zum Thema „Hausinschriften und Redensarten unserer Altvorderen. Sprüche und Weisheiten aus Ost und West.“ *Gerhard Landau*

Monatstreffen Wiesbaden – Sonnabend, 20. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Eine Reise in die Heimat, Film von einer Preußenfahrt in 2015. Lassen Sie sich verzaubern von den endlos erscheinenden Weiten des Preußenlandes und von seiner Landschaft mit Wäldern, Seen und Störchen. Einführende Worte von unserem Mitglied Bernhard Kolb. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.

Gemeinsames Mittagessen Wiesbaden – Donnerstag, 25. April, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 19. April bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder bei Ilse Klausen unter Telefon (06122) 14808.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Versammlungsbericht Oldenburg – Alle Welt redet von Kant – wir auch! Seinen 300. Geburtstag nahm die Landsmann-



Zum BdV-Jahresempfang in Berlin Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat (links) mit Friedrich Merz. Am 9. April begrüßte der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Dr. Bernd Fabritius, zum traditionellen Jahresempfang des BdV den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz. Seine Anwesenheit zeige deutlich, dass auch die Unionsparteien fest an der Seite der Verbände der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, aber auch der Seite der Partnerverbände der deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa sowie aus den Nachbarstaaten der ehemaligen Sowjetunion stehe und den vom BdV vertretenen Anliegen verbunden bleibe. Der BdV verortet sich fest in der Mitte der Gesellschaft sowie als Brückenbauer zwischen den Staaten. Angesichts der fortdauernden politischen Lage in Europa und der bevorstehenden Europawahl hat er als Jahresleitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ gewählt

schaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg am 10. April zum Anlass, mit einem biographischen Vortrag an den Philosophen zu erinnern.

Alle kennen den Namen Immanuel Kant, aber Näheres wissen die Wenigsten. So sollte der Vortrag die wichtigsten Stationen seines Wirkens erfassen. Ein interessantes Publikum folgte dem Bildervor-

trag von Dr. Gisela Borchers, die mithilfe einer digitalen Präsentation die Stationen seines Lebens in Königsberg nachzeichnete. Auch ein Abriss seiner wichtigsten Arbeiten durfte nicht fehlen, wenn gleich die philosophische Interpretation nicht dazu gehörte.

Am 8. Mai treffen wir uns zum Klönkaffee im Bümmersteder Krug in Oldenburg, um drei Uhr. Mit-

glieder und Freunde sind herzlich willkommen, zu uns zu stoßen.



Immanuel Kant *Foto: OL*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

ANZEIGE

Aus den Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

ter des ehemaligen Museums Stadt Königsberg, im Stadtarchiv, das sich gegenüber dem Rathaus befindet, einen Diavortrag über Leben und Werk des großen Philosophen und seine Bedeutung in heutiger Zeit halten. *Wolfram Eggeling Stellvertretender Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg*



Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. kreisgemeinschaft-labiau@t-online.de, www.labiau.de



Das „Schatzkästlein“ ist wieder geöffnet: Jeden Mittwoch von 14.30 bis 17 Uhr können Besucher im Torhaus die Sammlung Labiau/Ostpreußen und die derzeitige Wechselausstellung „Landwirtschaft im Kreis Labiau und jetzt“ anschauen *Foto: Brigitte Stramm*

Museum Torhaus öffnet

Otterndorf – Nach Corona- und Winterpause wurde das Museum „Torhaus Otterndorf mit der Sammlung Labiau/Ostpreußen“ in Otterndorf, Am Großen Specken, im Schlossgarten, am 23. März dieses Jahres wieder eröffnet. Zu der Feierstunde kamen etwa 25 Gäste. Die Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Labiau/Ostpreußen e.V. Brigitte Stramm konnte den Landrat des Patenkreises Landkreis Cuxhaven, Torsten Krüger, den Bürgermeister der Stadt Otterndorf, Claus Johannßen, seine Stellvertreterin Ursula Holthausen und die Vertreterin der Gemeinde Hadeln, die Erste Samtgemeinderätin Irene Wischhusen, sowie Otterndorfer, Urlauber und Mitglieder der Kreisgemeinschaft begrüßen. Sogar Frau Brüning, 98 Jahre alt, war gekommen. Sie ist Begleiterin unserer Kreisgemein-

schaft seit Beginn der Patenschaft im Jahr 1952, damals war sie die Protokollantin des Patenschaftsvertrages. Sie konnte viel über die zurückliegenden Jahre berichten. Das Museum beinhaltet Exponate und Schriften aus dem Kreis Labiau, und wir Labiauer nennen es liebevoll „Unser Schatzkästlein“. Das betrifft sowohl den Inhalt als auch das Gebäude selbst, das historische Torhaus aus dem Jahr 1641, es diente zusammen mit dem nur noch teilweise erhaltenen

Schlossgraben als Schutzanlage für das Schloss, das heutige Amtsgericht. Im Mauerwerk kann man noch deutlich die runden Torbögen – durch die man damals mit den Kutschen auf das eigentliche Schlossgelände fuhr – sehen. Es ist nun in den Sommermonaten wieder jeden Mittwoch von 14.30 bis 17 Uhr geöffnet. Im Erdgeschoss wird derzeit eine Dauerausstellung gezeigt. Die Wechselausstellung im Obergeschoss hat das Thema „Landwirtschaft im Kreis Labiau,

einst und jetzt“. Herzlich willkommen! *B. S.*



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 28. April, Einlass 11 Uhr, Beginn 11.30 Uhr, Zur Blockhütte, Koggenweg 1: Regionaltreffen Nord. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Fragen beantwortet Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Frühlingstreffen

Berlin – Donnerstag, 25. April, 13 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau: Frühlingstreffen der Berliner Memellandgruppe.

Im Mittelpunkt wird ein aktueller Bericht aus Memel stehen unter anderem zur Memelburg und zum Stand des Wiederaufbaus der Johanniskirche.

Gäste sind herzlich willkommen. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung bei Hans-Jürgen Müller erforderlich unter Telefon (030) 40100473 oder per E-Mail: hjm.berlin@t-online.de



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Am Pfingstsonntag, 19. Mai, ab 11 Uhr, findet wieder das traditionelle **Holsteiner Pfingstochsenfest** auf dem Gelände des Elms-horner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ statt – und rundherum in der Nachbarschaft, denn dieses Fest hat sich längst als Stadtteilfest etabliert. Bei der Dittchenbühne wird wieder Ochse am Spieße geben, es wird ein Riesen-Flohmarkt veranstaltet (Stand: 15 Euro), ergänzt durch eine Vielzahl von privaten Angeboten vor den Häusern der Nachbarschaft. Am Sonnabend, 18. Mai, steigt „das Fest vor dem Fest“: das „Anfeuern“ des Pfingstochsen im Hof der Dittchenbühne. Informationen und Anmeldung unter Telefon (04121) 89870 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.

Stammtisch

Buxtehude – Donnerstag, 25. April, 15 Uhr, Café Port, Stader Straße 18: Stammtisch der Senioren Union Ortsvereinigung Buxtehude und Umgebung mit dem Ehepaar Trucewitz vom Patenschaftsmuseum Goldap zum Thema „Sommerreise durch Ostpreußen und die deutsche Geschichte“.

Wolfgang Kaulfuß



Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Immanuel Kant

Duisburg – Montag, 22. April, 11.30 Uhr, Torbogen unter dem Rathaustrum: Feierstunde zum 300. Geburtstag des in Königsberg (Pr.) geborenen Philosophen Immanuel Kant. Nach einer Begrüßung an der Kant-Tafel wird Lorenz Grimoni, der langjährige Lei-

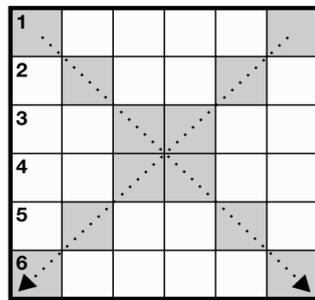
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left. Clues include: Land-schaft in Tan-sania, dt. Schrift-steller (Karl), einer der Erzengel, Denk-ansatz/Lehr-meinung, Neben-meer des Atlantiks, deut-scher Sozialist (Karl), Land-karten-werk, An-wand-lung (ugs.), Beho-rer eines Erd-teils, eine Chemie-faser, Wider-hall, Vervielfältigung, Geliebte des Leander, elegant/gewitzt (engl.), ent-hüllen, aus-wickeln, Flus-s zur Weichsel, erfolgreiches Musik-stück, Hülsen-frucht, Kfz-Zeichen Kreis Lippe, Sing-gemein-schaft, deutscher TV-Mo-derator (Stefan), Schiff Noahs, Hobby-arbeit, Zahlen-rätsel, immer-grüner Strauch, Ein-spruchs-recht, Einspruch, Kellner, feuer-fester Fas-er-stoff, Erz-gang (Berg-bau), Bundes-staat der USA, Empfeh-lung, latei-nisch: Sei ge-grüßt!, Sorte, Gat-tung, männ-liches Borsten-tier, Leicht-metall (Kzw.), in die Jahre kommen, Abk. für Euro-päi-sche Zen-tralbank, Schalt-modul, Triumph, Erfolg im Wett-kampf, Halb-ton über c (Musik), ugs.: Vati, Papa (engl.), freund-lich, Betreuer von Stu-denten, voll-ende-te Ent-wick-lung, begeis-terter An-hänger (engl.), Begriff aus der chin. Phi-lo-so-phie, ent-halt-sam le-ben-der Mensch, dt. Kom-po-nist (Worner), Abgas-rei-ner (Kurz-wort), Platz, Stelle, Fest-kleid; Fest-konzert, Oper von Verdi, Geheim-gericht, Warte-zeit, Sperr-frist, Kurz-hals-giraffe, mosle-mischer Name für Jesus, Unge-ziefer, Parasit, gött-liches Gesetz, er-schöpft, über-mü-det (ugs.), dt. poli-tische Partei (Abk.), weib-licher Wasser-geist, deutsche Schau-spieler-in (Karin), Fein-gebäck, er-schöpft, über-mü-det (ugs.), inner-asiatisches Gebirge, klein-er Schwatz, Einfall, Gedan-ke, Stei-gen und Fal-len des Wassers, persönl. Für-wort (erste Person), Flus-s zur Mosel, einfluss-reich; gewaltig, ohne Inhalt, Mann-schafts-sportart, Ballspiel, Schmuck-form, Or-nament-motiv, Herren-jacke mit Schöf-fen, kleine An-sied-lung, strömen, dt. Maler: ... Noidle, seelisch bedingtes Leiden, Stadt in Nord-italien, locker, wacklig, dänische Stadt auf Fü-ßen, Flus-s zum Rhein, Schaul-spiel-, Ballett-schüler, chem. Element, Seltenerdmetall, be-gan-genes Un-recht, Ver-fehlung, Bruder Jakobs im A. T., Schu-ler-tuch, Flus-s zum Rhein, Abk. für Mit-tel-deutscher Rundfunk, in hohem Maße, an einer höher ge-legenen Stelle, ohne Part-ner, allein, US-Filmstar: Hanks, Ab-wasser-leitung; Deich-schleuse, ein-facher, schma-ler Schrank, Abk. für Mittel-deutscher Rundfunk, Decken-ver-zierung, klei-nes, ärm-liches Haus, Be-zei-chnung, über-haupt

Sudoku

9			1					7
		4	2		9	5		
	1		4		6		9	
7	2						8	4
			8		3			
4	8						1	9
	5		1		8		4	
		1	5		7	9		
2				6				8

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

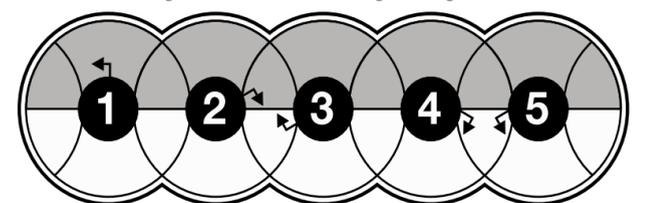
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei weibliche Vornamen.

- 1 Jahreszeit
- 2 Umstellvorrichtung bei Gleisen
- 3 spanische Stadt am Tajo
- 4 gefallsüchtig; aufreizend
- 5 Lebewesen ohne Farbstoffbildung
- 6 Frauengestalt im „Feischütz“

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Restaurantfachmann.

- 1 starkes Haar, 2 kurzer, leichter Galopp (Reiten), 3 Hahnenfußgewächs, 4 Stadt in Schleswig-Holstein, 5 erhöhen, steigern, vergrößern



Aus Ellingen und Memel



Kulturzentrum Ostpreußen

Ostpreußen Seedienst, Sonderausstellung bis 28. Juli. Die Provinz Ostpreußen wurde nach dem Ersten Weltkrieg durch die Abtretungen von Landesteilen an die Republik Polen von den restlichen deutschen Provinzen getrennt und das Gebiet zur Exklave. Auch wenn das wiedererstandene Nachbarland Polen von den Siegermächten in den Artikeln 89 und 98 des Versailler Vertrages dazu verpflichtet wurde, den ungehinderten Bahn-, Schiffs-, Post-, Telefon- und Telegrafienverkehr durch den sogenannten „Polnischen Korridor“ sicherzustellen, gestaltete sich die Durchsetzung dieser Garantie als besonders schwierig, sodass der Fokus durch die deutschen Entscheidungsträger auf den Schifflinienverkehr gelegt wurde: Der „Seedienst Ostpreußen“ sollte in Zukunft mit seinen festen Fahrplänen und auch

mit Sonderfahrten Ostpreußen mit seinem Mutterland verbinden. Neben der ursprünglichen Strecke von Swinemünde nach Pillau entwickelten sich Seewege zwischen Kiel, Lübeck (Travemünde), Swinemünde, Zoppot und Danzig bis Pillau und später nach Memel, Libau und Helsinki (Helsingfors).

Der „Seedienst Ostpreußen“ beeinflusste viele Ereignisse und Entwicklungen: Die Volksabstimmung von 1920, Handel und Messen in der Zeit der Weimarer Republik, Tourismus mit internationalen Gästen und Touristen aus dem deutschen Kernland, politische Großveranstaltungen wie die Einweihung des Tannenberg-Nationaldenkmals, die sogenannten Tannenbergfahrten und die Rettung über die Ostsee, insbesondere alter Menschen, Frauen sowie Kinder aus dem von der Roten Ar-

mee umzingelten Ostpreußen im Jahr 1945.

Die von den Alliierten angeordnete Volksabstimmung von 1920 wurde die erste große Bewährungsprobe für den noch jungen „Seedienst Ostpreußen“, da er die Abstimmungsberechtigten, welche in West- und Ostpreußen geboren wurden, und jetzt in den westlichen Provinzen Deutschlands lebten und arbeiteten, zu den Abstimmungsurnen in der Heimat beförderte. Die Aktion wurde von den deutschen Behörden im gesamten Reichsgebiet unterstützt und gefördert, sodass auch Wahlberechtigte im hohen Lebensalter an der Abstimmung teilnehmen konnten. Jung und Alt nutzten die Schiffe des Seedienstes, um rechtzeitig ihre Stimme für den Verbleib der Abstimmungsgebiete bei Deutschland abgeben zu können. Nur dadurch konnte eine hohe Beteiligung von Menschen, die für Deutschland stimmten, erreicht werden.

Bereits in den ersten Jahren konnte die Schifffahrtslinie auch für den Handel und die Messen – wie beispielsweise für die Deutsche Ostmesse in Königsberg – genutzt werden. Die erste Ostmesse wurde im September 1920 von Reichspräsident Friedrich Ebert eröffnet, der mit dem Reichswirtschaftsminister Ernst Scholz per Schiff mit dem



Deckblatt des Fahrplans des „Seedienstes Ostpreußen“ für das Jahr 1937
Foto: Sammlung Kulturzentrum Ostpreußen

„Seedienst Ostpreußen“ angereist war. Die Messe stärkte die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem Reich und Ostpreußen und ebnete gleichzeitig der deutschen Wirtschaft die Wege zu den Märkten in Osteuropa.

Um die Schiffe des „Seedienstes Ostpreußen“ besser auszulasten, wurde der Tourismus gefördert: Es

wurden Angebote für Jugendliche und reisefreudige Erwachsene aus den westlichen Provinzen Deutschlands geschaffen und diese medienwirksam durch gezielte Werbung, Reiseführer, Plakate, Faltblätter und Reisekataloge beworben. Ab 1938 wurde auch eine Verbindung nach Helsinki geplant. Im Jahr 1940 sollten die Spiele der XI. Olympiade in Helsinki stattfinden

(ursprünglich an Tokio vergeben, wurden sie 1938 Finnland zugesprochen). Wegen des Ausbruchs des Weltkrieges konnten die Spiele letztendlich nicht abgehalten werden.

Der Besucher wird etwas von den historischen Hintergründen sowie Anekdotisches erfahren und spannende Reisebeschreibungen sowie ausgewählte Schiffe und Reedereien des „Seedienstes Ostpreußen“ kennenlernen. Die farbenfrohen Prospekte und modern gestalteten Plakate warben für Reisen nach Ostpreußen. Besonders spannend sind die historischen Filmaufnahmen zum Stapellauf des dritten Seedienstschiffes, des Turbinenschneeldampfers „Tannenberg“, in Stettin und die Einfahrt der „Tannenberg“ in den Hafen von Pillau.

Gefördert wird die Ausstellung von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen / Bayern, Telefon (09141) 8644-0, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr (von April bis September)



„Seedienst Ostpreußen“: Karte mit Fahrlinie und Entfernungstabelle, um 1934
Foto: Sammlung Kulturzentrum Ostpreußen

Verein der Deutschen in Memel/Klaipėda

Die **Osterfeier des Vereins der Deutschen in Memel/Klaipėda** findet traditionell am Sonnabend eine Woche nach Ostern statt. Vorbereitungen beginnen immer früher. So war es auch in diesem Jahr. Bereits am 4. April war das große Eierfärben im Simon-Dach-Haus. 80 Eier wurden von den Vereinskidern für das Osterfest gefärbt. Am 6. April fand das Osterfest wie immer in der Hermann-Sudermann-Schule statt. Der Vereinsvorsitzende Arnold Piklaps las einen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2023 vor, begleitet mit vielen Fotos aus verschiedenen Veranstaltungen, Projekten, Begegnungen. Man freute sich, an schöne gemeinsame Stunden und Ereignisse erinnert zu werden und besonders – wenn man sich auf den Fotos wiederfand. Danach sprach Pfarrer Reinholdas Moras und betonte die Bedeutung von Ostern. Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland Dr. Arūnas Baublys begrüßte auch im Namen der deutschen Botschaft. Hans-Jürgen Müller übermittelte herzliche Grüße von seiner Berliner Memellandgruppe.

Da im April 1989 der erste Verein als Deutsch-Litauischer Kulturverband angemeldet wurde, feierte man 35 Jahre Vereinshistorie, so sprach Müller kurz über das vom Verein für das Deutschland im Memelland geleistete. Anlässlich dieses Jubiläums schenkte die Berliner Gruppe dem Verein ein Zelt und einen Gasgrill für die gemütliche Zeit im Sommer. Zu diesem Anlass

waren auch Vertreter des deutschen Vereins Vilnius.

2021 wurde ein Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem Verein der Deutschen in Klaipėda und der Stiftung für den Wiederaufbau St. Johannes Kirche unterzeichnet. Der Verein sammelt Spenden und bringt sich bei verschiedenen Aktivitäten der Stiftung ein. Auch während der Osterfeier überreichte Piklaps ein Check über 750 Euro der Direktorin der Stiftung Lilija Petraitienė, die sich herzlich dafür bedankte und mitteilte, dass der große Traum von dem Wiederaufbau der Kirche zwar langsam, aber schon konkrete Züge annimmt.

Für die musikalische Untermauerung sorgte der Chor aus Heydekrug „Laudamus“ unter der Leitung von Irena Šemeklienė. Tolle Stimmen und gefühlvoll vorgebrachte Osterlieder begeisterten

alle Versammelten. Wir freuen uns, dass dieser Kirchenchor schon zum dritten Mal bei unseren Veranstaltungen auftrat und gute Freundschaften daraus resultieren.

Nach dem offiziellen festlichen Teil ging es heiter in der Mensa an den voll bedeckten Tischen weiter. Die Kinder suchten in dem nahe liegenden Park Oster Eier. Die Freude über so viele schön gefärbte Eier war riesengroß. Die Bemühungen der Kleinen wurden mit Schokohäsen und Überraschungseier belohnt. Danach gab es ein Wettbewerb im Eierrollen. Die Erwachsenen freuten sich auf das gemütliche Beisammensein mit vielen netten Gesprächen, kosteten mitgebrachten Kuchen und wie es zu Ostern üblich ist – den Eierlikör.

Es war ein tolles Fest, das noch lange in der Erinnerung bleiben wird.
Rasa Müller



Schmausen, Spiel und Unterhaltung: Osterfest beim Verein der Deutschen in Memel/Klaipėda
Foto: Rasa Müller

ANZEIGE

www.ostpreussen.de

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

Ostpreußentreffen

der
Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

ALT KEYKUTH

Im Dienste der CIA

Unter Druck wegen eines Foltergefängnisses – Die Republik Polen musste Schmerzensgeld zahlen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Alt Keykuth [Stare Kiejkuty], ein kleines ostpreußisches Dorf nördlich von Ortelsburg im Masurischen Seengebiet, existiert seit etwa 1400 und hatte niemals mehr als um die 400 Einwohner. 1945 wurde die Siedlung von der Roten Armee eingenommen und kam später zur Republik Polen.

In den Jahren 1971/72 entstand in dem verschlafenen Örtchen ein Schulungszentrum für Geheimdienstpersonal, das den Nachwuchs für die Geheimdienstabteilung des polnischen Innenministeriums ausbildete. Einer der Absolventen dieser Einrichtung war Gromoslaw Czempinski, der später zum Chef des Amts für Staatsschutz (UOP) aufstieg. Er zählte zu den Planern der Operation Samum, in deren Verlauf das UOP im Jahre 1990 mehrere in Gefahr befindliche US-amerikanische Geheimdienstler aus dem Irak herauschmuggelte.

Ab dieser Zeit bestand eine enge Beziehung zwischen der Central Intelligence Agency (CIA) und dem UOP, aus dem im Juni 2002 auch der polnische Auslandsgeheimdienst AW hervorging. Das hatte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 Folgen.

Schulungszentrum für Geheimdienst

In ihrem „Krieg gegen den Terror“ starteten die USA etliche völkerrechtswidrige Operationen, wie die Einrichtung von CIA-Geheimgefängnissen, in denen möglicherweise bis zu 27.000 Terrorverdächtige festgehalten und gefoltert wurden. In zehn Staaten gab es 22 solcher sogenannten Black Sites. Dazu gehörten eine Reitschule in der Nähe der litauischen Hauptstadt Wilna, die versteckten CIA-Verliese inmitten der rumänischen



Alt Keykuth: Der Weg hinter Stacheldraht führt zu der Villa, in der Polen ein Schulungszentrum für Geheimdienstpersonal unterhielt und das es später an die CIA verpachtete

Foto: imago/ZUMA-Wire

Hauptstadt Bukarest und das nunmehr zum AW gehörende Ausbildungszentrum in Alt Keykuth.

Die entsprechende Vereinbarung zwischen dem polnischen Auslandsgeheimdienst, der damals unter der Leitung von Zbigniew Siemiatkowski stand, und der CIA datierte nach Angaben der „Washington Post“ auf Anfang 2003. Angeblich schickte die CIA 15 Millionen US-Dollar in bar an den stellvertretenden AW-Chef Andrzej Derlatka, um eine Villa auf dem Gelände der Agentenschule in Alt Keykuth zu mieten, die den Codenamen „Quartz“ erhielt. Dass Polen sich

auf die Abmachung einließ, resultierte wohl daraus, dass es die USA nun als seinen wichtigsten Verbündeten ansah.

Die Insassen des geheimen Foltergefängnisses kamen mit Maschinen vom Typ Gulfstream G550 und Boeing 737 über den 20 Kilometer entfernten Flugplatz Groß Schiemanen (Olsztyn-Mazury) an, dessen beide Manager Jerzy Kos und Tomasz Starowieyski ebenfalls mit der CIA beziehungsweise dem Organisator der Flüge, dem privaten Militärdienstleister DynCorp International, kooperierten. Drei der Opfer der Misshandlungen in der polnischen Black Site

des US-Auslandsgeheimdienstes sind später namentlich bekannt geworden: Abd al-Rahim al-Nashiri aus Saudi-Arabien, der mutmaßliche Drahtzieher des Attentates auf den US-Zerstörer „Cole“, Abu Subaida alias Zain al-Abidin Muhammad Husain, ein mehrfach terrorverdächtigter staatenloser Palästinenser, und Chalid Scheich Mohammed aus Pakistan, der zu den wichtigsten Planern der Anschläge vom 11. September zählt. Chalid soll dabei rund 180-mal von dem CIA-Spezialisten Deuce Martinez durch „Waterboarding“, also simuliertes Ertränken, gefoltert worden sein.

Die polnische Regierung bestritt zunächst die Existenz der Black Site in Masuren, die sowohl gegen die Verfassung des Landes als auch diverse internationale Konventionen verstieß. Dann allerdings sagte der damalige US-Präsident George W. Bush im September 2006 ganz öffentlich, dass es bei der CIA spezielle Programme zur Vernehmung hochrangiger Terroristen in Ländern wie Polen gegeben habe.

Folteropfer klagten vor dem EuGH

Daraufhin leitete die Bezirksstaatsanwaltschaft in Warschau im März 2008 ein Ermittlungsverfahren ein, das später vom Büro für Organisierte Kriminalität der Nationalen Staatsanwaltschaft weitergeführt wurde. Dieses endete 2012 mit einer Anklage gegen den früheren Geheimdienstchef Siemiatkowski wegen Verschwörung zum Verstoß gegen die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen. Allerdings verschleppte die polnische Justiz den Fall bis zum November 2020 – und dann verfügte der zuständige Staatsanwalt Janusz Sliwa die Einstellung des Verfahrens.

Dennoch stand Polen wegen des CIA-Foltergefängnisses in Alt Keykuth am Pranger, weil al-Nashiri und Subaida 2011 und 2013 Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg einreichten, in deren Folge Warschau am 24. Juli 2014 zu Schmerzensgeldzahlungen in Höhe von 100.000 und 130.000 Euro verurteilt wurde. Die Reaktion der polnischen Regierung hierauf bestand in dem Eingeständnis, der CIA Räume in der AW-Schule zur Verfügung gestellt zu haben, wobei es aber zugleich hieß, die amerikanische Seite sei für das dortige Geschehen ganz allein verantwortlich. Außerdem habe Polen die CIA bereits Ende 2003 aus Alt Keykuth verbannt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Trauerarbeit in Polen richtig, in Deutschland falsch verstanden

Auf dem Stettiner Hauptfriedhof werden deutsche Grabmale wieder geachtet

Die Stettin-Kennerin Joanna Olszowska bietet Führungen über den Stettiner Hauptfriedhof – im Polnischen Zentralfriedhof genannt – an. Teilnehmer passieren das zwischen 1901 und 1903 erbaute neoromanische Haupttor mit seinen symmetrisch angeordneten Arkaden und seitlichen Durchgängen. Ursprünglich war der mittlere Teil mit einer achteckigen Kuppel gekrönt. Diese wurde während des Nachkriegsbaus jedoch entfernt, weiß Olszowska bereits am Eingang zu berichten. In den seitlichen Flügeln der Arkaden sind heute Blumengeschäfte untergebracht.

Die riesige Anlage wurde in ihrer Größe einst nur vom Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg übertroffen, der bei der Anlegung des Areals 1901 auch Pate stand. Auf der etwa eineinhalbstündigen Tour geht es nicht allein um die architektonischen-kulturgeschichtlichen Elemente, denn über die Gräber erfolgt ein Zugang zu Persönlichkeiten der Stadt wie beim Grabmal des berühmten Fleischers und Wurstproduzenten Otto Freybe. Ein eindrucksvoller Felsen markiert das Familiengrab Stoewer. Die Fabrik des Automobil- und Fahrradproduzenten sowie Hersteller von Näh- und Schreibmaschinen wurde nach dem Krieg demontiert und in die Sowjetunion verbracht. Besonderes Anse-

hen genoss Hermann Haken, der von 1878 bis 1907 in der Zeit des Aufblühens der Stadt Oberbürgermeister war. Nach ihm ist das Wahrzeichen der Stadt, die sogenannte Hakenterrasse mit Museumsgebäude und Regierung, benannt. Der polnische Name Waly Chrobrego verweist hingegen nur auf die in „urpolnischer“ kurzer Zeit bestehenden Anknüpfungspunkte an die Republik Polen. Ein Besuch am Grab von ihm und seiner Ehefrau Johanna darf beim Besuch des Hauptfriedhofes ebenso wenig fehlen wie an dem von Georg Michaelis, der den Verein zur Förderung von Feuerbestattungen führte.

Der Autor dieser Zeilen war als erster vom in Stuttgart und Berlin sitzenden ifa – Institut für Auslandsbeziehungen zu einer Gliederung der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen entsandt beim Bezirksverband der Deutschen Minderheit an der Grünen Schanze in Stettin tätig. Da Veranstaltungen auch damals meist nur abends stattfanden, konnte er im Juni und Juli 1994 eine Komplettbegehung und Kompletterfassung des damals in häufig jämmerlichen Zustand befindlichen Bestandes deutscher Gräber auf dem Hauptfriedhof vornehmen. Hinweisgeber für die Notwendigkeit einer solchen Erfassung war damals ein emeritierter Professor am Staatsarchiv. Olszowska



Auf Spuren deutscher Geschichte: Spaziergang durch den Stettiner Hauptfriedhof

kam erst 1995 aus dem oberschlesischen Hindenburg [Zabrze] nach Stettin, wo sie der Weg alsbald ebenso ans Staatsarchiv führte.

Viele 1994 noch als verwildert und geborsten vorgefundene Grabmale konnten mittlerweile akribisch nach historischen Fotos rekonstruiert werden. Denn im Staatsarchiv gibt es noch viele Abbildungen aus der Vorkriegszeit. Monika Szpener ist die Künstlerin, die aufgrund eines solchen Abgleichs die Rekonstruktionen

vorgenommen hat und auch weitere Grabmale zu altem Glanz zurückführen möchte. Am 14. April hatte Olszowska eine Führung, die für Kriegsflüchtlinge simultan ins Ukrainische übersetzt wurde. Aber es können sich auch weiterhin Deutsche an sie wenden, um eine Spurensuche zu betreiben. Auch bei Begehungen mit Deutschen wird simultan übersetzt. Für 27 Złoty (gut 6 Euro) kann man von Juni bis Ende September jeden Sonnabend eine Stadtführung buchen. Die Kontakte

findet man unter www.zstw.szczecin.pl/de/kontakt.

Die Entsendung von ifa-Kulturassistenten nahm wie so viele Aspekte kulturpolitischer Auslandstätigkeit indes über die Jahre oft eher skurrile Formen an. In den Gliederungen der Deutschen Minderheit in der Republik Polen fanden so etwa Workshops mit Rap-Musik durch Entsandte statt, bei denen junge Angehörige der Volksgruppe über Minderheitensituationen musikalisch dichteten. Aufgrund des Zustands des heutigen Bildungsniveaus entsandte und anleitende junger Bundesdeutscher oder mangelnden Gespürs für Trauerarbeit am eigenen Volk ist es dann zu verstehen, wieso sich Texte mit der Situation von Sinti und Roma in Deutschland beschäftigten und weniger mit eigener nationaler Stigmatisierung.

Auch in der Redaktion der landesweiten Wochenzeitung der deutschen Minderheit spielt ifa-Entsandte oft eher die Rolle eines „Kundschafters“, ob man jenseits von Oder und Neiß auf keine dummen Gedanken kommt, die einem Kulturverständnis etwa von Claudia Roth widersprechen. Aber diese Gefahr haben Verantwortliche bei der Deutschen Minderheit bis heute nicht erkannt und setzten immer wieder gerne auf diese Personal-„Geschenke“. Till Scholtz-Knobloch

ERDGESCHICHTE

„Steinaltes“ im Forst Pudagla

Der Usedomer Gesteinsgarten mit Waldkabinett und Waldlehrpfad See begeistert die Besucher

VON ERWIN ROSENTHAL

Wer kennt ihn nicht, den Song der Puhdys aus dem Jahr 1976: „Alt wie ein Baum möchte ich werden, genau wie der Dichter es beschreibt“? Weniger bekannt sein dürfte, dass es sich bei dem besungenen Dichter um Louis Fünberg handelt. Sein Wunsch war: „Alt möcht ich werden wie ein alter Baum, mit Jahresringen, längst nicht mehr zu zählen, mit Rinden, die sich immer wieder schälen, mit Wurzeln tief, dass sie kein Spaten sticht.“

Alte Bäume, deren Jahresringe längst nicht mehr zu zählen sind, gibt es im Amtsbereich des Forstamtes Neu Pudagla nicht, obwohl dieser den gesamten deutschen Teil der Insel Usedom umfasst. Zwar befindet sich im Lieper Winkel „zwischen Himmel und Erde“ die mehr als 700 Jahre alte Suckower Eiche, das Durchschnittsalter der Bäume im Usedomer Forst beträgt jedoch lediglich 75 Jahre. Der Grund für das relativ geringe Alter: Das Gros der dortigen Buchen, Eichen, Kiefern oder Tannen war unmittelbar nach 1945 gefällt und als Reparationsleistung in die Sowjetunion transportiert worden.

Alter Forst – junge Bäume

Wer jedoch nicht nach alten Bäumen, sondern eher nach alten Steinen sucht, der ist beim Forstamt Neu Pudagla, zwischen den Ostseebädern Ückeritz und Bansin gelegen, am rechten Platz. Das Forstamt ist sowohl mit der Bahn als auch mit dem Auto gut erreichbar. Die Usedomer Bäderbahn, die zwischen Züssow und Swinemünde verkehrt, hat die Haltestelle „Neu Pudagla“ eingerichtet. Von dieser Haltestelle aus ist man zu Fuß in fünf Minuten am Ziel. Zudem wird ein großer Pkw-Parkplatz vorgehalten. Der Gesteinsgarten mit seiner gepflegten, parkähnlichen Umgebung ist 8760 Stunden im Jahr – also ständig – kostenfrei geöffnet. Und im dortigen Waldladen gibt es Wildprodukte und einen kleinen Imbiss.

Im Jahr 1997 hatte das genannte Forstamt ein Kooperationsabkommen mit dem Institut für Geographie und Geologie der Universität Greifswald mit dem Ziel ab-



Sie alle erreichten Usedom: Der Älteste weist ein Alter von zwei Millionen Jahren auf

geschlossen, einen Gesteinsgarten zu schaffen. Von den geistigen Vätern und Pionieren dieser Exposition sind vor allem der heute bereits pensionierte Forstamtsleiter Norbert Sündermann und der Greifswalder Geologe Gösta Hoffmann zu nennen.

Die Geologen mussten zunächst möglichst große, optisch ansprechende Findlinge, deren Herkunftsgebiet mit Sicherheit bestimmt werden konnte, aufspüren, klassifizieren und schließlich publikumswirksam anordnen.

Zurück in die Eiszeit

Mit schwerem Gerät wurden die Findlinge aus entfernten Winkeln der Insel Usedom herangefahren. Im Vergleich mit jenen Strecken, die das Geschiebe vor Jahrtausenden zurückgelegt hatte, war dieser Weg geradezu ein „Katzensprung“. Eiszeitgletscher, die auf dem Territorium des heutigen Norddeutschlands bis zu 1000 Metern mächtig waren, hatten die Steine vor Jahrtausenden auf die Insel transportiert. Der ausgestellte unterkambrische Nexösandstein von Bornholm, der eine Kantenlänge von über zwei Metern hat, liefert den sichtbaren Beweis hierfür: Auf seiner glatt geschliffenen Oberfläche sind deutlich parallele Gletscherschrammen erkennbar.

Bereits die 1999 erfolgte offizielle Eröffnung der Usedomer Exposition war ein

Erfolg. Mit seiner Vielfalt an wissenschaftlich dokumentierten Gesteinsarten ist der Gesteinsgarten einzigartig in Deutschland und gar eine Exposition von europäischem Rang. Sylvia Schreiber, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit im Forstamt Neu Pudagla, konstatiert heute: „Wir konnten uns in den vergangenen Kalenderjahren jeweils über 8500 bis 10.000 Gäste dieses besonderen und zugleich seltenen Gartens freuen.“

Auf dem 300 Meter langen Rundweg durch den Gesteinsgarten sind 155 teils sehr große Findlinge ausgestellt, die jeder Besucher anfassen darf, die er jedoch wegen ihres großen Gewichts nicht bewegen kann. Der größte Stein wiegt elf Tonnen. Auf diese Weise wird Vandalismus verhindert. 154 dieser Steine wurden auf Usedom gefunden, sie alle sind jedoch von ihrem Ursprung her Fremde auf der Insel.

Einer tanzt aus der Reihe

Auf dem Rundweg sind die Formationen daher nach ihren Herkunftsgebieten Bornholm, Süd- und Zentralschweden, Finnland und das Ostseebecken angeordnet. Dem Besucher werden hier fast alle Gesteinsarten, die während der Eiszeit die Insel Usedom erreicht haben, präsentiert. Es fehlt lediglich ein Stein: der „Braune Ostseequarzsaphir“. Ihn ersetzt sein roter Bruder. Den 155. Stein, einen „noritischen Gabbro“, bargen im Jahr

1987 Wissenschaftler des Forschungsschiffs „Polarstern“ in der Nähe der Antarktis. Er gelangte auf Umwegen nach Neu Pudagla.

Durch kleine Schilder werden die Besucher über den Fundort, das Alter und die Herkunft jedes einzelnen Exponats informiert. Der älteste Stein zählt zwei Milliarden Jahre, er ist also etwa halb so alt wie unsere Erde, der jüngste ist 80 Millionen Jahre alt.

Geologen benutzen den Äon als Einheit für unvorstellbar große Zeiträume. Das Wort steht in der griechischen Philosophie als Synonym für die Ewigkeit. In Goethes „Faust“ hat es die gleiche Bedeutung. In der Geochronologie ist ein Äon die höchstrangige Einheit für die zeitliche Untergliederung der Erdgeschichte.

2,5 Kilometer Erdgeschichte

Ein Äon umfasst mehrere hundert Millionen bis weit über eine Milliarde Jahre. Die gesamte Erdgeschichte wird so in lediglich vier Äonen gegliedert. Angesichts solcher, für den Menschen schier unvorstellbarer Zeiträume, kann sich der Besucher nach der Besichtigung der uralten Felsbrocken etwas „Zeit nehmen“ für die Besichtigung des Waldkabinetts und den Spaziergang auf dem Waldlehrpfad.

Das Waldkabinett bietet Wissenswertes über die Entwicklung des Waldes als wichtigstes Ökosystem der Erde. Der idyllische Waldlehrpfad beginnt in unmittelbarer Nähe des Gesteinsgartens. Bänke und Picknicktische laden zum Verweilen ein. Der Pfad ist zweieinhalb Kilometer lang und führt schließlich zu dem von großen Lebensbäumen und anderen seltenen Baumarten umsäumten Forstvereinsstein. Dieser war anlässlich der Jahrestagungen des Pommerschen Forstvereins in den Jahren 1898 und 1911 in Neu Pudagla errichtet worden und zeugt von der Bedeutung dieses Forstamtes in der ehemaligen preußischen Provinz Pommern.

Der Rückweg führt schließlich vorbei an der „Fledermausburg“. Das frühere Brunnenhaus dient einem Dutzend unterschiedlicher Arten dieser Tiere als Quartier. Spätestens bei der Beobachtung der überaus lebendigen fliegenden Säugetiere ist der Besucher wieder in der Gegenwart angekommen.

MELDUNGEN

Fachtagung, Schmeling und Leuchtturm

Stettin – Am 11. April wurde in der Philharmonie die Ausstellung „Aus Liebe zu Stettin“ eröffnet. Der Veranstaltung ging ein Treffen Stettiner Schriftsteller voraus, das vom Literaturwissenschaftler und Verleger Krzysztof Lichtblau moderiert wurde. TS

Gützkow – Am 20. April findet im „Bürgerhaus auf dem Hasenberg“ eine Fachtagung für Regionalhistoriker und Ortschronisten statt. Die Veranstaltung des Heimatverbandes beschäftigt sich mit den Missionsreisen Otto von Bamberg nach Pommern und deren Folgen für die Region. TS

Köslin – Bis 2030 wollen die Mitgliedsstaaten der EU etwa drei Milliarden Bäume pflanzen. Kostenfreie Setzlinge dafür gibt es in den Oberförstereien Stettin, Schlawe, Belgard, Pollnow und Schivelbein. Auch Schüler aus Stolp und Sageritz beteiligten sich an der Pflanzaktion 2024. TS

Greifswald – Am 7. April wurde im Dom St. Nikolai das neue Ostfenster anlässlich des 250. Geburtstages von Caspar David Friedrich eingeweiht. Das mehrgliedrige Fenster ist vom isländisch-dänischen Künstler Ólafur Eliasson gestaltet worden – inspiriert wurde er durch Friedrichs Gemälde „Huttens Grab“ von 1823 (siehe PAZ vom 12. April). TS

Stolpmünde – Mit Baltik I soll vor Stolpmünde der größte Offshore-Windpark der Ostsee entstehen. Mit den Windparks Baltik II und III könnte, so die Angabe, eine Gesamtkapazität von drei Gigawatt erreicht werden, wodurch die Versorgung von vier Millionen Haushalten gesichert wäre. TS

Dornbusch – Die Besucher des „Söten Lännekens“ Hiddensee können wieder den Leuchtturm im Inselnorden besteigen. 1998 hatte hier der letzte Leuchtturmwärter Deutschlands seinen Dienst beendet. Das Licht des historischen Seezeichens ist bis zu 45 Kilometer weit über die Ostsee zu sehen. TS

Rummelsburg – Auf dem ehemaligen Rittergut Ponickel, wo die Boxlegende Max Schmeling und die Filmschauspielerin Anny Ondra bis 1945 lebten, ist nun die Errichtung einer Gedenkhalle geplant. Sie soll in einem Speicher, wo Schmeling noch trainiert haben soll, entstehen. TS

Ueckermünde – Der 60 Jahre alte Tierpark lädt am 22. Mai zum diesjährigen Landeszohtag an das Stettiner Haff ein. Neben Zooschule, Streichelzoo und Schaufütterungen steht auch die Untersuchung von Wasserproben auf dem Programm. Jährlich besuchen 100.000 Gäste den Zoo. TS

Heimatkreis Usedom-Wollin – Die Mitglieder des Heimatkreises Usedom-Wollin treffen sich am 29. Mai im Ostseebad Heringsdorf. Am 30. Mai geht es dann mit einem gecharterten Bus nach Swinemünde, auf die Insel Wollin und schließlich bis zum hinterpommerschen Hoff mit seiner weithin bekannten Kirchenruine. Ein geselliges Beisammensein schließt den Tag ab. Wer an der kleinen Heimatreise unter Leitung des Vorsitzenden des Heimatkreises teilnehmen möchte, melde sich bitte bei Erwin Rosenthal, Sprecher des Heimatkreises. ER

145. TODESTAG

St. Jakobi birgt des Kirchenmusikers Herz

Der Komponist Carl Loewe, auch pommerscher Balladenkönig genannt, wirkte 46 Jahre in Stettin

Der Sockel des am 30. November 1897 eingeweihten Denkmals am kleinen Vorplatz des westlichen Portals der Stettiner Jakobikirche steht noch, doch die musizierenden Putten und ihr Meister, der als Tondichter mit seiner Rechten den Taktstock führte, sind längst abgeräumt. Es handelte sich um ein Denkmal des Komponisten Carl Loewe (1796–1869).

Ungewöhnlich ist bis heute die noch immer bestehende Verbindung des Musikers mit Pommern, obgleich er hier weder geboren noch gestorben ist. Nach seinem Studium der Theologie kam der Musiker aus Löbejün (unweit von Köthen) nach Stettin, um seiner Verlobten Julie von Jacob eine gesicherte Stellung bieten zu können. Hier wirkte Loewe als Kantor und Organist von St. Jakobi sowie als Gesangslehrer am Marienstifts- und Stadt-Gymnasium, wo er auf Ludwig Giesebrecht traf, von dem er zahlreiche Texte vertonten sollte. Schon zu Beginn der



Carl Loewe: Sein Herz wurde in der Stettiner Kirche beigesetzt, wo man sich nun auch dem Erbe des Tondichters und Kantors stellt

46 Jahre seines Schaffens in Stettin wurde er in Anerkennung seiner Leistungen zum städtischen Musikdirektor ernannt.

Einen ersten Schicksalsschlag erlitt der Meister allerdings, nachdem Julie

Loewe, die er seinem „lieben Stettin“ zugeführt hatte, bereits nach anderthalb Jahren Ehe starb. So heiratete Loewe nach einer einsamen Phase seines Lebens 1825 Auguste Lange.

Seiner Verpflichtung folgend, veranstaltete er zahlreiche Musikfeste, gründete den Pommerschen Chorverband und bereicherte mit seinem musikalischen Werk das kulturelle Leben Stettins nachhaltig. Seine Rastlosigkeit blieb ihm auch während der Sommerferien erhalten, wo er von 1831 bis 1847 zahlreiche Konzertreisen unternahm.

Dieser Raubbau an seiner Gesundheit forderte dann jedoch 1864, mitten in seiner Arbeit zum letzten Oratorium „Der Segen von Assisi“, seinen Tribut. Der Künstler erlitt einen ersten Schlaganfall, 1866 einen zweiten. Der Stettiner Magistrat verlangte nun den Rücktritt des Meisters. Der fiel ihm sichtlich schwer, vor allem wegen seiner inneren Bindung zur

Orgel der Jakobikirche. Am Morgen des 18. April 1869 erlitt er dann einen weiteren Schlaganfall, dem er zwei Tage später letztlich erlag. *Torsten Seeger*



Einst vor der Jakobikirche: Carl-Loewe-Denkmal. 1898 errichtet, 1942 zerstört

„Mehr menschliches Augenmaß für manche Dinge“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ich danke der PAZ für diesen tollen Artikel. Eine wahrliche Hommage auf das aufgeklärte Preußen!“

Jost Lücke, Velbert
zum Thema: Garnisonkirche in Potsdam (Nr. 14)



Ausgabe Nr. 14

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VIEL SINN FÜR GESCHICHTE
ZU: FASSADENRENOVIERUNG AN DER KÖNIGIN-LUISE-KIRCHE ABGESCHLOSSEN (NR. 13)

Lob und Dank möchte ich Ihrem Autor Jewgenij Tschernyschew aussprechen für seinen Artikel über meine Taufkirche, die Königin-Luise-Gedächtniskirche in Königsberg.

Ich freue mich zu lesen, dass die Königsberger von heute so viel Geschichtsverständnis haben, dass sie die Kirche in den Farben renoviert haben, in denen sie zu deutscher Zeit zu sehen war. Ich habe den Eindruck – auch wenn ich zum Beispiel an die nicht enden wollenden Diskussionen um das Berliner Stadtschloss denke –, dass das Geschichtsverständnis bei den neuen Bewohnern der Gebiete, die ich immer noch meine Heimat nenne, ausgeprägter ist als hier in Deutschland, so schmerzlich es auch ist, diese Aussage treffen zu müssen.

Brigitte Schüller-Kreuer, Unkel

ENTRECHTET IN TSCHECHIEN
ZU: DEUTSCH ERHÄLT BESONDEREN SCHUTZ (NR. 13)

Die längst überfällige Aufwertung der deutschen Sprache für die in Tschechien noch ansässige deutsche Minderheit ist Grund genug, um einen Blick auf die bisher wenig beachtete Leidensgeschichte dieser – beschönigend genannt – „heimatverbliebenen“ Sudetendeutschen zu werfen. Sie wurden zwar 1945/46 nicht wie alle anderen der insgesamt etwa 3,2 Millionen Sudetendeutschen von den Tschechen vertrieben, aber gemäß der berühmten Benesch-Dekrete ebenso wie diese entrechtet, enteignet und zur Zwangsarbeit verpflichtet.

Hauptursache für die Zurückbehaltung im Land war ihre Unentbehrlichkeit für den Weiterbetrieb der Fabriken und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur. Sie galten als unbedingt notwendige Fachkräfte, wurden aber trotzdem im täglichen Leben von der

tschechischen Bevölkerung diskriminiert, bekamen jahrelang Lohnabzüge, wurden innerhalb des Landes zwangsweise umgesiedelt, manchen entzog man ihre an den vormals deutschen Universitäten in Prag und Brünn erworbenen akademischen Grade, und es gab keine deutschen Schulen. Kurzum, die „heimatverbliebenen“ Sudetendeutschen waren – vor allem in den ersten Jahren – völlig rechtlos. Die tschechoslowakische Verfassung vom 9. Mai 1948 machte die Deutschen zum Urfeind der Slawen.

Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, dass die 1945/46 in der Tschechoslowakei zurückbehaltenen etwa 200.000 Sudetendeutschen versuchten, wenn irgend möglich dem Zwang zu entkommen, obwohl dies häufig mit Gefahren verbunden war und erhebliche Kosten und Vermögensverluste zur Folge hatte. So nahm ihre Zahl bis 1961 auf zirka 140.000 ab und reduzierte sich bis 1991 auf knapp 50.000. Derzeit werden in Tschechien, wie in dem PAZ-Beitrag vermerkt, nur noch rund 25.000 Deutsche gezählt.

Dr. Walter Kreul, Germering

EIN GRÜNER DENKT UM
ZU: STERNCHEN AUF DEM RÜCKZUG (NR. 14)

Zwischenzeitlich hat auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, eingesehen, dass ein weiteres Voranpreschen in Sachen Gendersprache überwiegend auf große Reserviertheit in der Bevölkerung stößt. Die Herausforderung Künstliche Intelligenz (KI) wird teilweise skeptisch beurteilt, bei der Herausforderung künstliche (Gender-)Sprache ist es noch mehr der Fall.

Krisensituationen mit zusätzlichen Polarisierungen zu überlagern, ist selten eine gute Idee. Dazu besteht auch in der Sache kaum Anlass. In den letzten Jahren ist die Sprache auf Anforderungen an die Geschlechtergerechtigkeit durchaus eingegangen. Ein Beispiel sind öffentliche Anreden wie „liebe Bürgerinnen und Bürger“. Hier wird die weibliche Form gewis-

sermaßen als Ausgleich vorangestellt, da nicht alle Ausdrücke feminisiert werden können, ohne eine Verballhornung der deutschen Sprache zu riskieren. Beispiel: *Mannequin – Frauequin*.

Es macht keinen Sinn, in schwierigen Zeiten, in denen Sprache mehr denn je zur Identifizierung und als Verständigungsmittel benötigt wird, eine Art Morsealphabet als zusätzliche Ebene in die Sprache einzubeziehen und dann in Bildungseinrichtungen einen Kulturkampf zu beschwören, ohne dass der Rat für deutsche Rechtschreibung einen offiziellen Charakter feststellen konnte, da er davon ausgeht, dass eine Mehrheit der Bevölkerung, auch von Frauen, eine zusätzliche abstrakte Zeichensprache im Alltag nicht beachten wird.

Nun hat Ministerpräsident Kretschmann bei den Grünen gewissermaßen eine Vorreiterrolle übernommen, manche Dinge mit mehr menschlichem Augenmaß zu betrachten und auf Ideologie zu verzichten. Eine Tiefenwirkung kann jedoch nur erzielt werden, wenn auch andere umstrittene Themen hiervon berührt werden und es zu einem Umdenken kommt.

Roland Grassl, Bühl

GEFÄHRDER DER DEMOKRATIE
ZUM WOCHENRÜCKBLICK:
KEIN BLICK ZURÜCK (NR. 14)

Danke für den hervorragenden Artikel! Der Umgang mit den vergangenen Krisen und ideologischen Zielen ist wie eine Steuer-Dauer-Einstellung auf einem Floß Wildwasser abwärts: Eine Oppositionspartei, die immer wieder Missstände in unserer politischen Führung anprangert, ist so gefürchtet, Gehör in breiter Fläche zu finden, dass sie nach Meinung anderer demokratischer Parteien bekämpft werden muss.

Wie demokratisch wäre es doch zu hinterfragen, in welchen Punkten die Kritik mit Fakten belegt und berechtigt ist. Stattdessen werden alle, die es bevorzugen, sich auch in der alternativen Richtung zu informieren, und die selber den-

ken wollen, gleich mit bekämpft und als Gefährder der Demokratie betitelt.

Ich wäre froh, wenn es die Alternative nicht bräuchte und es Konsequenzen gäbe für gravierende Fehlentscheidungen, Steuerverschwendung und Untätigkeit sowie für schlecht gemachte Gesetze, die am Willen jeder Bürgermehrheit vorbei einfach durchgeboxt werden, anstatt neuer Schlagwörter wie „Zeitenwende“, „Doppelwumms“ ins Wählervolk zu posaunen – denn als etwas anderes komme ich mir dabei nicht vor.

Ich fühle mich einfach nicht ernst genommen, wenn ich von der Politik mehr erwarte, als dass von Politikern hauptsächlich daran gedacht und gebastelt wird, wie die nächste Wahl wieder den eigenen bequemen Sessel im Bundestag sichern kann. *Rosemarie Rau, Hannover*

WENDEHALS WEGNER
ZU: BEZIRKE GEHEN GEGEN ASYLLAGER AUF DIE BARRIKADEN (NR. 14)

Bis zur Berlin-Wiederholungswahl im Februar 2023 war Kai Wegner als wertkonservativer Politiker, der sogar eine positive Einstellung zum legendären (West-) Berliner Innensenator Heinrich Lummer äußerte, bei mir wohlgefallen. Umso schockierender war für mich seine 180-Grad-Wendung nach seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister. Er ist zu einer Bettina Jarasch (Die Grünen) 2.0 geworden. Vor allem ist seine Asylpolitik ein absoluter Totalausfall. Anstatt mit einer Einladung an die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen und ihren Migrationsminister nach Berlin klare Kante zu zeigen, geriert er sich als verlängerter Arm der sogenannten „Seenotrettung“.

Er düpiert sogar seine eigenen Parteifreunde. Die türkischstämmige Reinickendorfer Bezirksbürgermeisterin Emine Demirbükten-Wegner wirft ihm vor, wenn auch verklausuliert, dem Wirtschaftsstandort Reinickendorf mit seiner Asylpolitik schweren Schaden zuzufügen. *Carsten Zöllner, Berlin*

ANZEIGE

Ihr Praxisratgeber zum Thema Auswandern:

• Richtig planen • Systematisch vorgehen • Fehler und Enttäuschungen vermeiden • Steuern sparen • Ortsunabhängige Einkommensquellen sichern

Exklusiv:
Die besten Länder für Ihr Leben in Freiheit!



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

■ Hohe Steuern, sinnlose Vorschriften, Orwell'sche Überwachung und bürokratische Behörden: Immer mehr Menschen flüchten aus Deutschland.

Holen Sie sich jetzt die Kontrolle über Ihr Leben zurück

Gefällt auch Ihnen der Gedanke, sich nicht länger von Politikern, die Sie mit Ihren Steuergeldern finanzieren, herumkommandieren und ausnehmen zu lassen? Dann sollten Sie unbedingt dieses Buch lesen! Norbert Bartl, einer der profundesten Auswanderungsexperten, gibt wertvolle Ratschläge, wie Sie sich ein neues Leben im Ausland Schritt für Schritt und leicht nachvollziehbar aufbauen können.

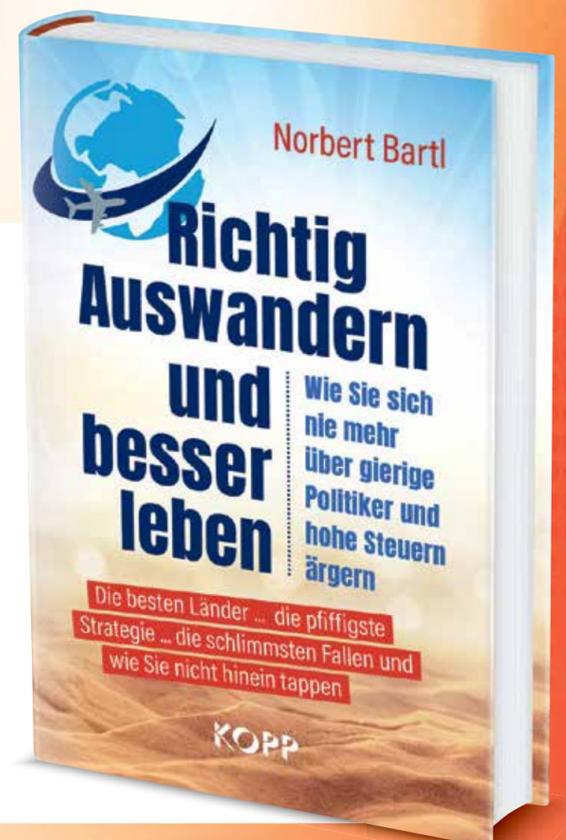
Die besten Tipps für ein freies und besseres Leben im Ausland!

Erfahren Sie, wie Sie Ihre Abreise in 12 Schritten richtig vorbereiten • warum Sie nur so wenig wie möglich mit ins Ausland nehmen sollten • wie Sie sich vom deutschen Finanzamt für immer verabschieden

• wie Sie in keinem Land der Welt jemals wieder steuerpflichtig werden • weshalb Sie sich im Ausland nie einen Job suchen sollten • wie Sie im Ausland zu guten und preiswerten Immobilien kommen • was Sie beim Auswandern mit Kindern unbedingt beachten sollten • wie der optimale Firmensitz im Ausland aussieht • wie Sie im Ausland problemlos Geld verdienen können • wie Sie preiswert zu einem Zweitpass kommen • was Sie unbedingt tun sollten, wenn Sie im neuen Leben angekommen sind • wie Sie Ihre finanzielle Freiheit im Ausland erlangen.

Norbert Bartl erklärt anschaulich und spannend, wie Sie das Auswandern vorbereiten, durchführen und was Sie im neuen Land alles beachten müssen. Er gibt unschätzbare Ratschläge, wie Sie Ihr Einkommen im Ausland verdoppeln, ohne dass Sie dafür mehr arbeiten müssen. Viele hilfreiche Checklisten machen das Buch noch wertvoller!

Norbert Bartl: Richtig Auswandern und besser leben • gebunden • 352 Seiten • Best.-Nr. 984 600 • 22,99 €



BERUF

„Eine völlig neue Welt“

Gleichberechtigung einmal andersherum – Eine männliche Hebamme berichtet von den Erfahrungen in einem „Frauenberuf“

VON SILVIA FRIEDRICH

Das aus dem Althochdeutschen stammende Wort „Hebamme“ bezeichnet eine alte Frau, die das Kind aufhebt. Hebammen betreuen, helfen und unterstützen Frauen vor, während und nach der Geburt eines Kindes. Im Laufe der Jahrhunderte haben diese Tätigkeit ausschließlich Frauen ausgeübt. Doch im Zuge der Gleichberechtigung streben inzwischen auch Männer diesen Beruf an. Jonas Küppers studiert Hebammenwissenschaft an der Fachhochschule FHM Bielefeld. Er ist der einzige Mann neben 14 Mitstudentinnen und erklärt im PAZ-Interview, was ihn an diesen „Frauenberuf“ fasziniert.

Herr Küppers, noch immer wollen Jungen häufig Pilot, Kapitän oder Rennfahrer werden. Wie kamen Sie ausgerechnet zu diesem Berufswunsch?

Tatsächlich bin ich erst sehr spät auf diesen Beruf aufmerksam geworden. Meine beste Freundin machte eine Ausbildung zur Hebamme und ich parallel meine Ausbildung zum Heilpraktiker. Sie erzählte mir immer wieder von ihren Kreißsaal-Einsätzen. Das waren echt spannende Geschichten, und ich merkte, wie mich das Thema gefesselt hat. Nie zuvor habe ich während meiner Schulzeit oder danach viel über den Beruf der Hebamme gehört. Das war also eine völlig neue Welt. Ich wollte mehr hierüber erfahren und beschloss, ein Praktikum in einem großen Kreißsaal zu machen. In dem Krankenhaus, wo ich dieses Praktikum absolvierte, kommen jedes Jahr über 3500 Kinder zur Welt. Ich habe dort vier Wochen Praktikum gemacht und war bereits nach meiner ersten Geburt total „geflasht“. Bei so einem schönen Moment im Leben einer Familie dabei zu sein, ist echt etwas ganz Besonderes. Und solche Momente durfte ich dann noch 15-mal während meines Praktikums erleben. Um ehrlich zu sein, wusste ich aber schon nach der ersten Geburt, dass ich den Beruf erlernen möchte.

Wie viele Hebammen gibt es in Deutschland und wie viele davon sind männlich?

Meines Wissens gibt es hier knapp unter 30.000 Hebammen. Es wird geschätzt, dass bisher nur ungefähr 30 davon Männer sind. Ich hoffe, das ändert sich bald.

Seit wann „dürfen“ Männer diesen Beruf erlernen und ausüben?

Das dürfen Männer schon jahrzehntelang. Bis Ende 2019 hieß die männliche Bezeichnung für Hebammen noch Entbindungspfleger. Seit 2020 werden nun alle in diesem Beruf als Hebamme bezeichnet. Egal ob Frau oder Mann.

Wie ist es, als einziger Mann in einem bisherigen „Frauenberuf“ zu arbeiten?

Ich muss sagen, dass ich es schöner fände, wenn mehr Männer in diesen Beruf kämen. Es werden zwar immer mehr, aber man ist schon noch sehr oft der einzige Mann im Kreißsaal. Man wird zwar in der Regel herzlich aufgenommen, aber dennoch würde ich mich über ein wenig mehr männliche Unterstützung freuen.

Werden Sie von Schwangeren oder Kolleginnen ernst genommen, oder gibt es Vorbehalte, weil Sie ein Mann sind?

Die meisten Schwangeren freuen sich, wenn ich sie mitbetreue. Sie reagieren in der Regel sehr offen und finden es toll, dass auch Männer in dem Beruf sind. Die meisten Kolleginnen sehen das genauso. Ein paar alteingesessene Hebammen reagieren da manchmal nicht so herzlich, weil sie der Meinung sind, dass Männer nicht in den Beruf passen. Aber jeder hat halt seine Meinung, und die jüngeren Hebammen sind da in der Regel offen.

Mit welchen Schwierigkeiten muss ein Mann in diesem Beruf rechnen – oder gibt es gar keine?

Ganz selten fühlt sich mal eine Frau unwohl, wenn ein Mann sie bei der Geburt betreut. Das kommt nicht oft vor, aber das muss man dann einfach respektieren und darf man nicht persönlich nehmen.

Wie war die erste Geburt, bei der Sie Unterstützung gaben?

Das ist immer etwas Besonderes und immer noch sehr aufregend. Da fehlt auch



FOTO: FACHHOCHSCHULE DES MITTELSTANDS

Übung macht den Meister: Jonas Küppers beim Geburtstraining mit einer Puppe

einfach noch die Routine. Und jede Frau ist anders. Ich war sehr aufgeregt, aber es hat alles gut geklappt, die Frau hat das richtig toll gemacht. Sie war nach der Geburt glücklich, als ihr Kind geboren war. Und mit der Betreuung war sie, glaube ich, auch ganz zufrieden.

Wie ist der Ausbildungsweg zur Hebamme?

Seit 2020 muss man ein dreieinhalb- bis vierjähriges Studium absolvieren, um Hebamme zu werden. Man hat immer zwei bis drei Monate Theoriephase in der Uni. Dort lernt man alles, was man theoretisch wissen muss, übt praktische Dinge

im Skillslab (Trainingsraum, in dem Fertigkeiten und Fähigkeiten geübt werden) und schreibt auch öfter mal eine Klausur. Danach folgen zwei bis drei Monate praktischer Einsatz. Hier arbeitet man im Kreißsaal, auf der Wochenbettstation oder bei freiberuflichen Hebammen und sammelt praktische Erfahrungen. Am Anfang ist es viel Zugucken, ehe man auch selbstständig Tätigkeiten übernimmt.

Wie sieht ein typischer Arbeitstag einer Hebamme aus, und welches sind Ihre Hauptaufgaben?

Im Kreißsaal betreuen Hebammen die Schwangeren vor, während und noch zwei

Stunden nach der Geburt. Man berät die Frauen zu Schwangerschaftsthemen und führt eigenständig Untersuchungen durch. Unter der Geburt leitet man den Gebärenden zum Umgang mit den Wehen an und behält die ganze Zeit den Gesundheitszustand von Mutter und dem ungeborenen Kind im Blick. Nach der Geburt werden Mutter und Kind noch einige Zeit überwacht. Die erste Untersuchung des Neugeborenen wird auch von Hebammen durchgeführt. Man hilft der Mutter beim Stillen, und nach zwei Stunden wird sie auf die Wochenbettstation verlegt.

Würden Sie Jungen zuraten, ebenfalls diesen Beruf zu ergreifen?

Absolut. Der Beruf ist total vielfältig, und man trägt sehr viel Verantwortung. Hebammen arbeiten sehr selbstständig. Nach dem Studium kann man sich aussuchen, ob man im Kreißsaal arbeitet, auf der Wochenbettstation oder ob man sich selbstständig macht. In der Selbstständigkeit kann man Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft durchführen. Man besucht die Frauen nach der Geburt und führt die Geburtsnachbetreuung von Mutter und Kind durch. Man kann als selbstständige Hebamme auch Hausgeburten anbieten und die Frauen bei ihnen zu Hause bei der Geburt begleiten. Es gibt super viele Möglichkeiten, als Hebamme zu arbeiten. Ich habe nicht einmal alle genannt. Männer können diesen Beruf genauso ausüben wie Frauen. Auch Männer können einfühlsam sein. Wer einen spannenden und abwechslungsreichen Beruf sucht, mit überwiegend sehr schönen Tätigkeiten, dem gefällt der Hebammenberuf bestimmt. In Italien ist es übrigens ganz normal, dass Männer in diesem Beruf arbeiten. Da ist es absolut nicht ungewöhnlich, einen Mann im Kreißsaal anzutreffen. Warum das in Deutschland bisher noch so anders ist, verstehe ich gar nicht.

Was ist das Schönste in Ihrem Beruf?

Für mich ist die Betreuung unter der Geburt am schönsten. Bei diesem Prozess dabei zu sein und neues Leben mit auf die Welt zu begleiten, ist einfach krass.

UNTERHALTUNG

Hineingezaubert in die Gegenwart

Ein anarchischer Antiheld aus dem Mittelalter – Vor 50 Jahren eroberte Catweazle die deutsche Fernsehlandschaft

Deutschland im Jahr 1974: Am 6. April gewann die Popgruppe ABBA mit „Waterloo“ den Grand Prix de la Chanson. Und am 28. April betrat ein zerzauster alter Mann die Fernseh Bühne – und machte ebenfalls Furore. Sein Name war Catweazle, und er war der Held einer 13-teiligen englischen Kinderserie.

Der Plot war genial. Das Schicksal hatte einen Magier aus dem Mittelalter in das England der 1970er Jahre verschlagen. Von den Normannen gejagt, war er in purer Verzweiflung in einen See gesprungen und 900 Jahre später in einem Dorftümpel wieder aufgetaucht. Auf der Suche nach Nahrung begegnete Catweazle dem Landwirtssohn Edward, der fortan ständig damit beschäftigt war, den Zauberer vor der Menschheit zu verstecken.

Dann vertauschten sich die Rollen, als Catweazle auf moderne Technik traf und er wieder zum ängstlichen Kind wurde, das lärmende Traktoren und Flugzeuge für eine Erfindung des Teufels hielt. Edward wiederum übernahm die Erwachse-

nenrolle für den angeblichen Magier, der schwerer zu beaufsichtigen war als ein Sack Flöhe. Da kletterte Catweazle schon

mal auf den Dorfkirchturm, weil er zurück in seine Zeit fliegen wollte, oder verstörte ein anderes Mal den Pfarrer. Am Ende je-

der Folge siegten immer die Gerechtigkeit und die Vernunft, während Catweazles Wunsch, wieder in seine Zeit zurückzukehren, immer drängender wurde.

Ausgedacht hatte sich das Ganze der englische (Dreh-)Buchautor Richard Carpenter, dessen Skript der Fernsehsender „London Weekend Television“ begeistert angenommen hatte. Der 45-jährige Schauspieler Geoffrey Bayldon ergatterte mit seiner ungewöhnlichen Physiognomie die Hauptrolle, der Kinderdarsteller Robin Davies spielte den 15-jährigen Edward.

Es waren in der Folge nicht nur die Abenteuer, die Kinder (und Erwachsene) verzauberten, sondern auch die historische Landschaft in der Grafschaft Surrey, die das große Ganze ausmachten. Und die simple Botschaft, die da hieß: Toleranz. Es war okay, anders zu sein. Diese Botschaft war zeitlos und funktionierte in der ganzen Welt.

So universell das Sujet auch war, so unverkennbar britisch war wiederum das Ambiente der Serie: Das alte Dorf mit dem

Friedhof, das Pfarrhaus, aber auch ein Glaube an Geister und Gespenster. Moderne Autos wirkten da schnell wie ein Fremdkörper. Und ständig verkehrten sich die Wahrnehmungen, woraus sich auch die Komik ergab, wenn Catweazle zum Beispiel einen Friseursalon für eine „Folterkammer“ hielt.

Am 30. Juni 1974 endete bereits die Geschichte von Edward und Catweazle. Der Abschied war schmerzhaft. Catweazle hatte begriffen, dass das Wasser ihn wieder in die Zeit zurücktransportieren konnte. Und so musste Edward entsetzt mit ansehen, wie Catweazle im See immer durchscheinender wurde, bis er schließlich ganz verschwunden war.

Die beiden Hauptdarsteller sind bereits tot. Robin Davies, der den Edward so mitfühlend spielte, verstarb 2010 im Alter von nur 56 Jahren an Lungenkrebs. Sieben Jahre später wurde auch Geoffrey Bayldon in Leeds zu Grabe getragen. Für die Fans sind sie unsterblich, sie leben in ihren Herzen weiter. Bettina Müller



Auch ein Magier muss sich mal waschen: Geoffrey Bayldon als Catweazle nimmt ein Bad

● FÜR SIE GELESEN

Die Heimat neu entdeckt

Die freie Journalistin Monica Weber-Nau schildert in ihrem Buch „Der Weg heimwärts“ eine Rückkehr in ihren Heimatort Simmern im Hunsrück, den sie bei der Beschäftigung mit der Geschichte ihrer Vorfahren quasi neu entdeckt.

Die Autorin erzählt die Geschichte ihrer Großeltern Regina und Richard Fischer. Der Großvater eckt als überzeugter Kommunist in einer Zeit der heraufziehenden Herrschaft der Nationalsozialisten bei allen an. Wegen kommunistischer Umtriebe 1933 verhaftet, gelingt ihm eine abenteuerliche Flucht in die Wälder Frankreichs. Danach zieht er in den spanischen Bürgerkrieg. Für seine Frau und deren Töchter beginnt ein Spießrutenlauf in einer Kleinstadt, in der man sich kennt und niemand etwas mit Angehörigen eines Kommunisten zu tun haben will. Doch die Liebe der Großeltern überdauert alle Widrigkeiten.

In Simmern setzt Weber-Nau sich überzeugend auch mit ihrer eigenen Biographie auseinander, mit ihrer Flucht aus der kleinbürgerlichen Welt ihrer Eltern in die Großstadt Frankfurt, wo sie mit Niederlagen zu kämpfen hat und schließlich Siege erringt. Gegen den Willen ihrer Eltern beginnt sie ein Studium, beißt sich durch und kann ihren Lebensraum verwirklichen. Nach deren Tod gelingt es ihr, sich mit den ewig unzufriedenen Eltern zu versöhnen und die Heimat als etwas Wertvolles zu schätzen. **MRK**



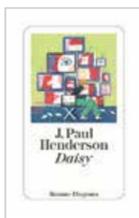
Monica Weber-Nau: „Der Weg heimwärts“, Rhein-Mosel-Verlag, Zell/Mosel 2023, broschiert, 396 Seiten, 14,90 Euro

Die Geschichte eines Träumers

Herod, ein Sohn wohlhabender Eltern, kann seinen verstorbenen Bruder nicht ersetzen. Als er die Firma seines Vaters erbt, verkauft er sie, spendet die Hälfte und richtet sich ein gemütliches Leben ein. Der Tagträumer findet Freunde und hat ein paar Liebschaften. Als er eines Tages Daisy im Fernsehen erblickt, weiß er, dass sie die Frau seines Lebens sein könnte und macht sich auf die Suche nach ihr.

J. Paul Hendersons Roman „Daisy“ schildert das Leben eines einfachen britischen Mannes, der das Glück hat, sich nicht anstrengen zu müssen, da er genug Geld geerbt hat. Sein Leben plätschert ohne Höhepunkte vor sich hin, aber da Herod nicht besonders intelligent zu sein scheint, erfreut er sich schon an Kleinigkeiten. Das hat Charme und spricht an.

Der Autor lebt in Bradford, England, war aber viele Jahre in den USA, wo er auch an der Mississippi State University in Amerikanistik promoviert wurde. **Angela Selke**



J. Paul Henderson: „Daisy“, Diogenes Verlag, Zürich 2024, gebunden, 333 Seiten, 25 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Im Reich der Glücklichen

Dänemark gilt als ein Land, in dem es sich gut leben lässt. Dessen Vielfalt beschreibt ausführlich der neue Baedeker

Dänisches Lebenselixier Das Lebensgefühl „Hygge“ hat weltweit den Siegeszug angetreten. Doch neben Sehenswürdigkeiten, Natur und Entspannung hat Dänemark auch Modetrends, Kulinarisches und vielfältige In-

spirationen zu bieten. Die aktualisierte Auflage des „Baedeker Dänemark“ gibt in gewohnt detaillierter Weise und reich bebildert Auskunft über alles Wissenswerte unseres nördlichen Nachbarn. **MRK**



„Baedeker Dänemark“, Baedeker Verlag, Ostfildern 2024, flexibler Einband mit Easy Zip und Karte im Maßstab 1:345.000, 452 Seiten, 26,95 Euro

DIGITALE MEDIEN

Fluch und Segen der Computerwelt

Martin Korte räumt in seinem Buch „Frisch im Kopf“ teils unterhaltsam, teils theoretisch trocken, mit Mythen rund um den Nutzen digitaler Geräte auf

VON WOLFGANG KAUFMANN

Es ist ein Professor in Vorlesungspose auf dem Cover seines Buchs abgebildet, während vor dem Autornamen die akademischen Titel prangen, dann steht zu erwarten, dass das Werk professoral daherkommt. So verhält es sich im Falle von „Frisch im Kopf“ auch. Martin Korte, Lehrstuhlinhaber für Neurobiologie an der Technischen Universität Darmstadt, präsentiert eine Abhandlung über das, was die Digitalen Medien mit unseren Gehirnen machen, die streckenweise durchaus unterhaltsam daherkommt, an anderer Stelle aber wie ein Konvolut aus Skripten für Studenten wirkt, in denen in sehr trockenem Ton der Stand der Forschung referiert wird.

Das löst beim Leser ähnliche Effekte aus wie die Allgegenwart der Smartphones und Computer, die wenig denkförderlich ist. So schrumpfte die Aufmerksamkeitsspanne beim Umgang mit den Geräten bei vielen Menschen auf nur noch 40 Sekunden – und sehr viel länger konnte der Rezensent manchen Ausführungen von Korte auch nicht folgen, ohne dass sein Gehirn nach Abwechslung verlangte.

Das Buch enthält aber brillante Passagen, in denen der Autor das ganze Elend auf dem Feld der Digitalen Medien in treffenden Worten und aufschlussreichen Zahlen schildert. So räumt er mit dem Mythos auf, man könne erfolgreich Multitasking an Computer und Smartphone betreiben und empfiehlt längere Phasen, in

denen auf jegliche Ablenkung durch ein zweites Gerät oder parallel mitlaufende Programme verzichtet wird.

Korte weist nach, dass die Folgen des Umgangs mit digitalen Medien vom Lebensalter abhängen: Während die kindliche oder jugendliche Gehirn- und Sprachentwicklung eher Schaden nimmt, kann das Denkkorgan älterer Menschen von der Nutzung von Computern und Smartphones stark profitieren. Das Geheimnis liegt darin, dass es von Vorteil ist, im Alter Neues zu probieren und damit Trainingsprozesse in Gang zu setzen, welche die Gehirnalterung verlangsamen.

Nach Ausführungen über den Einsatz digitaler Technologien im Schulalltag sowie die Möglichkeiten und Grenzen der Künstlichen Intelligenz kommt Korte zu praktischen Ratschlägen, in denen es um das Vermeiden von „Fake-News-Fallen“ geht. Er verweist auf das angeblich so hilfreiche Wirken der sogenannten Faktenchecker, die entgegen den Behauptungen seines Buches oftmals keine „unabhängigen Journalisten“, sondern stramm links orientierte politische Aktivisten sind. Hier wäre doch etwas mehr Realitätssinn aufseiten Kortess gefragt gewesen.



Martin Korte: „Frisch im Kopf. Wie wir uns aus der digitalen Reizüberflutung befreien“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2023, gebunden, 318 Seiten, 24 Euro

KIRCHENPOLITIK

Eine verzwickte Beziehung

Der Theologe Thomas Schüller plädiert für eine stärkere Trennung von Kirche und Staat, damit eine Erneuerung der Kirche möglich werde

VON DIRK KLOSE

Das Buch „Unheilige Allianz“ thematisiert das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland. Thomas Schüller geht aus von der nicht enden wollenden Zahl der Missbrauchsfälle und der wohlwollend akzeptierten kirchlichen Machtfülle im sozialen und Bildungsbereich. Für die einen ist der Autor, katholischer Theologe und Lehrstuhlinhaber an der Universität Münster, vermutlich ein „Nestbeschmutzer“, vielen anderen mag sich ein Stoßseufzer „endlich“ entringen. Schüller sagt, ihm gehe es um die „Bestandsaufnahme einer Allianz, die schon lange nicht mehr heilig ist, weil Politik und Kirchen immer weiter auseinanderdriften, gleichzeitig aber auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind“.

Er nennt als neuralgische Punkte vor allem Arbeitsrecht, Wissenschaft, Kirchensteuer, Vermögensrecht, Bildung und Pflege. Eklatanteste Fälle sind ihm Arbeits- und Strafrecht: In kirchlichen Einrichtungen steht das kirchliche über dem staatlichen Arbeitsrecht. Geschiedene, Homosexuelle oder gleichgeschlechtliche Paare laufen Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Durch Urteile des EuGH in Luxemburg bahnt sich jetzt ein geradezu revolutionärer Wandel an. An Universitäten haben die Kirchen, in Konkordaten und Kirchenstaatsverträgen geregelt, ein Vetorecht, wonach auf kirchliches Verlangen ein missliebiger Gelehrter (berühmtester Fall ist der von Hans Küng in Tübingen)

abzuberufen ist. Was beide Seiten wissen und nicht daran rühren wollen: Die großen Sozialeinrichtungen wie Caritas (katholisch) und Diakonie (evangelisch) sind nach der öffentlichen Hand die größten Arbeitgeber. In manchen Städten sind fast alle Krankenhäuser und Kitas in kirchlicher Hand. Wer mag an diesen Strukturen rühren? Ein im Grundgesetz seit Jahrzehnten gefordertes Ablösegesetz scheint wie Dornröschen ewig zu schlummern.

Das Ansehen beider Kirchen erodiert, nicht zuletzt durch nicht enden wollende Missbrauchsfälle. Nur noch die Hälfte der Deutschen bekennt sich zu einer der christlichen Kirchen, die mit ihrem, so Schüller, ständigen „Mantra der Gemeinwohl dienlichkeit“ den Staat immer wieder bei seinem schlechten Gewissen, nicht genug für Arme, Schwache und Kranke zu tun, treffen.

Das Buch ist engagiert geschrieben, und man kann dem Autor eigentlich in nahezu allen Punkten nur zustimmen. Wer eine tröstende Seelsorge bei Priestern oder Pfarrern erfahren hat, mag umso mehr bedauern, dass die Kirchen fast mehr Angriffspunkte bieten als Parteien und Verbände im weltlichen Bereich.



Thomas Schüller: „Unheilige Allianz. Warum sich Staat und Kirche trennen müssen“, Hanser Verlag, München 2023, gebunden, 208 Seiten, 22 Euro

HAUS SCHLESISIEN

„Kafka, Käfer und Kakanien“

Anlässlich des 100. Todestags des deutschen Schriftstellers Franz Kafka fand in Königswinter eine zweitägige Veranstaltung statt

VON BÄRBEI BEUTNER

Im „Haus Schlesien“ in Königswinter wurde am 6./7. März ein Seminar angeboten, das unter der Leitung von Prof. Dr. Winfried Halder, des Direktors des Gerhart-Hauptmann-Hauses (GHH) in Düsseldorf, stattfand. So kam die Einladung aus Düsseldorf. „Kafka, Käfer und Kakanien“ lautete der Titel des Seminars, der auch Kafka-Neulinge neugierig machte. Ein Käfer war auf der Einladungskarte eingezeichnet, und „Kakanien“ nannte der Schriftsteller Robert Musil (1880–1942) die späte Habsburger Monarchie. In seinem Hauptwerk „Der Mann ohne Eigenschaften“, ein mehrbändiger, aber unvollendet gebliebener Roman, schildert er die österreichisch-ungarische Monarchie des Jahres 1913, die ihrem Untergang entgegengeht.

Halder stellte in dem ersten Vortrag der Tagung „Kafkas historisches Umfeld“ vor, die „Konfliktpotentiale und Bruchlinien der späten Habsburger Monarchie 1867–1919“. Er begann allerdings mit der Frage: „Was hat Kafka mit Schlesien zu tun?“ Dafür ging er bis zu den Schlesischen Kriegen zurück, da das zeitweilig zur Habsburger Monarchie gehörende Schlesien ebenfalls von Österreich geprägt war. Es habe in dem Vielvölkerstaat seit 1867 ständig Konflikte gegeben.

Dieses Konfliktpotential machte Halder zunächst an dem Wiener Schriftsteller Karl Kraus (1874–1936) fest. Der Satiriker und Herausgeber der Zeitschrift „Die Fackel“, der sich nach dem Ersten Weltkrieg zum Pazifismus bekannte, hinterließ sein dramatisches Hauptwerk „Die letzten Tage der Menschheit“ – der Erste Weltkrieg als Apokalypse. „Die Dritte Walpurgisnacht“, seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, zeigt prophetisch den Untergang des Dritten Reiches. Obwohl 1933 als „Fackel“-Heft geplant, ist es erst posthum 1952 erschienen.

Die Autoren Karl Kraus und Robert Musil „beschwören“ sozusagen den Untergang einer Welt. Ebenso wurde Franz Kafka in eine bereits veränderte Welt hineingeboren, erklärte Halder. In Böhmens Hauptstadt Prag wurde das jüdische Ghetto soeben abgerissen, es gab seit 1879 keine Judendiskriminierung mehr. Aber Kafka spricht in seinen Tagebüchern oft davon, dass das alte Ghetto in ihren Seelen weiterlebe – sinngemäß. Die jüdische Gemeinde in Prag war groß und lebendig. Die Familie Kafka gehörte dazu, bemühte sich jedoch um Anpassung an die nicht-jüdische Umgebung. Das Judentum blieb eines der konstanten Lebensprobleme Kafkas.

Bewohner zerbrechender Welten

Die Familie Kafka gehörte zu der deutschsprachigen Minderheit Prags. Kafka selbst sprach selbstverständlich auch Tschechisch. Halder hob hervor, dass sein Bildungsweg – Gymnasium, Jurastudium an der Karlsuniversität – ausgeprägt deutsch war. Dasselbe galt für die politische Position. Man sah sich ohne Frage der Habsburger Monarchie verbunden. Kafka wollte 1914 zum Militär, wurde aber zurückgestellt, da er als Beamter der Unfallversicherung für die Beratung der Kriegsversehrten gebraucht wurde.

Die „alte Welt“ zerfiel 1918, und als Kafka 1924 starb, sah Europa wieder völlig anders aus, was Halder gleich zu Beginn seines Vortrages betonte. Er stellte Kafka als den Bewohner zerbrechender Welten dar und schuf damit einen grundlegenden Zugang zu dessen Werk.

Diesen Zugang eröffnete Michael Serer, langjähriger Leiter des Düsseldorfer Literaturbüros, mit seiner „Hinführung



Im Jahr 1910: Franz Kafka mit Hund

Foto: imago/CPA-Media

zu Kafkas Erzählungen“. Der Referent hatte sich sorgfältig vorbereitet und verteilte zu seinem Titel „Von Käfern, Hunden und Hungerkünstlern“ sieben kurze Texte Kafkas, die er dem Publikum auch jeweils erläuterte. Aber sofort war eine lebhaft diskutierte im Gange. Kafkas Parabeln „Auf der Galerie“, „Vor dem Gesetz“, „Eine kaiserliche Botschaft“ lösten bei den Gästen einen breiten Austausch über die vielfachen Aspekte aus. Das Judentum wurde angesprochen, Hoffnung, Einsamkeit, Verirrung und Angst. Die skurrilen Phänomene faszinierten wie beispielsweise „Der neue Advokat“, der „eigentlich das Schlachtross Alexanders des Großen war“.

Serer hatte seinem Publikum zu Beginn den entscheidenden Zugang zu Kafkas Werk eröffnet. An seiner Interpretation der Erzählung „Das Urteil“ (1912) erkannten alle die existentielle Bedeutung des Schreibens für Kafka. Wie eine Geburt sei die Geschichte aus ihm herausgekommen. „Nur so kann geschrieben werden, mit vollständiger Öffnung des Leibes und der Seele“. Die Folge dieser „Eröffnung“: Die Gespräche gingen während der beiden Tage weiter.

Mit dem öffentlichen Abendvortrag von PD Dr. Jürgen Nelles „Franz Kafkas labyrinthische Welten – zwischen Faszination und Irritation“ wurden Kafkas Herkunft und Lebensumwelt noch einmal lebendig. Der Abriss und die Sanierung des Juden-Ghettos erfolgte erst endgültig, als Kafka zwölf Jahre alt war; also hat er die Gassen und Winkel noch selbst erleben können. Sein Vater besaß ein „Galanteriewarengeschäft“ und ein Mietshaus am Altstädter Ring und bemühte sich um die Integration in die deutschsprachige Gesellschaft und in die Habsburger Monarchie. So erhält der älteste Sohn den Namen des Kaisers, „Franz“. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts lebten in Prag mehr Deutsche, durch die Industrialisierung kamen mehr Tschechen vom Land in die Stadt.

Der Referent zeigte dem Publikum weniger bekannte Züge an Kafkas Persönlichkeit. Er war sehr sportlich, liebte durchaus die Geselligkeit, besuchte mit seinen Freunden Kaffeehäuser und Weinstuben und auch Bordelle. Die Politik und das gesellschaftliche Leben interessierten ihn. Die Vorstellung von dem kränklichen Eigenbrötler lässt sich nicht halten. Doch die Spannungen innerhalb der Familie, besonders zum Vater, bilden das Hauptmotiv seines Werkes. Nelles machte diesen Komplex an den Erzählungen „Das Urteil“ und „Die Verwandlung“ und an dem Roman „Der Prozess“ fest. Die Verurteilung des Sohnes „zum Tode des Ertrinkens“ durch den Vater erfolgt in dem Moment, als der Vater krank und gebrechlich zu sein scheint, als der Sohn eine Braut hat und zum „Konkurrenten“ des Vaters werden könnte.

In der „Verwandlung“ erwacht der Handlungsreisende Gregor Samsa eines Morgens und sieht sich in ein „ungeheures Ungeziefer“ verwandelt. Seine bisher unterdrückte Persönlichkeitsentwicklung bricht in dieser Gestalt hervor. Nelles sprach von der „Rückentwicklung zum Tier“. Ebenso sieht sich Josef K. im „Prozess“ eines Morgens beim Aufwachen „verhaftet“ von einem unbekanntem, absurden Gericht. Fortan bewegt er sich in den Labyrinth dieses Gerichtes, das der Referent als eine „Darstellung der Bewusstwerdung eines alter Ego“ interpretierte.

Genau so gilt die gesellschaftskritische Deutung: Der Einzelne wird Opfer einer sich verselbstständigenden Bürokratie und eines totalitären Regimes. Die Protagonisten Kafkas versuchen, so lautete schließlich eine Art Zusammenfassung, einen Sinn des Daseins zu finden – was aber nicht möglich sei. Heißt das, das menschliche Dasein ist sinnlos und absurd? Kafkas Helden merken nicht – und das ist ihre Tragik –, dass der Sinn in den Mitmenschen liegt, zu denen sie nicht in Kontakt treten können.

Am zweiten Tag des Seminars sollten die „labyrinthischen Welten“ und die seltsamen Dinge darin noch eine weitere Dimension der Anschaulichkeit bekommen. Helena Perena (München) stellte eine Ausstellung in München unter dem Titel „Kafka und die Kunst“ vor. Leider erschwerte die Technik dieses Mal die Verständigung. Die Referentin war zugeschnitten, der Bahnstreik hatte ihre Anreise verhindert, und sowohl Optik wie Akustik verlangten große Konzentration des Publikums. So sollen auch hier nur einige Aspekte angesprochen werden. Die Ausstellung zeigt unter anderem die Nachbildung von Gregor Samsas Zimmer, exakt nach der Beschreibung im Text. Die Tötungsmaschine in der „Strafkolonie“ ist aufgebaut, seltsame Gegenstände wie „Odradek“ soll es geben. Einerseits ist das ein Beweis für die Faszination der „ungeheuren Welt, die ich im Kopfe habe“, wie Kafka selbst sagt. Es reizt die Menschen offenbar, diese Phantasmen realistisch sehen zu wollen. Andererseits wird dadurch die „innere Bühne“ des Lesers der Texte beeinträchtigt, und vor allem die Bildlichkeit, die Metaphorik könnte verloren gehen. Roman Polanski versuchte einst in seiner Verfilmung von „Macbeth“ die Details des Textes „realistisch“ in Bilder umzusetzen. Den Zuschauern wurde eine Schlächtereie präsentiert.

Aber die Wirkung Kafkas auf junge Künstlergenerationen wurde an dem Vortrag von Perena beeindruckend deutlich. Nicht nur vielfältige Textinterpretationen tun sich hier auf, welche die inzwischen alten Kafka-Forscher einst bewegten, sondern dieses Werk berührt alle Sinne und erweckt breite Kreativität.

Das Adjektiv „kafkaesk“

Mit Prof. Dr. Michael Braun kam endlich das Adjektiv „kafkaesk“ zur Sprache. Das Wort, so der Referent, sei in den 1950er Jahren in Mode gekommen und habe sogar Eingang in das Deutsche Wörterbuch gefunden. Es bezeichnet die Wirkung Kaf-

kas auf den Leser, auf Kafka selbst lasse es sich nicht anwenden. Die Überschrift seines Vortrags „Ist Kafka kafkaesk?“ findet nicht leicht eine Antwort.

Das Medium Film stand im Mittelpunkt des Vortrags. Die Verfilmung des „Prozess“ von Orson Welles im Jahre 1960, in der übrigens Romy Schneider die Leni, das Hausmädchen eines Richters spielt, bot reichlich Stoff. Der Beginn des Films – ein Polizist steht am Morgen im Schlafzimmer – wurde mehrmals gezeigt und sorgfältig analysiert. Kamera- und Dialogführung führten auch hier wieder zu mehrfachen Ergebnissen. Der neue Spielfilm „Die Herrlichkeit des Lebens“, der Kafkas letztes Lebensjahr mit Dora Diamant schildert, wird erwartet.

Braun zeigte jedoch auch „kafkaeske“ Züge an Kafka auf. So hatte er einen eigenwilligen Humor, lachte bei Szenen, über die sich die Zuhörer erschreckten. Die Tragik im Lächerlichen – oder umgekehrt – trat bei ihm hervor. Zudem sei er begeistert von technischen Innovationen gewesen, vielleicht eine Erklärung für die präzise Beschreibung der Tötungsmaschine in der „Strafkolonie“.

Prophetische Vorahnung

Es blieb bei den Gästen ein beklemmendes Gefühl zurück, da gerade das Medium Film die prophetische Vorahnung Kafkas bewusst machte. Die Diktaturen des 20. Jahrhunderts werden bereits demaskiert. „Jemand musste Josef K. verleumdet haben...“ Aber wer? Eine Methode der Inquisition wird nun von korrekten Beamten in die Praxis umgesetzt. Wer verhaftet ihn? Gestapo? Wird es zu einem stalinistischen Schauprozess kommen? Werden schließlich die Tötungsmaschinen Tag und Nacht „arbeiten“? Das grausame Jahrhundert hatte soeben erst begonnen.

Die Tagung fand im „Haus Schlesien“ statt, und die Gäste nahmen die kulturellen Angebote des Hauses gerne wahr. Die Mitarbeiterin und Tagungsleiterin Nicola Remig bot den Gästen auch Informationen über das Haus und sein Konzept. Besonders beeindruckend: Begegnungen und Seminare mit polnischen und tschechischen Studenten und Germanisten unter dem Titel „Schlesische Begegnungen“. Das Haus sieht sich im Dienst Europas und hat auf diese Weise bereits mehr als 200 Gruppen und 6000 Studenten zusammenführen können.

Die Gäste des Kafka-Seminars genossen die Ausstellungen, wurden dabei aber auch mit dem Vertreibungsschicksal konfrontiert. Damit schloss sich der Kreis zu Kafka. Der kleine Text „Heimkehr“ (1920/22) beschreibt haargenau die Situation der deutschen Vertriebenen, die nach Jahrzehnten die Heimat besuchen und vielleicht sogar das Elternhaus wiederfinden. „Es ist meines Vaters alter Hof.“ Aber: „Ist dir heimlich, fühlst du dich zu Hause? Ich weiß es nicht. Ich bin sehr unsicher.“ Jeder Satz dieser kleinen Parabel trifft die Empfindungen der „Zurückgekehrten“.

Natürlich gibt es viele andere Interpretationsmöglichkeiten, erst recht für den Kafka-Kenner. Es ist eine Parabel, große Literatur, aber Kafka sah offenbar auch das Schicksal der Vertriebenen voraus. „Und ich wage nicht, an die Küchentür zu klopfen, nur von der Ferne horche ich...“

● **Informationen** HAUS SCHLESISIEN, Deutsches Kultur- und Bildungszentrum e.V., KULTUR - BILDUNG - VERANSTALTUNGEN - HOTEL - RESTAURANT, Döllendorfer Str. 412, 53639 Königswinter-Heisterbacherrott, Telefon 02244-886-232 www.hausschlesien.de

● AUFGESCHNAPPT

Ganz Deutschland stockte der Atem, als bekannt wurde, dass Familienministerin Lisa Paus (Grüne) 5000 neue Stellen in der Verwaltung schaffen wollte, um ihren Plan einer Kindergrundsicherung umzusetzen. Nach Schätzung der Bundesagentur für Arbeit wären es genau sogar 5355 Stellen. Wie das Portal „Nius.de“ berichtet, hat das Bundesfinanzministerium von dieser Zahl ausgehend hochgerechnet, wie sich der Personalbedarf in den Folgejahren nach Inkrafttreten der Kindergrundsicherung entwickeln wird. Danach steigt die Menge der zusätzlichen Verwaltungsmitarbeiter im zweiten Jahr auf 6700, im dritten auf 7900 und im dritten Jahr sogar auf 9000. Die Personalkosten steigen demzufolge von den zunächst 400 Millionen Euro, die Paus angesetzt hat, auf 800 Millionen. Die Prognose fußt auf der Erwartung, dass die Zahl der Anspruchsbezieher nach und nach steigen werde. Paus hatte ihren Plan als Schritt zur „Entbürokratisierung“ angepriesen. Nach diesen Daten ist exakt das Gegenteil zu erwarten. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Harald Martenstein nimmt die vielen Ausflüchte ins Visier, die unternommen werden, um die grassierende Ausländerkriminalität kleinzurechnen, und schließt in der „Welt“ (14. April):

„An der sogenannten Ausländerkriminalität ist also alles Mögliche schuld, wahrscheinlich auch die Autofahrer, die Boomer und TERF-Frauen wie Joanne K. Rowling und Alice Schwarzer, nur nicht die Täter, nur nicht gewisse kulturelle Prägungen und nur nicht die deutsche Politik ... Wenn für die Inanspruchnahme des Asylrechts die gleichen Anforderungen gelten würden wie für die Inanspruchnahme einer Ermäßigung bei der Deutschen Bahn, nämlich ein Ausweis, dann wäre viel gewonnen.“

Für Susanne Nickel ist Deutschland zu einer „Lager-Republik“ verkommen, in der Probleme belabert, aber nie gelöst werden, wie sie im „Focus“ (11. April) schreibt:

„Mir scheint es so, dass Kanzler Scholz den Eindruck zu erwecken versucht, dass es keines Wandels bedürfe, dass alles völlig in Ordnung sei, als jammerten die Unternehmen nur über den ach so schönen Standort Deutschland, den der Kanzler ihnen geschaffen haben will. Offenbar lebt der Mann in einer Traumwelt. Oder halluziniert.“

Matthias Iken ist alarmiert darüber, dass Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang ausdrücklich auch Äußerungen „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ zum Fall für den Geheimdienst machen will. Iken hält dem im „Hamburger Abendblatt“ (13. April) entgegen:

„Wenn aber der oberste Verfassungsschützer schon hellhörig wird, wenn Kritiker demokratische Entscheidungsprozesse verhöhnern, ohne die Demokratie als solche abzulehnen, müssen alle hellhörig werden, egal, wo sie stehen. Dann ist Satire bald Landesverrat, und ein schlechter Witz wird zum Fall für die Schlapphüte.“

In der Sendung „Schuler! Fragen, was ist?“ („Nius.de“, 12. April) rechnet der Gründer der Kinderhilfsorganisation „Arche“, Bernd Siggelkow, mit der Einwanderungspolitik ab:

„Wir sagen: Kommt in unser Land, wir brauchen euch. Aber wir haben keinen Wohnraum. Wir haben keine Schule. Wir haben keine Kitaplätze. Und wie lange soll das so weitergehen? Unser Sozialstaat ist, wenn man ehrlich ist, bankrott. Wie soll er all die Kosten noch aufbringen?“

Der Unternehmer Martin Herrenknecht rechnet in der „FAZ“ (14. April) mit der Ampelregierung ab:

„Die Ampel zerstört den Mythos von Made in Germany ... Die Politik sollte nicht über Doppelnamen oder über das Gendern diskutieren, sondern sich die Wirtschaftssituation einmal anschauen.“

● WORT DER WOCHE

„Ihr Gesetz ist frauenfeindlich und ihr Gesetz macht Eltern und Kinder zu Versuchskaninchen einer Ideologie!“

Sahra Wagenknecht am 12. April im Bundestag zur Abstimmung über das umstrittene Selbstbestimmungsgesetz

DER WOCHENRÜCKBLICK

Merkels Mosaik

Warum die Altkanzlerin so merkwürdig still ist, und wie sie uns dennoch alles Nötige gesagt hat

VON HANS HECKEL

Erinnern Sie sich noch an Helmut Schmidt? Natürlich, sogar die Jüngeren unter Ihnen kennen ihn, denn selbst Jahrzehnte nach seiner achtjährigen Kanzlerschaft nahm der SPD-Politiker noch mit großer Hingabe Stellung zu allen möglichen politischen Fragen, wobei er das „Staatsmännische“ in seiner Zeit als Polit-Pensionär noch viel deutlicher hervorkehrte als in seiner aktiven Phase. Nachfolger Helmut Kohl hätte es vielleicht auch gern so gehalten. Dem Armen aber flog kurz nach dem Ausscheiden aus dem Kanzleramt die Spendenaffäre um die Ohren, und der Pfälzer zog sich beleidigt von der Bühne zurück.

Gerhard Schröder wiederum konnte die Rolle des weisen „Elder Statesman“ eine ganze Weile spielen, bis diese komfortable Position wegen seiner besonderen Beziehungen zu Putin und Russland in den Fronten des Ukrainekriegs zerrieben wurde. Er scheint's mit Fassung zu tragen, aber vermissen tut er die schöne Rolle doch.

Aber was ist eigentlich mit Angela Merkel? Die ist fast unsichtbar geworden. Warum nur? Ein ausgeprägter Hang zu Bescheidenheit und ein Mangel an Machtbewusstsein kann es kaum sein. Sie war länger oben als Schmidt und Schröder zusammen. Das schafft man nicht ohne eingefleischten Machtinstinkt. Und bescheiden darf man da auch nicht sein, sonst bringt man es gar nicht so weit, geschweige denn, dass man sich so lange an der Spitze halten könnte.

Was ist es dann, das sie die Öffentlichkeit scheuen lässt? Hütet Merkel gar ein düsteres Geheimnis, das bei allzu viel öffentlicher Präsenz auffliegen könnte?

Na ja, „düster“ ist es schon, nur ein Geheimnis macht die Ex-Kanzlerin immer weniger darum. Was ich damit andeuten will? Nun, es geht schlicht um die Tatsache, wer die Politikerin Merkel wirklich war und wofür sie in Wahrheit immer gestanden hat und noch heute steht.

Die letzten Schuppen müssen den verdutzten Christdemokraten Anfang dieses Monats von den Augen gefallen sein. Wie es Sitte und Tradition ist, hatten sie die Frau, die 18 Jahre lang ihre Parteichefin war, zu ihrem Bundesparteitag eingeladen. Sie schlug kühl aus, eine Teilnahme sei nicht vorgesehen, ließ eine Merkel-Sprecherin knochentrocken verlauten. Nur Tage nach dem Parteitag aber

tritt sie beim feierlichen Abschied von Jürgen Trittin auf, der sich nach Jahrzehnten aus der Politik zurückzieht. Wie nett von ihr. Für die CDU hat sie keine Zeit, für einen stramm linken Grünen-Veteran schon.

Was heißt das? Ist sie im Herzen eher ein Grüne denn eine Schwarze? Hat sie die braven CDUler die ganze Zeit hinter das Licht geführt? Und ob sie das hat, und man hätte es viel früher erkennen können. Als sie im Juli 2021 gefragt wurde, wie sie den kommenden Wahlabend verbringen wolle, bezeichnete sie im ersten Anlauf die CDU als „die Partei, die mir nahesteht“, um sich schnell zu verbessern, „ähm, deren Mitglied ich bin“.

Die Freud'sche Fehlleistung konnte nicht vielsagender ausfallen: „... die mir nahesteht“, also nicht einmal „... der ich nahestehende“. Mit anderen Worten: Die CDU mag mich zwar, aber was ich von der CDU halte, steht auf einem anderen Blatt. Distanzierter geht es kaum. Konsequenterweise lehnte sie den ihr angetragenen CDU-Ehrenvorsitz 2022 ab und trat im Jahr darauf auch noch aus der Konrad-Adenauer-Stiftung aus. Und geht eben lieber zu einem Grünen als zur CDU.

Die großen politischen Entscheidungen ihrer Kanzlerschaft wie der rabiate Atomausstiegs-Beschluss von 2011 oder die völlige Grenzöffnung von 2015 ff. erscheinen so in einem viel klareren Licht.

Jetzt kramen sie in den Scherben

Die Frage bleibt, warum die Schwarzen das alles mit sich haben machen lassen. Man fühlt sich an trübe Sekten erinnert: Hier die Gutgläubigen, die ihren Guru mit glasigen Augen anheimmeln, dort der gerissene Sektenführer, der die ihm „nahestehenden“ Anhänger insgeheim verachtet für deren Blödsinn. Und als er sie irgendwann zurücklässt, streckt er ihnen aus der Ferne noch grinsend den Mittelfinger entgegen.

Auch das, was hinter Merkels großer Strategie steckte, sieht nun anders aus als bisher. Die Strategie bestand darin, dem linken Lager einfach die Themen wegzunehmen, um sie zu CDU-Positionen zu erklären. „Demobilisierung des Gegners“ nannte die Berliner Medien-Szene diesen Trick voller Anerkennung, und viele in der CDU waren mächtig stolz auf den scheinbar genialen Coup.

In Wahrheit war das aus CDU-Sicht in etwas so schlaue wie der Ladenbesitzer, der sich anlässlich der alljährlichen Mai-Krawalle selbst die Schaufenster zerdeppert, um dem

„Die Partei, die mir nahesteht.“
Distanzierter geht es kaum:
Die CDU mag mich zwar, aber was ich von der CDU halte, steht auf einem ganz anderen Blatt



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de